

BRÜSSEL AKTUELL

1/2025

20. Dezember 2024 bis 17. Januar 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Europäisches Semester: Kommission veröffentlicht zweiten Teil des Herbstpakets

Am 18. Dezember 2024 veröffentlichte die EU-Kommission im zweiten Teil des Herbstpaktes das neue europäische [Semester](#) für 2025. Hierbei legt die Kommission politische Leitlinien für die wirtschaftspolitische Steuerung im Jahr 2025 vor. Dazu gehören Vorschläge für eine Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets, der Warnmechanismus-Bericht 2025 sowie der Gemeinsame Beschäftigungsbericht 2025. Im Rahmen des Warnmechanismus-Berichts werden Deutschland sowie acht weitere EU-Mitgliedstaaten auf potenzielle makroökonomische Ungleichgewichte überprüft...

Wirtschaft: Mercosur-Abkommen beschlossen

Am 6. Dezember 2024 schlossen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihre Amtskollegen aus vier [Mercosur](#)-Ländern (Brasilians Präsident Lula, Argentinians Präsident Milei, Paraguays Präsident Peña und Uruguays Präsident Lacalle Pou) die Verhandlungen über ein EU-Mercosur-[Partnerschaftsabkommen](#) (vorläufiger Text, englischsprachig) ab. Bereits seit 2000 verhandelten die EU und die Mercosur-Staaten dieses Abkommen. Die Handelsverbindungen sollen dadurch gestärkt und das Wirtschaftswachstum beider Regionen gefördert werden. Unternehmen in der EU sollen z. B. Ausfuhrzölle i. H. v. 4 Mrd. € pro Jahr einsparen...

NextGenerationEU: Deutschland erhält zweite Zahlung

Am 23. Dezember 2024 erhielt Deutschland von der EU-Kommission eine zweite [Zahlung](#) (englischsprachig) im Rahmen des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU (Brüssel Aktuell 15/2023) in Höhe von 13,5 Mrd. €. Die Zahlung stammt aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, die 2021 etabliert wurde und die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie mildern, nachhaltiges Wachstum fördern und den ökologischen und digitalen Wandel in der gesamten EU voranbringen soll...

Datenschutz: Urteil zur Angabe der Geschlechtsidentität beim Fahrscheinkauf

Am 9. Januar 2025 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg in der Rechtssache [C-394/23](#) über ein in Frankreich (Conseil d'État) anhängliches Verfahren. Ein Verband („Mousse“) beanstandete die beim französischen Eisenbahnunternehmen SNCF Connect gängige Praxis, Kunden beim Onlineerwerb von Fahrkarten verpflichtend nach der Anrede („Herr“ oder „Frau“) zu fragen. Mousse sah darin einen Verstoß gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO, [EU/2016/679](#)) - insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz der Datenminimierung, da die Anrede, die einer Geschlechtsidentität entspreche, keine für den Erwerb eines Fahrscheins erforderliche Angabe darstelle. Der EuGH stellte nun klar, dass gemäß dem Grundsatz der Datenminimierung personenbezogene Daten nur im angemessenen und notwendigen Umfang erhoben und verarbeitet werden dürfen...

Verkehrssicherheit: Neue Regeln zur Durchsetzung von Verkehrsvorschriften

Der Rat der EU und das EU-Parlament haben am 19. Dezember 2024 eine neue Richtlinie ([2024/3237](#)) zur besseren Durchsetzung grenzüberschreitender Straßenverkehrsvorschriften angenommen, und wird am 19. Januar 2025 in Kraft treten. Laut Angaben der EU-Kommission blieben bislang rund 40 % aller grenzüberschreitenden Verkehrsdelikte ungeahndet, da Täter schwierig zu ermitteln und Bußgelder kompliziert zu vollstrecken seien...

Verpackungen: Kommission verbietet Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen

Die EU-Kommission hat am 19. Dezember 2024 ein [Verbot](#) des Gebrauchs von Bisphenol A (BPA) in Verpackungen mit Nahrungsmittelkontakt beschlossen, nachdem die Mitgliedstaaten den entsprechenden Vorschlag zuvor unterstützten. Bereits im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zur Überarbeitung der [Verordnung](#) über Verpackungen und Verpackungsabfälle (Brüssel Aktuell 22/2024) hatte das EU-Parlament zwischenzeitlich ein solches Verbot darin gefordert...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Neue Zahlen und Entwicklungen zu Asyl und Migration

Im Dezember 2024 und Januar 2025 wurden neue Zahlen im Bereich Migration und Asyl von der EU-Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex, der EU-Agentur für Asyl (EUAA) sowie von der EU-Statistikbehörde Eurostat veröffentlicht. Diese bieten einen umfassenden Überblick über die aktuellen Trends in der europäischen Migrations- und Asylpolitik (zuletzt Brüssel Aktuell 16/2024)...

Gesundheitswesen: Kommission präsentiert Aktionsplan zur Cybersicherheit

Die EU-Kommission hat am 15. Januar 2025 einen [Aktionsplan](#) (bisher nur in englischer Fassung vorliegend) zur Stärkung der Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern vorgestellt. Die Initiative soll den Gesundheitssektor vor Cyberbedrohungen schützen und ein sichereres Umfeld für Patient:innen und medizinisches Personal schaffen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten des polnischen Vorsitzes

Am 1. Januar 2025 übernahm Polen unter dem Motto „Sicherheit, Europa!“ turnusmäßig die [Ratspräsidentschaft](#) für die kommenden sechs Monate im Rat der Europäischen Union (Brüssel Aktuell 13/2024). Polen ist das erste Land der neuen Triopräsidentschaft und wird mit Dänemark und Zypern auf der Grundlage eines 18-Monats-[Programms](#) zusammenarbeiten (siehe diese Ausgabe). Aufbauend auf diesem Programm hat Polen sein eigenes [Arbeitsprogramm](#) mit sieben Prioritäten, bei denen der sicherheitspolitische Aspekt im Vordergrund steht, festgelegt. Auch möchte Polen sich in die Vorbereitungen für die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027 einbringen und die Diskussionen zur Zukunft der Kohäsionspolitik unterstützen...

Rat der EU: 18-Monats-Programm der Triopräsidentschaft

Am 1. Januar 2025 begann für die nächsten 18 Monate die Triopräsidentschaft des Rats der EU von Polen, Dänemark und Zypern. Bis zum 30. Juni 2026 arbeiten die drei Staaten mit einem am 17. Dezember 2024 vom Rat genehmigten [Programm](#), das gemeinsam erarbeitete längerfristige Ziele beinhaltet und Bezug auf die Strategische Agenda 2024-2029 nimmt (Brüssel Aktuell 13/2024). Jedes der drei Länder erstellt außerdem auf dieser Basis sein eigenes Programm für den jeweiligen 6-monatigen Ratsvorsitz beginnend mit Polen (diese Ausgabe). Das neue 18-Monats-Programm beinhaltet folgende Themen...

Europäische Kommission: 14 Projektgruppen zu Querschnittsthemen eingesetzt

Am 7. Januar 2025 hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen 14 Projektgruppen innerhalb der EU-Kommission eingesetzt, in denen zentrale Querschnittsthemen behandelt werden sollen. Durch die Maßnahme soll die horizontale Koordination wichtiger Themen über Politikbereiche hinweg gewährleistet werden. Zu den Themenbereichen gehören u. a. der Clean Industrial Deal, die Künstliche Intelligenz sowie Wasserresilienz, bezahlbarer Wohnraum und wirtschaftliche Sicherheit...

Europäisches Parlament: Einigung auf neue Ausschüsse und Sonderausschüsse

Am 13. Dezember 2024 haben sich die Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament auf die Aufwertung der Unterausschüsse für Gesundheit (SANT) und Verteidigung (SEDE) zu vollwertigen Ausschüssen [geeignet](#) (englischsprachig). Bislang wurden Gesundheitsthemen im Umweltausschuss (ENVI) behandelt, während der Themenbereich Verteidigung dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) zugeordnet war...

EU-Schweiz: Verhandlungen über engere Zusammenarbeit abgeschlossen

Am 20. Dezember 2024 hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen den Abschluss der Verhandlungen über engere Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz [bekanntgegeben](#). Die Einigung enthält ein Paket mehrerer Abkommen aus unterschiedlichsten Politikbereichen. So wurden fünf Abkommen überarbeitet bzw. an einen modernen Standard angepasst, die den Zugang der Schweiz zum Binnenmarkt der EU gewährleisten...

Vertragsverletzungsverfahren: EU fordert Maßnahmen von Deutschland in fünf Fällen

Die EU-Kommission forderte am 16. Dezember 2024 Deutschland in mehreren Vertragsverletzungsverfahren zur vollständigen Umsetzung verschiedener EU-Richtlinien und Verordnungen auf. Diese betreffen die Seveso-III-Richtlinie zur Unfallverhütung, die Umsetzung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die Verordnung über Hafendienste sowie die europäische Daten-Governance. In diesen Fällen hat die Kommission mit Gründen versehene Stellungnahmen übermittelt, da Deutschland die entsprechenden Vorgaben weiterhin nicht vollständig umgesetzt hat. Im Fall der Anerkennung von Berufsqualifikationen handelt es sich um ein initiales Aufforderungsschreiben. Deutschland hat in jedem der genannten Verfahren zwei Monate Zeit, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um mögliche weitere rechtliche Schritte zu vermeiden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

CERV: Projektaufruf zur Stärkung der Bürgerbeteiligung

Am 15. Januar 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen neuen [Aufruf](#) (englischsprachig) im Rahmen des CERV-Förderprogramms (Bürger:innen, Gleichstellung, Rechte und Werte) für Projekte, die demokratische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement stärken sollen. Mit einer Fördersumme i. H. v. 33 Mio. € sollen transnationale Projekte gefördert werden, die Diskussionen zu EU-Prioritäten anregen, Desinformation bekämpfen und den Austausch zu Themen der europäischen Integration fördern...

Neues Europäisches Bauhaus: Unterstützung kleiner Gemeinden

Die EU-Kommission [informierte](#) am 14. Januar 2025 über einen neuen Wettbewerb im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEP) zur Stärkung kleiner Gemeinden. Gesucht sind in diesem Rahmen Gemeinden in ländlichen Gebieten oder mit einer Bevölkerung von weniger als 20.000 Einwohnern. Förderfähige Projekte müssen sich auf die gebaute Umwelt konzentrieren und sollten der Kreislaufwirtschaft, der CO₂-Neutralität, dem Erhalt des kulturellen Erbes, erschwinglichen Wohnlösungen und der Regeneration ländlicher oder städtischer Gebiete Vorrang einräumen...

Horizont Europa I: Förderaufruf für Projekte im Mobilitätsmanagement

Ab dem 17. September 2024 können Projektvorschläge im Bereich Mobilitätsmanagement und Verhaltensänderung im Rahmen eines [Aufrufs](#) (englischsprachig) der EU-Kommission eingereicht werden. Die

Projekte werden im Rahmen des Forschungs- und Innovationsförderprogramms Horizont Europa gefördert. Insgesamt stehen 98 Mio. € Förderung für innovative Projekte zur Verfügung. Es können in den folgenden Kategorien Anträge eingereicht werden...

Horizont Europa II: Aufruf für Projekte zu innovativer Stadtplanung & Klimaneutralität

Am 17. September 2024 veröffentlichte die EU-Kommission einen neuen [Aufruf](#) (englischsprachig) für innovative Projekte zur Veränderung städtischer Räume und Denkweisen zur Beschleunigung des Übergangs zur Klimaneutralität im Rahmen des Horizont-Europa-Förderprogramms. Ziel ist die Entwicklung smarter Stadtplanungslösungen, die Mobilität, Energie und öffentliche Räume nachhaltig gestalten...

Horizont Europa III: Aufruf für Projekte zur Verringerung der Schadstoffbelastung

Die Kommission hat einen neuen [Förderaufruf](#) (englischsprachig) innerhalb des Horizont Europa Programms veröffentlicht. Der Aufruf „Changing urban spaces and mindsets to accelerate the transition to climate neutrality“ (HORIZON-MISS-2024-CIT-01) fördert Projekte, welche sich mit 1) Methoden zur genaueren Bewertung der Belastung durch Luft-, Wasser-, Boden- und/oder Lärmbelastung, der Gesundheitsauswirkungen und der Information der Öffentlichkeit auf regionaler und/oder lokaler Ebene,...

Demokratieförderung: Bewerbungen für Europäischenr Jugendkarlspreis möglich

Die Bewerbungsphase für den europäischen [Jugendkarlspreis](#) 2025 hat begonnen. Der Preis wird gemeinsam vom EU-Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen vergeben. Ausgezeichnet werden Projekte, die von jungen Menschen durchgeführt werden und der Förderung von Demokratie sowie aktiver Bürgerschaft dienen...

Europäische Jugendhauptstadt: Aufruf zum Einreichen von Bewerbungen

Am 10. Dezember 2024 informierte der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) in Straßburg über einen Aufruf des Europäischen Jugendforums, der den Titel „Europäische Jugendhauptstadt 2028“ verleihen wird. Mit dieser Auszeichnung sollen Kommunen gewürdigt werden, die junge Menschen befähigen, die Jugendbeteiligung fördern und die europäische Identität stärken...

In eigener Sache

Veranstaltungshinweis: CERV – Überblick und Aufrufe 2025 für Kommunen

Am 23. Januar 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr findet eine Online-Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) statt. Die [Kontaktstelle](#) CERV Deutschland sowie die Europabüros der baden-württembergischen und bayerischen Kommunen laden zu der gemeinsamen Informationsveranstaltung ein. Im Fokus der Veranstaltung stehen die relevanten Aufrufe für Kommunen im Jahr 2025...

Das Jahresverzeichnis 2024 von *Brüssel Aktuell*

*Die **fettgedruckten Zahlen** verweisen auf die jeweilige Ausgabe von *Brüssel Aktuell*, der normale Text auf die Rubrik und der kursive Text auf den Titel des Beitrags...*

BRÜSSEL AKTUELL

2/2025

17. Januar bis 31. Januar 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft: Kommission stellt Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vor

Die EU-Kommission hat am 29. Januar 2025 den „[Kompass](#) für Wettbewerbsfähigkeit“ vorgestellt (bisher nur in englischer Fassung). Dieser soll als Wegweiser für Europa dienen, um führend in der Entwicklung, Produktion und Vermarktung neuer Technologien, Dienstleistungen und sauberer Produkte zu werden und zugleich der erste klimaneutrale Kontinent zu sein. Trotz eines Rückstands im Produktivitätswachstum verfügt die EU über die notwendigen Ressourcen, um diesen Trend umzukehren. Aus Sicht der Kommission erfordert dies jedoch dringende Maßnahmen zur Beseitigung struktureller Schwächen. Der Kompass berücksichtigt zentrale Aussagen des Draghi- und Letta-Berichts und kündigt konkrete Vorhaben an, die auch für Kommunen von Relevanz sind...

EU-Vergaberechtsreform: Sitzung des IMCO-Ausschusses des EU-Parlaments

Am 27. Januar 2025 tagte der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des EU-Parlaments. Im Fokus der Sitzung stand die Debatte zur geplanten Reform des EU-Vergaberechts. Diese soll gemäß dem am 29. Januar 2025 veröffentlichten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit (diese Ausgabe) im nächsten Jahr von der EU-Kommission vorgestellt werden. In der Diskussion zeichneten sich die gegensätzlichen Auffassungen der Fraktionen ab: Während Linke (GUE/NGL), Grüne/EFA und Sozialdemokraten (S&D) für die Einführung verpflichtender sozialer bzw. ökologischer Kriterien plädierten, lehnten dies die Vertreter der Europäischen Volkspartei (EVP), der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) sowie der Patrioten für Europa (PfE) ab und sprachen sich (ebenso wie die liberale Renew-Fraktion) für flexiblere Regelungen bzw. grundlegende Vereinfachungen aus...

Umwelt, Energie und Verkehr

Automobilindustrie: Strategischer Dialog beginnt

Am 30. Januar 2025 begann der strategische [Dialog](#) (Pressemitteilung) der EU-Kommission über die Zukunft der europäischen Autoindustrie. Bereits im November 2025 hatte Ursula von der Leyen angekündigt, einen strategischen Dialog mit der europäischen Automobilindustrie, den Sozialpartnern und anderen wichtigen Interessenträgern durchzuführen - auch der Rat und das Parlament sind eingebunden. Ziel des Dialogs ist es, die Zukunft, die Wettbewerbsfähigkeit und die Resilienz des Sektors, unter Einbezug der zu erreichenden Klimaziele langfristig zu sichern...

Umweltbelastung: Neuer Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 15. Januar 2025 einen [Sonderbericht](#) zur Umweltbelastung in urbanen Gebieten der Europäischen Union veröffentlicht. Der Bericht untersucht am Beispiel von drei ausgewählten Städten (Athen, Barcelona und Krakau), inwieweit EU-Rechtsvorschriften zum besseren Schutz der Gesundheit vor Ort umgesetzt werden. Während sich die Luftqualität insgesamt verbessert habe, kritisiert der Rechnungshof, dass städtische Gebiete in der EU nach wie vor zu laut seien. Eine Ursache hierfür sieht er darin, dass die EU-Lärmschutzziele seit 2002 nicht mehr überarbeitet wurden und somit ein zu geringer Anreiz für effektive Lärminderungsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten bestehe...

Wiederherstellung der Natur: Konsultation zu einheitlichen, nationalen Plänen

Am 10. Januar 2025 eröffnete die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) über die im vergangenen Jahr in Kraft getretene Verordnung zur Wiederherstellung der Natur ([2024/1991/EU](#), Brüssel Aktuell 15/2024). Im Fokus der Konsultation steht ein künftiger Durchführungsrechtsakt zu einem einheitlichen Format für die nationalen Wiederherstellungspläne. Das Gesetz zielt darauf ab, die langfristige Erholung der Natur zu ermöglichen und zu den Klimazielen der EU beizutragen. Bis 2030 sollen mindestens 20 % der Land- und Meeresflächen der EU wiederhergestellt werden, mit dem Ziel, bis 2050 alle wiederherstellungsbedürftigen Ökosysteme zu erfassen...

Energieeffizienz: Bürgerinitiative HouseEurope registriert

Die EU-Kommission hat am 21. Januar 2025 die Europäische Bürgerinitiative „HouseEurope! Renovierungen jetzt!“ [registriert](#). Die Bürgerinitiative [fordert](#) ein Recht auf Wiederverwendung für bestehende Gebäude, das sich auf drei Säulen stützt. Hierzu gehören Steuerermäßigungen für Renovierungsarbeiten und wiederverwendete Materialien, faire Regeln für die Begutachtung der Risiken und Potenziale bestehender Gebäude sowie neue Werte für das in Bestandsgebäuden gebundene CO₂...

Soziales, Bildung und Kultur

Europäisches Parlament: Sonderausschuss zur Wohnraumkrise

Am 23. Januar 2025 gab das Europäische Parlament bekannt, welche Abgeordneten von ihren Fraktionen für den neuen „Sonderausschuss zur Wohnraumkrise in der Europäischen Union“ (HOUS) vorgeschlagen wurden. Auf der [Liste](#) der 33 Ausschussmitglieder stehen u. a. die deutschen Abgeordneten Gabriele Bischoff von der SPD (S&D) und Markus Ferber von der CDU (EVP). Der Sonderausschuss ist auf 12 Monate angelegt und soll u. a. die bisherigen Instrumente zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit auf regionaler, nationaler und EU-Ebene zusammentragen und darauf basierend Empfehlungen geben...

Migration: Vereinbarung mit Bosnien-Herzegowina zum Grenzmanagement

Am 27. Januar 2025 [stimmte](#) der Rat der EU einer Statusvereinbarung auf [Vorschlag](#) der EU-Kommission zwischen der EU und Bosnien-Herzegowina über die operative Zusammenarbeit beim Grenzmanagement mit der EU-Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) zu. Diese Vereinbarung ist dem Rat zufolge ein Baustein des Ende 2022 vorgelegten EU-Aktionsplans für den Westbalkan (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2024)...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Nachhaltigkeit: „Young Energy Ambassadors“ gesucht

Die Europäische Kommission hat am 28. Januar 2025 einen [Bewerbungsaufruf](#) (englischsprachig) für alle 18-35-jährigen zum Young Energy Ambassador für die [Europäische Woche für nachhaltige Energie](#) (englischsprachig) veröffentlicht. Dort dürfen sie in der Woche vom 10. bis 12. Juni 2025 aktiv an Diskussionen teilnehmen und mit ihrer Stimme die Zukunft Europas beeinflussen...

Green Capital Awards: Neue Bewerbungsrunde für nachhaltige Städte

Die EU-Kommission hat auch für 2025 wieder einen neuen [Aufruf](#) (englischsprachig) für die Green Capital [Awards](#) veröffentlicht. Europäische Städte, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen, können sich entweder für die Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“ für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern oder die Auszeichnung „Europäisches Grünes Blatt“ für kleinere Städte ab 20.000 Einwohnern bewerben...

Neues Europäisches Bauhaus: Ausschuss der Regionen informiert kleine Gemeinden

Am 4. Februar 2025 von 10:30 bis 12:00 Uhr richtet der Ausschuss der Regionen (AdR) eine online übertragene [Informationsveranstaltung](#) über den am 14. Januar 2025 begonnenen [Aufruf](#) (englischsprachig) für Bewerbungen im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) zur Stärkung kleiner Gemeinden aus (Bewerbungsfrist: 14. Februar 2025, Brüssel Aktuell 1/2025). Gesucht werden Gemeinden in ländlichen Gebieten oder mit einer Bevölkerung von weniger als 20.000 Einwohnern...

CERV: Förderaufruf zur Entwicklung nachhaltiger Städtenetzwerke

Seit dem 17. Dezember 2024 können im Rahmen eines [Aufrufs](#) der EU-Kommission Projektvorschläge zur Entwicklung nachhaltiger Städtenetzwerke eingereicht werden, die durch das CERV-Programm (Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte) gefördert werden. Insgesamt sind Fördermittel i. H. v. 10 Mio. € vorgesehen. Die Projekte sollen die Vielfalt und das gemeinsame kulturelle Erbe der Union lebendig vermitteln und bewusstmachen, dass die gemeinsame Zukunft der Bürger:innen auf diesem Erbe basiert...

Erasmus+: Förderung europäischer Jugendnetzwerke

Am 5. Dezember 2024 startete im Rahmen des ERASMUS+ Programms der [Aufruf](#) (englischsprachig) „European Youth Together“, um transnationale Kooperationen von Jugendorganisationen zu fördern. Ziel ist es, junge Menschen und Organisationen in Europa durch gemeinsame Projekte, Austausche und Schulungen zu vernetzen. Dabei stehen die EU-Jugendstrategie 2019-2027, die Europäischen Jugendziele und Werte wie Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung im Fokus. Gefördert werden Partnerschaften zwischen Basisorganisationen und größeren Netzwerken, um inklusivere demokratische Teilhabe und Solidarität zu stärken, insbesondere auch für benachteiligte Jugendliche...

Erasmus+: Förderprogramm Sport 2025 veröffentlicht

Die EU-Kommission hat im Rahmen des ERASMUS+ Programms den [Aufruf](#) (englischsprachig) „Sport 2025 (ERASMUS-SPORT-2025)“ veröffentlicht. Das Programm zielt darauf ab, kleinere Partnerschaften zu fördern und so den Zugang für Organisationen zu erleichtern, die bisher wenig Erfahrung mit EU-Förderprogrammen haben. Insbesondere in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport bietet das Programm niedrigere Förderbeträge, kürzere Laufzeiten und vereinfachte administrative Anforderungen im Vergleich zu größeren Kooperationsprojekten...

Eurostars: Förderaufruf für Europäische Partnerschaften innovativer KMUs

Am 10. Januar 2025 wurde der [Aufruf](#) „Eurostars“ (englischsprachig) des [Programms](#) „European Partnership on Innovative SMEs“ veröffentlicht. Diese Partnerschaft richtet sich an innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU), d.h. an Unternehmen, die nicht zwingend über frühere Forschungs- und Entwicklungserfahrungen verfügen, aber beweisen, dass sie hervorragende Ergebnisse erzielen können. Kofinanziert durch das Horizont-Europa-Programm werden durch Eurostars mindestens dreijährige Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekte von Konsortien gefördert, bei denen KMU in der Führungsrolle stehen...

In eigener Sache

Veranstaltungshinweis: Förderprogramm „Horizont Europa“ für Kommunen

Am **6. März 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr** findet eine **Online-Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Horizont Europa“** statt. [Horizont Europa](#) ist das Rahmenprogramm der Europäischen Union

für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2021–2027. Es stärkt Wissenschaft und Technologie, unterstützt den grünen und digitalen Wandel sowie nachhaltige Entwicklung und fördert Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen lädt gemeinsam mit dem [Europabüro](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie der Nationalen [Kontaktstelle](#) Klima, Energie und Mobilität zu dieser Veranstaltung ein...

CERV: Nachbericht zu virtueller Kooperationsveranstaltung

Am 23. Januar 2025 fand im Rahmen der Fördermittelreihe der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023) gemeinsam mit der Kontaktstelle CERV Deutschland eine virtuelle Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) statt. Schwerpunkt der Veranstaltung waren die für 2025 geplanten Förderaufrufe, insbesondere „Kommunale Partnerschaften“ und „Kommunale Netzwerke“...

BRÜSSEL AKTUELL

3/2025

31. Januar bis 14. Februar 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergaberecht: Anhörung im Ausschuss der Regionen und neue Konsultation

Am 7. Februar 2025 fand im Ausschuss der Regionen (AdR) ein [Austausch](#) zur geplanten EU-Vergaberechtsreform statt, die gemäß Kommissionsangaben im nächsten Jahr vorgestellt werden soll. Unter den Rednern des siebenköpfigen Panels waren die Meinungen ähnlich geteilt wie bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments (Brüssel Aktuell 2/2025)...

Beihilferecht: Regelung zur Interoperabilität des Schienenverkehrs genehmigt

Am 11. Februar 2025 [genehmigte](#) die EU-Kommission die Verlängerung und Änderung einer deutschen Regelung zur Modernisierung der Verkehrssteuerungsausrüstung für Schienenfahrzeuge im Raum Stuttgart nach den EU-Beihilfavorschriften. Die ursprünglich am 12. Januar 2021 genehmigte Regelung wird somit um vier Jahre bis zum 31. Dezember 2029 verlängert und die entsprechenden Mittel um 282 Mio. € aufgestockt. Die Regelung wurde nach Art. 93 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) und den [Leitlinien](#) der Kommission für staatliche Beihilfe an Eisenbahnunternehmen geprüft und beinhaltet zwei Maßnahmen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Wasser I: Konsultation zur Europäischen Strategie für eine resiliente Wasserversorgung

Die EU-Kommission veröffentlichte am 4. Februar 2025 eine [Konsultation](#) zur EU-Strategie für eine resiliente Wasserversorgung. Aus Sicht der Kommission stehen die Wasserversorgung und aquatische Ökosysteme in Europa unter zunehmendem Druck. Um diesem Problem zu begegnen, soll im Rahmen der EU-Strategie für eine resiliente Wasserversorgung ein umfassender, mehrjähriger und sektorübergreifender Plan mit Etappenzielen für 2030 und 2040 entwickelt werden. Ziel soll sein, die Wasserversorgung in Europa widerstandsfähiger zu machen, eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen sicherzustellen und Wasserknappheit gezielt anzugehen...

Wasser II: Kommission veröffentlicht Bericht zum Zustand der Gewässer in der EU

Die EU-Kommission veröffentlichte am 5. Februar 2025 einen [Bericht](#) über den Zustand der Gewässer in der EU. Grundlage dafür sind die Evaluationen der Wasserrahmenrichtlinie, der Hochwasserrichtlinie und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Im Rahmen der Hochwasserrichtlinie gibt es eine Mitgliedstaatbetrachtung, die auch [Empfehlungen](#) u. a. für Deutschland enthält (bisher nur in englischer Sprache). In dem Bericht über die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wurden mehrere positive Trends und grundsätzliche Fortschritte festgestellt...

Abfallwirtschaft: Verpackungsverordnung tritt in Kraft

Am 11. Februar 2025 trat die neue [Verordnung](#) (2025/40/EU) über Verpackungen und Verpackungsabfälle (zuletzt Brüssel Aktuell 22/2024) in Kraft, nachdem sie am 19. Dezember 2024 im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde. Ziel der Verordnung ist es, durch Wiederverwendung und Recycling den Verpackungsmüll zu reduzieren und gleichzeitig die Abhängigkeit von Primärrohstoffen zu vermindern. Zu den umzusetzenden Maßnahmen gehören die Regulierung besorgniserregender Stoffe in Verpackungen (so z. B. PFAS bei Lebensmittelverpackungen) sowie die Verbesserung der Verbraucherinformation zur Mülltrennung...

Alternative Kraftstoffe: Unterstützung von Projekten zum Infrastrukturaufbau

Die EU-Kommission gab am 6. Februar 2025 ihre [Auswahl](#) 39 innovativer Projekte [bekannt](#) (englischsprachig), die über die Infrastrukturfazilität für alternative Kraftstoffe (AFIF) gefördert werden. Die Projekte sollen zum Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der gesamten EU beitragen und umfassen die Installation öffentlicher Ladestationen, die Entwicklung von Wasserstofftankstellen und Onshore-Stromanlagen in Häfen, die Elektrifizierung von Flughäfen und die Bereitstellung von Infrastruktur für alternative Kraftstoffe wie Ammoniak und Methanol für die Schifffahrt...

Soziales, Bildung und Kultur

Gesundheit I: Verordnung zum europäischen Gesundheitsdatenraum verabschiedet

Am 21. Januar 2025 hat der Rat der EU die Verordnung über den europäischen [Gesundheitsdatenraum](#) (European Health Data Space, EHDS) angenommen (zuletzt Brüssel Aktuell 6/2024). Die Verordnung basiert auf einer bereits im März 2024 mit dem EU-Parlament erzielten Einigung. Sie soll den grenzüberschreitenden Zugang zu Gesundheitsdaten erleichtern und deren Nutzung für Forschung und Innovation fördern...

Gesundheit II: „Länderprofile Krebs 2025“ veröffentlicht

Am 3. Februar 2025 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Rahmen des „Europäischen Registers der Ungleichheiten bei der Krebsbekämpfung“ ([ECIR](#)) die alle zwei Jahre erscheinenden „Länderprofile Krebs“ (Brüssel Aktuell 3/2023). Die Berichte der 27 EU-Mitgliedstaaten ([Deutschland](#)) sowie Norwegens und Islands basieren hauptsächlich auf amtlichen nationalen Statistiken und sollen der Ermittlung von Ungleichheiten bei der Krebsvorsorge und -behandlung dienen. Analysiert und verglichen werden die wichtigsten Errungenschaften, Herausforderungen und Unterschiede innerhalb der einzelnen Länder...

Migration: Eurostat berichtet zu Entwicklungen der Flucht aus der Ukraine nach Europa

Am 10. Februar 2025 veröffentlichte Eurostat die monatliche [Statistik](#) zu den aktuellen Zahlen für aus der Ukraine geflohenen Personen mit vorübergehenden Schutzstatus (Brüssel Aktuell 1/2025). Der Rat der EU führte 2022 vorübergehenden Schutz für Menschen aus der Ukraine ein, die vor dem Krieg flohen. Dieser Schutz wurde 2024 bis März 2026 verlängert und soll sicherstellen, dass die Asylsysteme nicht überlastet werden (Brüssel Aktuell 12/2024)...

Wohnen: Wohnen bei Haushaltsausgaben größter Kostenfaktor in der EU

Im Jahr 2021 entfielen nach Eurostat 25 % der gesamten [Haushaltsausgaben](#) (englischsprachig) in der EU auf Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe. Der Anteil sank im Vergleich zu 2020 um 0,5 Prozentpunkte, blieb jedoch die größte Ausgabenkategorie. Während die Ausgaben für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke leicht zurückgingen, stiegen die Anteile für Verkehr, Freizeit, Kultur sowie Gastronomie und Beherbergung aufgrund der gelockerten COVID-19-Maßnahmen an...

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2025

Am 11. Februar 2025 veröffentlichte die EU-Kommission unter dem Titel „Gemeinsames Vorangehen: Eine mutigere, einfachere und schnellere Union“ ihr [Arbeitsprogramm](#) 2025 inklusive [Annexe](#). Dabei zählt die Kommission 51 neue politische Initiativen (darunter 18 von legislativer Natur), 37 Evaluierungen und Eignungsprüfungen, 37 zurückgezogene Vorschläge, 4 Überprüfungen von bestehender Gesetzgebung und 123 anhängige Vorschläge auf. Das Arbeitsprogramm unterstreicht die aktuellen zusammenhängenden Herausforderungen für die EU und die inhaltliche Schwerpunktsetzung der neuen EU-Kommission auf die Themenbereiche Wettbewerbsfähigkeit und Entbürokratisierung, die bereits in den Politischen Leitlinien sowie den Missionsbriefen (Brüssel Aktuell 14,16/2024) angekündigt wurden. Zu den konkreten Initiativen zählen u. a. die sogenannten Omnibus-Pakete zur Vereinfachung, der Clean Industrial Deal, und die Europäische Wasserresilienzstrategie. Ferner möchte die Kommission einen Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027 vorlegen, die Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen evaluieren und eine Halbzeitbewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Kohäsionsfonds und des Fonds für einen gerechten Übergang 2021-2027 vornehmen...

Mehrjähriger Finanzrahmen: Kommission umreißt neue Haushaltsplanung nach 2027

Am 12. Februar 2025 präsentierte die EU-Kommission in einer [Mitteilung](#) ihre Vorstellungen zur Zukunft des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) nach dem Jahr 2027. Im Rahmen dieser langfristigen Haushaltsplanung gemäß Art. 312 AEUV wird der jährliche EU-Haushalt verabschiedet (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2024). Die Mitteilung umreißt die wichtigsten Prioritäten und kündigt strukturelle Anpassungen in der EU-Haushaltsplanung an. Im Juli 2025 ist mit einem umfänglichen ersten Vorschlag der Kommission für den nächsten MFR zu rechnen. Um den Prozess der Erstellung zu unterstützen, wurden mehrere öffentliche Konsultationen und andere Beteiligungsformen angekündigt...

Vertragsverletzungsverfahren: Rechtliche Schritte gegen Deutschland eingeleitet

Die EU-Kommission hat in insgesamt vier Fällen gegen Deutschland [rechtliche Schritte](#) im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. Deutschland muss nun innerhalb von zwei Monaten auf die Aufforderungen reagieren und die Richtlinien umsetzen. Andernfalls kann die Kommission mit Stellungnahmen den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Die genannten Fälle umfassen das Versäumnis Deutschlands die Delegierte Richtlinie [\(EU\) 2024/299](#) umzusetzen, die die Berichterstattung über Emissionsprognosen an die Kommission und die Europäische Umweltagentur regelt...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

CERV: Förderung von Projekten zur Gewaltprävention

Am 18. Februar 2025 startet ein [Aufruf](#) (engl.) aus dem CERV-Förderprogramm zur Einreichung von Projektvorschlägen zum Thema Gewaltprävention. Die Verhinderung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder stehen dabei im Fokus. Das Programm [CERV-2025-DAPHNE](#), mit einem Budget von 23 Mio. €, zielt auf weitreichende Veränderungen im Bereich der Gewaltprävention ab. Schwerpunkte sind große transnationale Projekte, Opferschutz, Präventionsmaßnahmen und die Entwicklung integrierter Kinderschutzsysteme...

RegioStars Awards 2025: Aufruf zum Einreichen von Bewerbungen

Bis zum **20. Mai 2025** können Träger besonders innovativer, EU-finanzierter Projekte mit lokalem und regionalem Bezug ihre Bewerbung für die „RegioStars Awards 2025“ [online](#) einreichen (maschinelle Übersetzung verfügbar). Detaillierte Angaben zum diesjährigen Wettbewerb finden sich in deutscher Sprache in einem [Leitfaden](#) sowie in einem [Dokument](#), das häufig gestellte Fragen beantwortet...

Veranstaltungshinweis: Förderprogramm „Horizont Europa“ für Kommunen

Am **6. März 2025** von **10:00 bis 11:30 Uhr** findet eine **Online-Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Horizont Europa“** statt. [Horizont Europa](#) ist das Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2021–2027. Es stärkt Wissenschaft und Technologie, unterstützt den grünen und digitalen Wandel sowie nachhaltige Entwicklung und fördert Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen lädt gemeinsam mit dem [Europabüro](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Nationalen [Kontaktstelle](#) Klima, Energie und Mobilität und der Nationalen [Kontaktstelle](#) Neues Europäisches Bauhaus zu dieser Veranstaltung ein...

BRÜSSEL AKTUELL

4/2025

14. bis 28. Februar 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsfähigkeit I: Kommission legt Clean Industrial Deal vor

Am 26. Februar 2025 legte die EU-Kommission wie in den Politischen Leitlinien (Brüssel Aktuell 14/2024) angekündigt, innerhalb der ersten 100 Tage ihrer neuen Amtszeit, den [Deal](#) (englischsprachig) für eine saubere Industrie (Clean Industrial Deal) vor, einen Plan zur Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung. Der Deal beschreibt die Notwendigkeit eines umfassenden industriellen Wandels in Europa, um gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Klimaziele zu erreichen. Zeitgleich wurde von der Kommission ein Aktionsplan für bezahlbare Energie vorgelegt (diese Ausgabe), der als Schlüsselkomponente des Deals für eine saubere Industrie gilt. Kurzfristig soll der Deal für eine saubere Industrie mehr als 100 Mrd. € mobilisieren, um die saubere Produktion in der EU zu unterstützen. In diesem Betrag sind zusätzliche Garantien i. H. v. 1 Mrd. € aus dem aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen enthalten. Die Kernpunkte des Clean Industrial Deals sind:...

Wettbewerbsfähigkeit II: Aktionsplan für erschwingliche Energie vorgestellt

Am 26. Februar 2025 legte die EU-Kommission den [Aktionsplan](#) für erschwingliche Energie (englischsprachig) vor – zeitgleich mit dem Clean Industrial Deal (diese Ausgabe). Beide Pläne sind eng miteinander verbunden, da der Clean Industrial Deal auf eine nachhaltige Industrieumstellung abzielt und der Aktionsplan für bezahlbare Energie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern soll, um diesen Wandel bei gleichzeitiger Erreichung der EU-Klimaziele bis 2050 zu ermöglichen. Er soll den Weg für die Vollendung der Energieunion ebnen, die Energiepreise in der EU senken und Unternehmen und Haushalten langfristig eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energieversorgung sicherstellen. Die geschätzten Gesamteinsparungen belaufen sich auf 45 Mrd. € im Jahr 2025, die bis 2030 schrittweise auf 130 Mrd. € und bis 2040 auf 260 Mrd. € pro Jahr steigen sollen...

Wettbewerbsfähigkeit III: Kommission stellt Omnibus-Paket vor

Die EU-Kommission hat am 26. Februar 2025 ein neues Paket an Vorschlägen (Omnibus I und Omnibus II, englischsprachig) verabschiedet, das darauf abzielt, EU-Vorschriften zu vereinfachen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und zusätzliche Investitionskapazitäten freizusetzen. Das Hauptziel ist es, administrative Lasten für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), deutlich zu reduzieren. Bis zum Ende dieses Mandats sollen die bürokratischen Aufwände um mindestens 25 % gesenkt werden, wobei für KMU sogar eine Reduktion von 35 % angestrebt wird. Nach Schätzungen der Kommission lassen sich durch die Vereinfachungen jährliche Verwaltungskosten i. H. v. von rund 6,3 Mrd. € einsparen und zusätzliche öffentliche und private Investitionskapazitäten i. H. v. 50 Mrd. € mobilisieren...

EU-Haushaltsplan 2026: Rat legt Haushaltsleitlinien fest

Am 18. Februar 2025 hat der Rat der Europäischen Union [Leitlinien](#) für den [EU-Haushaltsplan](#) 2026 verabschiedet. Darin betont er die zentrale Bedeutung des Haushaltsplans für die Umsetzung der langfristigen Ziele und politischen Prioritäten der EU und bekräftigt das Engagement der EU, die Ukraine weiterhin finanziell zu unterstützen und ihren langfristigen Wiederaufbau zu fördern. Darüber hinaus fordert der Rat einen realistischen Haushaltsplan, der tatsächliche Bedarfe berücksichtigt und eine umsichtige Planung ermöglicht. Gleichzeitig soll der Haushaltsplan innerhalb der Obergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens genügend Flexibilität bieten, um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können...

Beihilfen in Krisenzeiten: Kurzbericht über Zahlungen des Zeitraums 2022-2024

Die EU-Kommission veröffentlichte im Februar 2025 einen [Kurzbericht](#) (englischsprachig) zu Beihilfezahlungen der Mitgliedstaaten in Krisenzeiten (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2024). Im Zeitraum zwischen März 2022 und Juni 2024 genehmigte die EU-Kommission, größtenteils innerhalb des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels (TCTF), staatliche Beihilfen in Höhe von fast 796 Mrd. €, von denen rund 219 Mrd. € tatsächlich an Unternehmen ausgezahlt wurden. Ursprünglich sollten diese die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine abmildern...

Cybersicherheit: Kommission präsentiert Plan für bessere Krisenkoordinierung

Die EU-Kommission hat am 24. Februar 2025 einen [Vorschlag](#) (englischsprachig) für eine Ratsempfehlung veröffentlicht, um den bestehenden EU-Rahmen für das Cybersicherheits-Krisenmanagement zu aktualisieren. Darin wird die zentrale Bedeutung digitaler Technologien und globaler Vernetzung für das wirtschaftliche Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie die dadurch entstehenden Cybersicherheitsrisiken betont. Ziel des Vorschlags ist es, effizienter auf großflächige Cybervorfälle reagieren zu können...

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal: Studie zum Umsetzungsstand veröffentlicht

Am 30. Januar 2025 veröffentlichte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) eine [Studie](#) mit Anhang (englischsprachig) zum Fortschritt der Umsetzung der Ziele europäischen Grünen Deals. Der 2019 von der EU-Kommission vorgeschlagene Grüne Deal setzt sich zum Ziel, bis 2030 die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 55 % zu senken und bis 2050 die Klimaneutralität im Einklang mit den Pariser Klimazielen zu erreichen. Die Studie identifiziert 154 verbindliche und unverbindliche Ziele, die den Grünen Deal ausmachen, und bietet eine Momentaufnahme des Fortschritts bei deren Erreichung. 32 dieser Ziele werden derzeit als „auf Kurs“ beschrieben, bei 64 identifiziert das JRC, dass „Beschleunigung erforderlich“ sei, bei 15 gilt der Befund „keine Fortschritte“ oder „rückläufig“ und für 43 der Ziele sind derzeit keine Daten verfügbar (S. 16 f)...

Kreislaufwirtschaft I: Vorläufige Trilogieeinigung zur Abfallrahmenrichtlinie

Am 19. Februar 2025 erzielten der Rat und das EU-Parlament eine vorläufige [Einigung](#) über die [Überarbeitung](#) der EU-Abfallrahmenrichtlinie (offizieller Einigungstext liegt noch nicht vor). Diese umfasst neue Ziele zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen bis 2030 und Maßnahmen für eine nachhaltigere Textilindustrie. Die bisher bekannten Einigungsergebnisse umfassen folgende Beschlüsse: Die Lebensmittelabfälle in der Verarbeitung und Herstellung sollen um 10 % im Vergleich zu 2021-2023 gesenkt werden. Lebensmittelabfälle aus Einzelhandel, Restaurants, Catering und Haushalten sollen um 30 % pro Kopf im Vergleich zu 2021-2023 reduziert werden, sowie zudem die freiwillige Spende von unverkauften, noch genießbaren Lebensmitteln gefördert werden. Auch für Textilabfälle wird es neue Regeln geben: Textilproduzenten und Modeunternehmen werden für die Entsorgung ihrer Abfälle verantwortlich gemacht und müssen im Sinne einer erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) eine Abgabe zahlen...

Kreislaufwirtschaft II: Ausschusssitzung zu Altfahrzeugen-Richtlinie

Am 17. Februar 2025 fand eine Sitzung der Ausschüsse für Umweltfragen (ENVI) und für Binnenmarkt (IMCO) des EU-Parlaments statt, in der der [Kommissionsvorschlag](#) zu Kreislaufanforderungen für die Fahrzeugentwicklung und das Management von Altfahrzeugen behandelt wurde. In dieser Sitzung wurde ein [Änderungsantrag](#) (englischsprachig) der Berichterstatter der EVP besprochen, in dem u. a. die ab 2032 vorgeschriebenen Plastik-Rezyklatanteile in Neuwagen von bisher 25 % auf 20 % gesenkt werden sollen. Zudem werden Vereinfachungen vorgeschlagen wie das Streichen der Kreislaufstrategie nach Fahrzeugtyp. In den Fokus sollen EU-weite Harmonisierungen von z. B. Typengenehmigungen und Straßentauglichkeitskriterien rücken. Die Wirtschaftlichkeit des Recyclings soll gefördert und nicht mit übermäßiger Regulierung erschwert werden...

Wald: EU beendet Holz-Abkommen mit der Republik Kamerun

Am 11. Februar 2025 fasste der Rat der EU auf Vorschlag der EU-Kommission sowie nach Zustimmung des EU-Parlaments einen [Beschluss](#) zur Beendigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und der Republik Kamerun über „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ (kurz FLEGT) sowie die Einfuhr von Holzprodukten in die EU. Die Republik Kamerun war demnach nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen zu erfüllen...

Waldüberwachung: Sitzung des Umwelt- und Landwirtschaftsausschusses

Am 18. Februar 2025 fand eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Umweltfragen (ENVI) und Landwirtschaft (AGRI) des EU-Parlaments statt, in der der Kommissionsvorschlag für eine neue Waldüberwachungsverordnung erörtert wurde (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2024). Der [Gesetzesentwurf](#) zielt darauf ab, dass Mitgliedstaaten ihre lokale Datenerhebung teilen, harmonisieren und durch Satellitendaten ergänzen. Seit der letzten Sitzung wurde in einem [Änderungsantrag](#) (englischsprachig) ein kontroverser Anhang gestrichen und die Zahl der zu erhebenden Indikatoren reduziert. Der Entwurf wird nun in den Ausschüssen des Parlaments weiter diskutiert...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Landwirtschaft: Kommission stellt Vision bis 2040 vor

Die EU-Kommission veröffentlichte am 19. Februar 2025 eine [Mitteilung](#) zur Zukunft der Landwirtschaft und Ernährung in Europa (bisher nur in englischer Sprache verfügbar). Ziel sei eine nachhaltige, widerstandsfähige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Schwerpunkte sind dabei u. a. die Förderung umweltfreundlicher Praktiken, der Einsatz innovativer Technologien sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung. Konkret plant die Kommission u. a. eine gezieltere Einkommensunterstützung für Landwirte (Erste Säule der GAP), die Einführung degressiver Zahlungen und Kappungsgrenzen sowie verstärkte Investitionen der Europäischen Investitionsbank. Kleine- und mittlere Unternehmen (KMU) im Agrar- und Ernährungssektor sollen spezifische Unterstützung erhalten. Weitere Maßnahmen betreffen eine Evaluierung der Nitratrichtlinie 2025, eine Digitalisierungsstrategie für die Landwirtschaft sowie eine Initiative zur Förderung von Landwirten als Energieerzeuger...

Cities Forum 2025 in Krakau: „Städte stärken, Europas Zukunft gestalten“

Vom 17. bis 19. Juni 2025 findet das nächste Cities [Forum](#) (englischsprachig) in Krakau, Polen, statt. Das Cities Forum ist eine zweijährliche Veranstaltung der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der europäischen Städtepolitik und Förderung einer nachhaltigen urbanen Zukunft. Organisiert wird das Forum von der Generaldirektion für regionale und städtische Entwicklung (DG REGIO) und der European Urban Initiative (EUI) und bringt wichtige städtische Akteure auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusammen...

Europäische Hochschulallianzen: Kommission stellt Bilanz vor

Am 24. Januar 2025 hat die EU-Kommission eine [Bilanz](#) (englischsprachig) der Initiative „Europäische Hochschulallianzen“ veröffentlicht. Demnach wuchs die Anzahl der Allianzen seit dem Start der Initiative im Jahr 2019 (Brüssel Aktuell 24/2019) von 17 auf 65 an, wobei aktuell 570 Hochschulen und Universitäten aus 35 Staaten beteiligt sind. Durch die verschiedenen Hochschulallianzen wurden insgesamt 600 gemeinsame Studienangebote und Kurse geschaffen, darunter rund 160 gemeinsame Studiengänge. Innerhalb der ersten drei Jahre nach Beginn der Initiative habe zudem die Studierendenmobilität innerhalb der Allianzen um 400 % zugenommen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Ausschuss der Regionen: Beginn der neuen Mandatsperiode 2025 bis 2030

Mit der 164. [Plenartagung](#) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) begann am 19. Februar 2025 dessen neue Mandatsperiode 2025 bis 2030 (Brüssel Aktuell 6/2020). Der AdR ist seit 1994 die Versammlung der Regionen und Kommunen im Gefüge der EU-Institutionen. Als beratendes Gremium soll es regionalen und kommunalen Anliegen, insbesondere der Achtung des Subsidiaritätsprinzips, gegenüber den anderen EU-Organen Gehör verschaffen. Mit der Neuwahl des Präsidiums nahm der AdR für die neue Periode seine Arbeit auf. Bereits Ende des vergangenen Jahres wurden die Mitglieder des AdR durch die Mitgliedstaaten im Rat neu bestimmt...

Rechtsstaatlichkeit: Polen muss 320 Mio. € an Kommission zahlen

Am 5. Februar 2025 [bestätigte](#) der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass Polen rund 320,2 Mio. € an die EU-Kommission zahlen muss (Urteil liegt noch nicht in deutscher Sprache vor). Hintergrund ist die umstrittene Justizreform von 2019, die gegen EU-Recht verstieß. Da Polen einstweilige Maßnahmen des Gerichts nicht umsetzte, wurde im Oktober 2021 ein tägliches Zwangsgeld von 1 Mio. € verhängt. Erst im Juni 2022 beschloss Polen eine Gesetzesänderung, die der Gerichtshof im April 2023 anerkannte und daraufhin das Zwangsgeld auf 500.000 € reduzierte. Da Polen die Strafe nicht zahlte, zog die Kommission die Summe durch Verrechnung mit polnischen Forderungen an die EU ein...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Förderaufruf CERV-2025-CHILD: Unterstützung für Projekte zu Kinderrechten

Seit dem 16. Januar 2025 können sich Interessierte im Rahmen des EU-Förderprogramms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ([CERV](#)) für den neuen Förderaufruf CERV-2025-CHILD bewerben. Mit insgesamt 17 Mio. € (Förderquote 90 %) werden Projekte in drei Prioritätsbereichen gefördert: „Rechte von Kindern im digitalen Zeitalter“, „Beteiligung und Teilhabe von Kindern“ und „Berücksichtigung von Kinderrechten in politischen Maßnahmen“. [Bewerben](#) (englischsprachig) können sich alle juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, allerdings dürfen die Hauptantragsteller keinen Erwerbszweck verfolgen...

EU-Bio-Preis: Bewerbungen bis zum 27. April möglich

Seit 2022 zeichnet der EU-Bio-Preis (EU Organic Award) herausragende Leistungen entlang der ökologischen Wertschöpfungskette aus. Bewerbungen für den diesjährigen Preis sind bis zum **27. April 2025** über ein [Online-Formular](#) (englischsprachig) möglich. Der Preis wird in sechs Kategorien vergeben, darunter bester Bio-Landwirt, beste Bio-Region und bestes Bio-Restaurant. Die Initiative ist Teil des Aktionsplans zur Förderung der ökologischen Produktion und soll innovative Projekte sichtbarer machen...

Aufruf: „Young Elected Politicians“ Programm 2025

Bis zum **1. Mai 2025** können sich kommunale Mandatsträger:innen für das „[Young Elected Politicians](#)“- (YEP) Programm des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) [bewerben](#) (englischsprachig). Als Voraussetzung müssen diese nach dem 1. Januar 1990 geboren sein. Ziel des Programms ist die Vernetzung mit anderen jungen europäischen Kommunalpolitiker:innen, Wissenstransfer sowie das Interesse an der Mitgestaltung der EU-Politik zu fördern...

In eigener Sache

Positionspapier: Zukunft der europäischen Politik für ländliche Räume

Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs haben sich in einem [Positionspapier](#) (englische [Version](#)) für eine Zukunft der europäischen Politik für die ländlichen Räume ausgesprochen. Dabei unterstreichen sie die zentrale Bedeutung dieser Gegenden für die Zukunft Europas, da insb. rund ein Drittel der EU-Bevölkerung in diesen Gebieten leben. Aus Sicht der baden-württembergischen Kommunen sind jedoch die spezifischen Herausforderungen dieser Räume in der europäischen Förderpolitik nicht ausreichend berücksichtigt. Die bisherige Anbindung der Förderung ländlicher Räume an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) werde der Vielfalt und den Anforderungen dieser Regionen nicht gerecht...

Veranstaltungshinweis: Förderprogramm „Horizont Europa“ für Kommunen

Am **6. März 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr** findet eine Online-Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Horizont Europa“ statt. [Horizont Europa](#) ist das Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2021–2027. Es stärkt Wissenschaft und Technologie, unterstützt den grünen und digitalen Wandel sowie nachhaltige Entwicklung und fördert Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen lädt gemeinsam mit dem [Europabüro](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Nationalen [Kontaktstelle](#) Klima, Energie und Mobilität und der Nationalen [Kontaktstelle](#) Neues Europäisches Bauhaus zu dieser Veranstaltung ein...

BRÜSSEL AKTUELL

5/2025

28. Februar bis 14. März 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Automobilindustrie: Kommission legt Aktionsplan für den Automobilsektor vor

Die EU-Kommission hat am 5. März 2025 ihren [Aktionsplan](#) (englischsprachig) für den europäischen Automobilsektor veröffentlicht. Dieser baut auf dem Anfang des Jahres initiierten Strategischen Dialog über die Zukunft der europäischen Automobilindustrie (Brüssel Aktuell 2/2025) auf und zielt darauf ab, den Automobilsektor in der EU durch konkrete Maßnahmen robuster, nachhaltiger und innovativer zu gestalten. Zu den Bestandteilen des Aktionsplans gehören u. a. die Bereitstellung von 1,8 Mrd. € für die Schaffung einer sicheren und wettbewerbsfähigen Lieferkette für Batterierohstoffe sowie die Gründung einer europäischen Allianz für vernetzte und autonome Fahrzeuge, durch die die Zusammenarbeit der verschiedenen Stakeholder in der EU z. B. bei der Entwicklung von Soft- und Hardware intensiviert werden soll...

Umwelt, Energie und Verkehr

Umwelt: Zweiter Bericht zur Erreichung der Null-Schadstoff-Ziele veröffentlicht

Am 3. März 2025 veröffentlichten die Europäische Umweltagentur und die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission (JRC) einen [Monitoringbericht](#) (englischsprachig) zur Schadstofffreiheit. Demnach können mehr als die Hälfte der Ziele des [Aktionsplans](#) „Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“ bis 2030 mit den derzeitigen Anstrengungen nicht erreicht werden. Die aktuellen Ergebnisse sind im „Zero Pollution“-[Dashboard](#) (englischsprachig) für jede (NUTS-2-)Region abrufbar. Positive Entwicklungen gebe es insbesondere bei der Reduzierung von Plastikabfall an Stränden und der Verringerung von vorzeitigen Sterbefällen durch Luftverschmutzung. In anderen Bereichen blieben die Fortschritte jedoch aus: die Gesamtabfallmenge, insbesondere die Menge an Siedlungsabfällen, konnte bisher nicht deutlich gesenkt werden...

Wolf: EU-Kommission schlägt Anpassung des Schutzstatus vor

Am 10. März 2025 hat die EU-Kommission eine gezielte [Änderung](#) (englischsprachig) der Anhänge der Habitat-Richtlinie (FFH) vorgeschlagen, um den Schutzstatus des Wolfs an die im Dezember 2024 beschlossene Herabstufung durch die Berner Konvention anzupassen (Brüssel Aktuell 21/2024). Der Wolf soll künftig nicht mehr als „streng geschützt“, sondern nur noch als „geschützt“ eingestuft werden. Damit steht die Art weiterhin unter Schutz, aber Mitgliedstaaten erhalten mehr Flexibilität im Umgang mit Wolfspopulationen, insbesondere bei Konflikten mit Nutztierhaltung...

Kohäsion: Kommission prüft Bürgerinitiative zur Gleichstellung der Regionen

Die EU-Kommission prüft derzeit die Europäische [Bürgerinitiative](#) „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Nachhaltigkeit der regionalen Kulturen“. Mit 1.269.351 validierten Unterstützungsbekundungen und der Erreichung der Schwellenwerte in acht EU-Mitgliedstaaten ist dies die elfte erfolgreiche Initiative dieser Art. Ziel der Initiative ist es, die Kohäsionspolitik stärker auf Regionen mit nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sprachlichen Besonderheiten auszurichten, um diese in der wirtschaftlichen Entwicklung und beim Zugang zu EU-Fonds gleichermaßen zu fördern und ihre kulturelle Vielfalt zu erhalten...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Kommission schlägt Gesetz über ein neues EU-Rückkehrsystem vor

Am 11. März 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren erwarteten [Vorschlag](#) (mit Anhang) für eine Verordnung über ein neues Gemeinsames Europäisches Rückkehrsystem (derzeit nur in englischer Sprache). Die neue Verordnung soll die Richtlinien [2008/115/EG](#) und [2001/40/EG](#) sowie die Rats-Entscheidung [2004/191/EG](#) ersetzen. Der Vorschlag der Kommission stellt eine der Prioritäten dar, die Kommissionspräsidentin von der Leyen zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit ankündigte und die 2024 verabschiedete Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ergänzen soll (Brüssel Aktuell 11, 14 und 16/2024). Durch gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten, Rückkehrzentren in Drittstaaten und Mitwirkungspflichten für Ausreisepflichtige soll der Anteil der rückgeführten Personen ohne Aufenthaltsrecht deutlich gesteigert werden...

Migration II: Zahl der Asylanträge im Jahr 2024 rückläufig

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 3. März 2025 ihre aktuelle [Analyse](#) (englischsprachig) zur Entwicklung der Asylanträge in den EU+-Ländern (EU-Staaten, Norwegen und die Schweiz) im Jahr 2024 veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2025). Demnach wurden im Jahr 2024 insgesamt 1.014.000 Asylanträge gestellt. Dies entspricht einem Rückgang von 11 % gegenüber dem Jahr 2023 (1.140.000 Anträge). Besonders stark sank die Zahl der Anträge von syrischen (-17 %), afghanischen (-24 %) und türkischen (-45 %) Staatsangehörigen. Deutschland bleibt mit 237.000 Asylanträgen das wichtigste Zielland, verzeichnet jedoch einen Rückgang von fast 30 % im Vergleich zum Vorjahr...

Fachkräftemangel: Kommission stellt Union der Kompetenzen vor

Die EU-Kommission hat am 5. März 2025 die [Initiative](#) (englischsprachig) „Union der Kompetenzen“ vorgestellt, um dem Fachkräftemangel in der EU entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Initiative umfasst verschiedene Maßnahmen, darunter die Verbesserung der Grundfertigkeiten durch das Pilotprojekt „Basic Skills Support Scheme“, das gezielt Lesen, Schreiben und Rechnen fördert. Zudem soll lebenslanges Lernen gestärkt werden, indem Erwachsenen Weiterbildung und Umschulung erleichtert werden. Ein weiteres Ziel ist die Erleichterung der Arbeitskräftemobilität durch eine bessere Anerkennung von Qualifikationen innerhalb der EU, um Unternehmen die Rekrutierung zu erleichtern...

Wohnungsbau: Grundstein für Aktionsplan zur Unterstützung des Wohnungsbaus

Dan Jørgensen, EU-Kommissar für Energie und Wohnungsbau, und Nadia Calviño, Präsidentin der EIB-Gruppe (Europäische Investitionsbank), haben eine europaweite [Investitionsplattform](#) (Pressemitteilung, englischsprachig) für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum ins Leben gerufen. Ein zentrales [Anlaufstellenportal](#) (englischsprachig) soll den Zugang zur Beratung und Finanzierung für Endbegünstigte erleichtern. Die EIB plant in den nächsten zwei Jahren Investitionen von 10 Mrd. €, um den Bau bezahlbarer Wohnungen, die Renovierung bestehender Gebäude und Innovationen im Bausektor zu fördern. Die Investitionsplattform steht nationalen Förderbanken und internationalen Finanzinstitutionen offen. Ziel ist es, 1,5 Mio. Wohneinheiten zu schaffen oder zu renovieren...

Gesundheit I: Konsultation zur Gesundheit von Frauen

Bis zum **8. April 2025** können Vertreterinnen und Vertreter einer öffentlichen Einrichtung, von Interessenvertretungen, Gesundheitsdienstleister und Einzelpersonen sich an einer öffentlichen [Konsultation](#) des neuen Ausschusses für öffentliche Gesundheit ([SANT](#), Brüssel Aktuell 1/2025) des EU-Parlaments zur Gesundheit von Frauen beteiligen...

Gesundheit II: Konsultation zu seltenen Krankheiten

Bis zum **31. März 2025** besteht u. a. für Gesundheitsdienstleister, Behörden und Einzelpersonen die Möglichkeit, an einer [Konsultation](#) des EU-Parlaments zu seltenen Krankheiten teilzunehmen. Mit der Konsultation sollen Informationen gesammelt werden, die der neue Ausschuss für öffentliche Gesundheit ([SANT](#), Brüssel Aktuell 1/2025) für seine künftige Arbeit nutzen möchte. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Herausforderungen und Problemen von seltenen Krankheiten, denen sowohl Betroffene als auch Personen, die mit seltenen Krankheiten arbeiten, begegnen...

Gleichstellung: Kommission veröffentlicht Geschlechtergleichstellungsbericht 2025

Die EU-Kommission veröffentlichte am 7. März 2025 den englischsprachigen [Bericht](#) 2025 über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (Brüssel Aktuell 5/2023). Der Bericht zieht eine Bilanz der wichtigsten Initiativen, die zwischen März 2024 und Februar 2025 im Rahmen der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 (Brüssel Aktuell 8/2021) ergriffen wurden. Dabei konzentriert er sich auf die fünf von der Strategie abgedeckten Schlüsselbereiche: Freiheit von Gewalt und Stereotypen; Entfaltung in einer geschlechtergerechten Wirtschaft; Gleichberechtigte Führungsverantwortung in der Gesellschaft; Gender Mainstreaming und eine intersektionelle Perspektive in der EU-Politik; Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der EU sowie Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau weltweit. Darüber hinaus enthält der Bericht Beispiele von Initiativen aus den Mitgliedstaaten und durch die EU finanzierten Projekten zur Gleichstellung...

Soziales: Pakt zur Stärkung des sozialen Dialogs

Am 5. März 2025 unterzeichneten die EU-Kommission und die europäischen Sozialpartner einen [Pakt](#) zur Stärkung des sozialen Dialogs. Der Pakt folgt auf die im Jahr 2024 unterzeichnete „[Erklärung](#) für einen dynamischen europäischen sozialen Dialog“ (Brüssel Aktuell 5/2024). Sein Ziel ist die Stärkung der Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung der Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in Zeiten des globalen Wandels. Im Pakt sind Maßnahmen für die Kommission und Sozialpartner festgelegt, die diese längerfristig ergreifen möchten...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Verteidigung: Kommission schlägt umfangreichendes Verteidigungspaket vor

Die EU-Kommission hat mit dem „ReArm Europe“-Plan am 4. März 2025 ein umfangreiches Verteidigungspaket angesichts der sicherheits- und geopolitischen, auch transatlantischen, Herausforderungen vorgestellt. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen skizzierte die Grundzüge des Plans zunächst in einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU und erläuterte sie anschließend in einer [Presseerklärung](#). Der Plan umfasst insgesamt fünf Aktionsbereiche. Durch den Vorschlag zur Aktivierung der nationalen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen höhere Verteidigungsausgaben auf nationaler Ebene i. H. v. bis zu 650 Mrd. € ermöglicht werden, ohne dass ein Defizitverfahren eingeleitet wird. Darüber hinaus soll ein neues Finanzierungsinstrument Verteidigungsdarlehen i. H. v. 150 Mrd. € an die Mitgliedstaaten ermöglichen. Den EU-Staaten soll überdies die Möglichkeit zur Nutzung von Mitteln aus der Kohäsionspolitik für Verteidigungszwecke gegeben werden, während im Rahmen zweier weiterer Aktionsbereiche Maßnahmen zur Mobilisierung privaten Kapitals aufgeführt werden...

Digitales Grenzmanagementsystem: Rat spricht sich für schrittweise Einführung aus

Am 5. März 2025 legte der Rat der EU eine allgemeine [Ausrichtung](#) (Verhandlungsposition) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission vom 4. Dezember 2024 (Brüssel Aktuell 22/2024) zur schrittweisen Einführung des neuen digitalen Grenzmanagementsystems, dem Einreise-/Ausreisesystem (EES), fest. Das ESS soll digital die Ein- und Ausreisen sowie die biometrischen Daten von Nicht-EU-Bürger:innen, die für Kurzaufenthalte in die EU und den assoziierten Schengen-Raum reisen, erfassen. So soll es das Management der EU-Außengrenzen modernisieren, Identitätsbetrug verringern und Personen identifizieren, die ihre zulässige Aufenthaltsdauer überschritten haben...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Tourismus: Wettbewerbe für europäische Städtepreise 2026 gestartet

Die EU-Kommission hat die Wettbewerbe für den „Grünen Pionier“ und die „Europäische Hauptstadt des intelligenten Tourismus 2026“ gestartet. Die Bewerbungsfrist endet am **30. Mai 2025 um 17:00 Uhr**. Als europäische Hauptstadt des smarten Tourismus können sich Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern bewerben. Bewertet werden vier Kriterien: Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Digitalisierung sowie kulturelles Erbe in Verbindung mit Kreativität. Die Ausschreibung für den „Grünen Pionier“ des Tourismus richtet sich an Städte mit 25.000 bis 100.000 Einwohnern, die herausragende nachhaltige Tourismuspraktiken umsetzen...

Sonderpreis der Kommission für Schülerzeitungen: Bayerische Schule ausgezeichnet

Am 7. März 2025 [verkündete](#) die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland zum 16. Mal die Gewinner ihres [Schülerzeitungspreises](#), der deutsche Schülerzeitungen für ihre Beiträge zu europapolitischen Themen auszeichnet. Unter 40 Einsendungen aus ganz Deutschland wurde die Schülerzeitung „PEER plus“ des Egbert-Gymnasiums in Münsterschwarzach als Sieger ausgewählt und darf sich somit über ein Preisgeld von 1000 € freuen. Die Zeitung berichtete im Jahr 2024 mehrfach über europapolitische Themen und widmete sich dabei drei Schwerpunkten ausführlicher: Populismus in Europa, das europäische Asylsystem und die Absenkung des Wahlalters...

Traduki: Förderung des Austauschs mit der südosteuropäischen Literaturszene

Das europäische Netzwerk [Traduki](#) fördert den Austausch der deutschsprachigen und der südosteuropäischen Literaturszene sowie den kulturellen Austausch verschiedener südosteuropäischer Sprachgemeinschaften untereinander. Dazu unterstützt TRADUKI Übersetzungen, bietet Aufenthaltsprogramme in Südosteuropa an und fördert literarische Veranstaltungen unterschiedlichster Art, die übersetzte Literatur aus Südosteuropa einbeziehen...

In eigener Sache

Vergaberecht: Beiträge zur Evaluierung der EU-Vergaberichtlinien

Die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen haben sich mit je zwei Positionspapieren an der [Konsultation](#) der EU-Kommission zur geplanten Reform der EU-Vergaberichtlinien beteiligt (Brüssel Aktuell 22/2024). Grundlage der beiden Beiträge bildet ein [Positionspapier](#), das gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden aus Deutschland und Österreich sowie dem Verband Kommunalen Unternehmen (VKU) ausgearbeitet wurde. Zusätzlich haben die Kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg jeweils eine eigene [Stellungnahme](#) bzw. ein [Positionspapier](#) verfasst, die einen Überblick über ihre zentralen Forderungen gewähren...

Positionspapier: Wasser als zentrale Säule der kommunalen Daseinsvorsorge

Die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen haben sich mit einem [Positionspapier](#) an der [Konsultation](#) (englischsprachig) der EU-Kommission zur geplanten Wasserresilienzstrategie beteiligt. Durch die für das zweite Quartal 2025 angekündigte Strategie will die EU-Kommission die Widerstandsfähigkeit der europäischen Wasserressourcen angesichts von Klimawandel und Umweltverschmutzung nachhaltig stärken. In den aktuellen Diskussionen auf europäischer Ebene werden in diesem Zusammenhang allerdings vermehrt Privatisierungstendenzen bzw. -präferenzen ersichtlich. Um auch zukünftig den Zugang zu sauberem Trinkwasser und eine funktionierende Abwasserentsorgung im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge gewährleisten zu können, sprechen sich die Europabüros im gemeinsamen Positionspapier für die Berücksichtigung und Erhaltung der bereits effizient funktionierenden, ortsnahe und öffentlich geprägten Strukturen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips aus...

Horizont Europa: Nachbericht zur virtuellen Kooperationsveranstaltung

Am 6. März 2025 fand im Rahmen der Fördermittelreihe des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen eine digitale Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen des EU-Förderprogramms „Horizont Europa“ statt. Rund 40 Teilnehmende erhielten vertieft Einblicke in „Horizont Europa“ sowie das „Neue Europäische Bauhaus“, um die Fördermöglichkeiten gezielt nutzen zu können...

BRÜSSEL AKTUELL

6/2025

14. bis 28. März 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht: Konsultation zu einem Beihilferahmen für eine saubere Industrie

Die EU-Kommission öffnete am 11. März 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) (engl.) zu ihrem am 26. Februar 2025 veröffentlichten [Vorschlag](#) (engl.) für einen neuen Beihilferahmen als Teil des [Deals](#) für eine saubere Industrie (Brüssel Aktuell 4/2025). Der künftige Beihilferahmen soll den mehrfach verlängerten Befristeten [Rahmen](#) zur Krisenbewältigung ersetzen und bis zum 31. Dezember 2030 gelten (zuletzt Brüssel Aktuell 10/2024). Damit möchte die Kommission einen vorhersehbaren Rechtsrahmen schaffen, der die Bedingungen für staatliche Beihilfen zur Förderung privater Investitionen in saubere Technologien festlegt...

Umwelt, Energie und Verkehr

Abwasser: Pharmaunternehmen klagen gegen Erweiterte Herstellerverantwortung

Sechs Pharmaunternehmen (Dermapharm, Fresenius-Kabi, Hameln Pharma, Puren Pharma, Sandoz/Hexal und Teva) haben vor dem Europäischen Gericht erster Instanz (EuG) Klage gegen die überarbeitete Kommunalabwasserrichtlinie eingereicht, unterstützt vom Verband Pharma Deutschland als Streithelfer. Die Klage wurde durch eine [Pressemitteilung](#) des Verbandes am 10. März 2025 bekannt. Am 3. März hatte die Europäische Vereinigung der Pharmazeutischen Industrie und ihrer Verbände (EFPIA) angekündigt, eine Klage anzustreben. Die zum 1. Januar 2025 in Kraft getretene Novellierung der Kommunalabwasserrichtlinie muss bis Ende 2028 in nationales Recht umgesetzt werden (zuletzt Brüssel Aktuell 22/2024). Sie führt u. a. eine Erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) für alle Hersteller von Pharma- und Kosmetikprodukten, die in der EU verkaufen und deren Produkte Gewässer belasten, ein...

Führerschein: Vorläufige Einigung über neue EU-Vorschriften

Am 25. März 2025 haben der Rat und das EU-Parlament eine vorläufige Einigung zur Aktualisierung der [Führerscheinrichtlinie](#) erzielt. Die Überarbeitung der Führerscheinrichtlinie ist Teil des Pakets der Europäischen Kommission zur Straßenverkehrssicherheit aus dem Jahr 2023 (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2025). Vorgesehen ist die Einführung eines digitalen, europaweit anerkannten Führerscheins bis Ende 2030, der in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden und in der künftigen europäischen Brieftasche für die Digitale Identität zur Verfügung stehen soll. Alternativ bleibt jedoch weiterhin die Möglichkeit eines physischen Führerscheins bestehen...

Regionalpolitik: Auftakt der interfraktionellen Arbeitsgruppe European Urban Forum

Am 18. März 2025 fand die Auftaktveranstaltung des European Urban [Forum](#) (engl.), einer neuen interfraktionellen Arbeitsgruppe (sog. Intergroup) innerhalb des EU-Parlaments, statt. In der aktuellen Legislaturperiode soll diese als Plattform für die Belange städtischer Gebiete innerhalb verschiedener Politikfelder wie der Umwelt-, Verkehrs- oder Kohäsionspolitik dienen. Dazu will die Intergroup unter anderem den Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und Interessensgruppen fördern...

Soziales, Bildung und Kultur

Gleichstellung: Roadmap zur Stärkung der Frauenrechte veröffentlicht

Am 7. März 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Fahrplan](#) (engl.) zur Stärkung der Frauenrechte. Der Fahrplan soll einen Beitrag bei der Schaffung einer geschlechtergerechten Gesellschaft leisten. Die politische Agenda zur Geschlechtergleichstellung soll langfristig vorangebracht und politische Maßnahmen sowie Gender-Mainstreaming auf europäischer und internationaler Ebene angestoßen werden. Die Roadmap soll eine Orientierung für künftige Strategien und Maßnahmen geben, insbesondere für die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter in der Zeit nach 2025...

Asyl: Neuer Leitfaden der EUAA zu Staatenlosigkeit und Staatsangehörigkeit

Die EU-Asylagentur (EUAA) veröffentlichte am 10. März 2025 einen [Leitfaden](#) (engl.), der die Konzepte von Nationalität und Staatenlosigkeit im Kontext des internationalen Schutzes erläutert. Ziel des Berichts ist es, die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in den EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen und eine einheitliche Anwendung zu fördern. Der Leitfaden wurde von Expertinnen und Experten aus der EU in Zusammenarbeit unter anderem mit der EU-Kommission, dem Europäischen Rat für Flüchtlinge und Exilanten (ECRE) und weiteren Fachorganisationen entwickelt und soll praxisnahe Orientierung für Asylsachbearbeiter, Interviewer und Entscheidungsträger bieten...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Katastrophenschutz: EU stellt neue Strategie zur Krisenvorsorge vor

Die EU-Kommission veröffentlichte am 26. März 2025, gemeinsam mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, die neue EU-[Strategie](#) (engl.) zur Krisenvorsorge. Ziel dieser Strategie ist es, die Mitgliedstaaten bei der Prävention und Reaktion auf Bedrohungen besser zu unterstützen und die Resilienz Europas zu stärken. Ergänzt wird die Strategie durch einen [Bericht](#) (engl.) über die Bewertung der Maßnahmen der EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion ([HERA](#)) seit ihrer Einrichtung vor drei Jahren. Angesichts zunehmender geopolitischer Spannungen, hybrider Bedrohungen, Cyberangriffen, Desinformation und des Klimawandels soll die neue Strategie einen integrierten Ansatz fördern. Ziel sei es, zentrale gesellschaftliche Funktionen zu schützen und eine effektive Notfallreaktion sicherzustellen...

Vertragsverletzungsverfahren: Umsetzung des Europäischen Haftbefehls

Die EU-Kommission hat am 12. März 2025 gegen vier Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, die nächste Stufe bereits laufender [Vertragsverletzungsverfahren](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 6/2024) eingeleitet und mit Gründen versehene Stellungnahmen übersandt. Die vier Länder haben den Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl ([2002/584/JI](#)), ein vereinfachtes grenzüberschreitendes justizielles Verfahren für die Übergabe gesuchter Personen zwecks Strafverfolgung, nicht ausreichend eingehalten...

Sicherheit: Weißbuch zur europäischen Verteidigung vorgelegt

Am 19. März 2025 stellte die EU-Kommission das neue [Weißbuch](#) (engl.) zur europäischen Verteidigungsbereitschaft 2030 vor. Es analysiert aktuelle Herausforderungen und skizziert eine neue Strategie zur Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsindustrie sowie zur Verbesserung industrieller Kapazitäten, technologischer Innovationen und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Ziel des Weißbuches ist es, die europäische Verteidigungsindustrie wettbewerbsfähiger und unabhängiger zu machen...

Europäischer Rat: Fokus liegt auf Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Migration

Am 20. März 2025 veröffentlichte der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der EU, [Schlussfolgerungen](#) (engl.) u. a. zu den Themen Wettbewerbsfähigkeit, europäische Verteidigung und Sicherheit sowie Migration. Er begrüßt die Vorstellung des „Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ vom 29. Januar 2025 (zuletzt Brüssel Aktuell 2/2025), des „Deals für eine saubere Industrie“ vom 26. Februar 2025 und der Omnibus-Vereinfachungsagenda (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2025). Die Kommission wird aufgerufen, für 2025 Maßnahmen zu priorisieren, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern, den Binnenmarkt stärken, hochwertige Arbeitsplätze schaffen und die digitalen sowie ökologischen Transformationen erfolgreich umsetzen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Kommunale Partnerschaften: Neuer CERV-Förderaufruf

Ab dem 9. April 2025 können Kommunen im Rahmen des EU-Förderprogramms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ([CERV](#)) Fördermittel für grenzüberschreitende Partnerschaften beantragen. Der Förderaufruf unterstützt Kommunen bei der Durchführung von Projekten zur Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs auf lokaler Ebene...

URBACT: Förderaufruf für Transfernetzwerke 2025

Vom 1. April bis 30. Juni 2025 können sich europäische Städte für den neuen URBACT-Transfer-Netzwerk-[Call](#) bewerben. Ziel ist es, bewährte Lösungen aus anderen Kommunen zu übernehmen und weiterzuentwickeln. Gefördert werden 25 Transfer-Netzwerke, die sich aus einer federführenden Stadt, die bereits mit dem Gütesiegel für bewährte Verfahren ausgezeichnet wurde, und fünf bis sieben Partnerstädten zusammensetzen...

URBACT und EUI: Infoveranstaltung zu Förderaufrufen 2025

Am 1. April 2025 lädt die Nationale Kontaktstelle von URBACT und der Europäischen Stadtinitiative (EUI) von 10:00 bis 12:00 Uhr zu einer Online-[Informationsveranstaltung](#) ein. Vorgestellt werden die Aufrufe für das Jahr 2025 der Europäischen Stadtinitiative (EUI) und URBACT, die Kommunen beim Wissenstransfer und der nachhaltigen Stadtentwicklung unterstützen. Wichtige Fördermöglichkeiten umfassen den EUI Peer-Review-Call für EFRE-Städte, den URBACT-Call für Transfer-Netzwerke sowie die EUI Innovative Actions zu den Themen Energiewende und Technologie...

In eigener Sache

Veranstaltung: EU-Fördermöglichkeiten im Bereich Digitales und Cybersicherheit

Das EU-Förderprogramm Digitales Europa sowie das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa bieten Kommunen gezielte Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Projekte in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit. In einer Online-Informationsveranstaltung am **14. Mai 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr**, organisiert durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen und die jeweiligen Nationalen Kontaktstellen, erhalten Teilnehmende einen kompakten Überblick über relevante Förderinstrumente und aktuelle Ausschreibungen...

BRÜSSEL AKTUELL

7/2025

28. März bis 11. April 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Finanzen: Kommission stellt Strategie für eine Spar- und Investitionsunion vor

Die EU-Kommission hat am 19. März 2025 ihre [Strategie](#) zur Schaffung einer Spar- und Investitionsunion vorgestellt, um die finanziellen Möglichkeiten von Verbraucher:innen und Unternehmen in der EU zu verbessern. Ziel ist es, Sparvermögen effizienter in produktive Investitionen zu lenken, den Zugang zu den Kapitalmärkten zu erleichtern und Unternehmen breitere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten. Aus Sicht der Kommission soll so der Wohlstand der Bürger:innen gefördert und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU gesteigert werden...

Wirtschaft: Studie zur Gefahr des industriellen Niedergangs für Regionen vorgestellt

Am 28. März 2025 veröffentlichte die EU-Kommission eine von ihr in Auftrag gegebene [Studie](#) (engl.), die einen Schwerpunkt auf die Risiken eines möglichen industriellen Niedergangs für die Regionen in Europa legte. In 26 von 38 deutschen Regionen ([NUTS-2](#)) verzeichneten mehrere Industriezweige deutliche Rückgänge. Baden-Württemberg und Bayern gehören der Studie zufolge zu den am stärksten betroffenen Gegenden, da Regionen mit hoher Abhängigkeit von Schlüsselbranchen wie dem Fahrzeug- und Maschinenbau die derzeitige Krise besonders hart treffen...

Wettbewerb: Neue Maßnahmen zur Unterstützung des Weinsektors

Die Europäische Kommission hat am 28. März 2025 neue [Maßnahmen](#) (engl.) vorgeschlagen, um den europäischen Weinsektor flexibler und wettbewerbsfähiger zu machen. Der europäische Weinsektor macht 60 % der weltweiten Weinproduktion aus und trägt erheblich zur ländlichen Wirtschaft bei. Um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen, hat die Hochrangige Gruppe für Weinpolitik ([HLG](#), engl.) Empfehlungen erarbeitet, die nun in konkrete Maßnahmen einfließen. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Anpassungsfähigkeit der Branche an veränderte Marktbedingungen, den Klimawandel und neue Verbrauchstrends zu stärken...

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Parlament stimmt für verzögerte Anwendung

Das EU-Parlament hat am 3. April 2025 für ein verzögertes Inkrafttreten der neuen EU-Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie der geplanten zusätzlichen Sorgfaltspflichten [gestimmt](#). Konkret sollen die Berichtspflichten der [Richtlinie](#) zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für große Unternehmen, die die Berichterstattung noch nicht aufgenommen haben und für börsennotierte kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) jeweils um zwei Jahre verschoben werden. Somit müssen große Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden die Berichterstattungspflichten erst ab 2028 umsetzen, KMU erst ab 2029...

Null-Schadstoff-Ziel: Trilogieeinigung zur Bodenüberwachungsrichtlinie

Am 10. April 2025 [einigten](#) sich der Rat der EU und das Europäische Parlament auf den finalen Gesetzestext der [Bodenüberwachungsrichtlinie](#) (Einigungstext liegt noch nicht vor). Zur Erreichung des übergeordneten Ziels, bis 2050 alle Böden in der EU als gesund einzustufen, sind zentrale Maßnahmen vorgesehen, wie die Schaffung gemeinsamer Bodendeskriptoren, mit denen die Mitgliedstaaten die physikalischen, chemischen und biologischen Aspekte der Bodengesundheit überwachen und bewerten sollen. Um dem unterschiedlichen Grad der Bodendegradation und den lokalen Bedingungen Rechnung zu tragen, werden die nationalen Regierungen für jeden Bodendeskriptor unverbindliche, nachhaltige Ziele festlegen, die mit dem Gesamtziel der Verbesserung der Bodengesundheit in Einklang stehen. Auch die Auswirkungen des Flächenverbrauchs sollen abgemildert werden, um potenziell kontaminierte Standorte unter Einhaltung des Verursacherprinzips zu ermitteln und managen...

Wasser I: ENVI-Ausschuss nimmt Initiativbericht zur Wasserresilienz an

Am 9. April 2025 nahm der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments den Initiativbericht des Berichterstatters Thomas Bajada (S&D, MT) zur Wasserresilienzstrategie an. Zuvor wurden über einige Änderungsanträge der Abgeordneten abgestimmt. Der Bericht versteht sich als Beitrag zur im Juni geplanten Veröffentlichung der Wasserresilienzstrategie der EU-Kommission. Das Parlament fordert die Kommission auf, auf der Grundlage einer Risikobewertung sektorale Ziele für die Wassereffizienz und Wasserentnahme vorzuschlagen. Zur Bekämpfung der Wasserknappheit soll ebenfalls die Wiederverwendung von Abwasser verbessert werden, die Effizienz in der Landwirtschaft steigen, sowie Industrie- und Produktionsprozesse unter weiterer Reduzierung der Wasserverschmutzung modernisiert werden; in diesem Kontext werden aktualisierte Grenzwerte für PFAS im Trinkwasser gefordert...

Wasser II: Bericht über Projekte zum Grundwasserschutz und Trinkwasser

Im März 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Bericht](#) (engl.) über 32 Fallstudien aus sieben EU-geförderten Projekten des ZeroPollution4Water-Clusters, die 2022 im Rahmen von Horizon Europe gestartet wurden. Ziel der Projekte ist es, Grundwasser vor Verschmutzung zu schützen und die Qualität von Trinkwasser langfristig zu sichern – im Einklang mit den Zielen des Europäischen Grünen Deals zur Nullverschmutzung...

Bioökonomie: EU-Kommission öffnet Konsultation

Bis **23. Juni 2025** ist eine Beteiligung an der öffentlichen [Konsultation](#) der EU-Kommission mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer kreislauforientierten, regenerativen und wettbewerbsfähigen Bioökonomie“ möglich. Die erste EU-weite Konsultation zur Bioökonomie besteht aus zwei Teilen: einer offenen Sondierung sowie einem Fragebogen. Hintergrund ist die bis Ende 2025 geplante neue Bioökonomie-Strategie der EU-Kommission. Die Strategie wird auf der ersten Bioökonomie-Strategie der EU (2012), der aktualisierten Strategie (2018) und dem Fortschrittsbericht (2022) aufbauen. Sie wird sich an den Prioritäten der politischen Leitlinien für 2024-2029 und anderen Strategien und Initiativen orientieren, die in engem Zusammenhang mit der Bioökonomie der EU stehen...

Interoperabilität: Konferenz zur Interoperabilität und digitale Verwaltung

Die EU-Kommission lädt gemeinsam mit der dänischen Ratspräsidentschaft zur Konferenz über Interoperabilität und digitale Verwaltung ein. Diese findet vom **25. bis 26. November 2025** in Kopenhagen, Dänemark, statt. Unter dem Motto „Interoperability for Impact“ steht die grenzüberschreitende Anwendung des Interoperable Europe Act im Fokus...

Kohäsionspolitik I: Kommission stellt Halbzeitbewertung und Änderungen vor

Die EU-Kommission hat am 1. April 2025 eine [Mitteilung](#) (engl.) zur Halbzeitbilanz der aktuellen Förderperiode der Kohäsionspolitik veröffentlicht. Neben einer Bewertung des bisherigen Verlaufs enthält die Mitteilung konkrete [Änderungsvorschläge](#) (engl.) für die aktuelle Kohäsionspolitik bis 2027. Ziel der Kommission ist dabei, die Mittel gezielter auf Wettbewerbsfähigkeit, Dekarbonisierung, Verteidigung, Sicherheit, die östlichen Grenzregionen sowie bezahlbaren Wohnraum, Wasserresilienz und die Energiewende auszurichten...

Kohäsionspolitik II: 9. Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt

Der Ausschuss für regionale Entwicklung des EU-Parlaments ([REGI](#)) hat am 9. April 2025 einen [Bericht](#) (angenommene [Änderungsanträge](#), engl.) zur Zukunft der Kohäsionspolitik verabschiedet. Darin plädieren die Abgeordneten für eine ambitionierte Kohäsionspolitik mit ausreichender Finanzierung und dezentraler Planung, um regionale Disparitäten weiterhin abzubauen. Sie heben die bisherigen Erfolge hervor und betonen die Bedeutung einer regionalen und lokalen Ausrichtung, dezentraler Entscheidungsstrukturen sowie einer engen Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort...

Kommunalwirtschaft: Studie über den Stand der kommunalen Investitionen

Am 8. April 2025 veröffentlichte die Europäische Investitionsbank (EIB) eine neue [Studie](#) (engl.) über den Stand der kommunalen Investitionen. Die EIB erhebt auf Grundlage von telefonischen Befragungen bei kommunalen Gebietskörperschaften Daten im Abstand von zwei Jahren seit 2017. Für die neueste Ausgabe wurden 1.002 Kommunen in der EU zu ihren aktuellen Investitionsplänen der nächsten drei Jahre sowie zu den derzeit größten Herausforderungen und Problemen bei Investitionen in den Bereichen Klimaanpassung, Wohnraum sowie Bildung befragt. Den Ergebnissen der Studie zufolge plant eine Mehrheit der Kommunen erhöhte Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels und in soziale Infrastruktur wie öffentliche Schulen und Wohnungsbau...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Soziales: Kommission schlägt Änderungen an EU-Sozial- und Beschäftigungsfonds vor

Am 1. April 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Änderung der [Verordnung](#) (engl.) über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) sowie der [Verordnung](#) (engl.) über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF). Beide Änderungen wurden im Rahmen der Halbzeitbewertung der laufenden Förderperiode 2021 bis 2027 erstellt. Ähnlich wie bei den vorgeschlagenen Änderungen der Kohäsionspolitik, wie beim Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE, diese Ausgabe), schlägt die Kommission auch beim ESF+ vor, Mittel zur Mitte der Förderperiode für neue politische Prioritäten durch die Ermöglichung von Umschichtungen zur Verfügung zu stellen...

Gesundheit: Konsultation zur Verbesserung der Cybersicherheit im Gesundheitswesen

Bis zum **30. Juni 2025** können sich u. a. Bürgerinnen und Bürger, Angehörige der Gesundheitsberufe, Gesundheitsbehörden, Fachleute für Compliance und Datenschutz sowie Cybersicherheitsfachleute an einer [Konsultation](#) (engl.) der EU-Kommission zum europäischen [Aktionsplan](#) für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern (Brüssel Aktuell 1/2025) beteiligen. Ziel ist es, Informationen zu sammeln, die die Umsetzung des Aktionsplans unterstützen und die zur Verbesserung der geplanten Maßnahmen beitragen können...

Asyl: EuGH entscheidet gegen Blutrache als Asylgrund

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 27. März 2025 in der Rechtssache [C-217/23](#) entschieden, dass die Gefahr einer Familienfehde durch so genannte Blutrache allein keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention begründet. Ein afghanischer Staatsangehöriger hatte in Österreich internationalen Schutz beantragt, da ihm in seiner Heimat aufgrund einer Familienfehde Blutrache drohe. Dem Urteil lag ein Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichtshofs Österreich vom 28. März 2023 zugrunde. Der EuGH stellte klar, dass eine solche persönliche Bedrohungslage grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl begründet, da sie nicht mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder einer durch staatliche oder staatsähnliche Akteure verfolgten Gruppe – wie etwa aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen – in Verbindung steht...

Jugend: Kommission veröffentlicht EU-Jugendbericht 2024

Die EU-Kommission hat am 24. März 2025 den Bericht über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2022-2024 sowie eine neue [Eurobarometer-Umfrage](#) (engl.) zu den Ansichten junger Menschen veröffentlicht und gleichzeitig jugendpolitische [Dialoge](#) auf der Plattform für Bürgerbeteiligung gestartet. Diese baut auf bisherigen Debatten auf und soll jungen Menschen eine stärkere Stimme in der EU-Politik geben. Der EU-Jugendbericht 2024 zeigt einen Überblick über das Leben junger Menschen in der EU und der Fortschritt im Rahmen der [EU-Jugendstrategie 2019-2027](#)...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europäisches Parlament: Sitzungskalender für 2025 angenommen

Am 12. März 2025 hat das EU-Parlament den [Sitzungskalender](#) (engl.) für das Jahr 2026 angenommen. Im kommenden Jahr sollen insgesamt 15 Plenarsitzungen stattfinden, dabei zwölf als viertägige Sitzungswochen in Straßburg sowie zwei verkürzte und eine eintägige Sitzung zum Gedenken an den Holocaust-Gedenktag in Brüssel.

Vertragsverletzungsverfahren: Drei Verfahren gegen Deutschland eingeleitet

Am 27. März 2025 hat die Europäische Kommission beschlossen, gegen mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Vertragsverletzungsverfahren ([PM](#)) einzuleiten, da sie bestimmte EU-Richtlinien nicht fristgerecht in nationales Recht umgesetzt haben. Betroffen sind die Bereiche Strommarktgestaltung, Heizkessel-Förderung und Sozialvorschriften im Straßengüterverkehr. Deutschland hat die neuen [Vorschriften](#) zur Strommarktgestaltung nicht vollständig umgesetzt, die darauf abzielen, die Strompreise für die Verbraucher zu stabilisieren und weniger abhängig von den Preisen fossiler Brennstoffe zu machen...

Solidaritätskorps I: Evaluierungsbericht der EU-Kommission

Am 1. April 2025 hat die EU-Kommission den [Bericht](#) zur Zwischenevaluierung des Europäischen Solidaritätskorps 2021-2027 sowie die abschließende Evaluierung des Europäischen Solidaritätskorps 2018-2020 veröffentlicht. Das Europäische Solidaritätskorps fördert die soziale Integration und den Zusammenhalt, indem es jungen Menschen freiwillige Tätigkeiten und Solidaritätsprojekte bietet. Die Evaluierung zeigt eine insgesamt positive Bewertung über alle Evaluierungskriterien (Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz, Mehrwert des Programms) hinweg und unterstützt die fortgesetzte Durchführung des Europäischen Solidaritätskorps...

Europapreis: Auszeichnungen gehen an Nagold und Heidelberg

Am 8. April 2025 gab die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg die Gewinner des diesjährigen [Europapreises](#) (engl.) bekannt (zuletzt Brüssel Aktuell 9/2023). Die Auszeichnung wird in vier Kategorien vergeben. Den Europapreis als höchste Ehrung erhielt Gaziantep in der Türkei. Die Große Kreisstadt Nagold (Baden-Württemberg) erhielt die Ehrenplakette, die zweithöchste Auszeichnung. Die Stadt Heidelberg (ebenfalls BW) wurde mit dem Europadiplom gewürdigt...

Solidaritätskorps II: Förderung für „Solidaritätsprojekte“

Bis zum **7. Mai 2025** haben junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit, Förderanträge für Solidaritätsprojekte im Rahmen des Europäischen [Solidaritätskorps](#) (ESK) einzureichen. Das Programm bietet eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich gemeinsam mit mindestens vier weiteren Personen sozial zu engagieren und Projekte zur Stärkung der Gesellschaft vor Ort umzusetzen...

Europäische Städteinitiative: Projekte aus Hamburg und Nürnberg prämiert

Im Rahmen der Europäischen Städteinitiative (EUI) wurden Ende März 2025 zwanzig innovative [Projekte](#) ausgezeichnet (engl.), darunter zwei aus Deutschland: „CUSTOM“ aus Hamburg und „ZEROit“ aus Nürnberg. Beide Projekte erhalten knapp 5 Mio. € Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das Hamburger Projekt „CUSTOM“ fördert den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Menschen mit Behinderungen. Ziel ist es, soziale Ausgrenzung zu verringern und ein barrierefreies Verkehrsnetz zu schaffen, das europaweit Nachahmung finden kann...

Jugendbeteiligung: EU Sommer Akademie 2025 in Passau

Vom 4. bis 7. August 2025 laden die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland und Österreich zur EU-[Sommerakademie](#) in Passau ein. Teilnehmen können engagierte junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren, die sich intensiv mit Europa, Demokratie und politischer Bildung auseinandersetzen möchten. Diskussionen mit Europaabgeordneten, interaktive Formate wie Rollenspiele und der Austausch über aktuelle Herausforderungen stehen auf dem Programm...

In eigener Sache

Podcast: EU-Phorie – Der kommunale Trilog

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen berichtet seit Januar 2025 zusätzlich zu den bestehenden Kanälen regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Brüssel und über die kommunale Europaarbeit der Kommunalen Landesverbände im Rahmen eines Podcast: EU-Phorie – Der kommunale Trilog. Die Folgen werden auf der [Internetseite](#) des Europabüros und seit neuestem auf [Spotify](#) bereitgestellt...

Veranstaltungshinweis: EU-Fördermöglichkeiten Digitales und Cybersicherheit

Das EU-Förderprogramm Digitales Europa sowie das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa bieten Kommunen gezielte Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Projekte in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit. In einer Online-Informationsveranstaltung am **14. Mai 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr**, organisiert durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen und die jeweiligen Nationalen Kontaktstellen, erhalten Teilnehmende einen kompakten Überblick über relevante Förderinstrumente und aktuelle Ausschreibungen...

BRÜSSEL AKTUELL

8/2025

11. April bis 25. April 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

MFR: Haushaltsausschuss nimmt Bericht zur zukünftigen Ausrichtung an

Der Haushaltsausschuss des EU-Parlaments ([BUDG](#)) hat am 23. April 2025 seine [Vision](#) (engl.) für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) beschlossen und fordert einen deutlich ambitionierteren EU-Haushalt nach 2027. Die Abgeordneten sprechen sich für eine Erhöhung der Ausgabenobergrenze über die bisherige Begrenzung von 1 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) hinaus aus, um den zahlreichen globalen Krisen und Herausforderungen gerecht zu werden. Zentrale Forderungen des Berichts sind u. a.: ...

Beihilfen: Kommission veröffentlicht Anzeiger für staatliche Beihilfen 2024

Die EU-Kommission veröffentlichte am 8. April 2025 ihren jährlichen [Beihilfenanzeiger](#) (engl.), der auf den von den 27 EU-Mitgliedstaaten getätigten Ausgaben für staatliche Beihilfen des Jahres 2023 basiert. Die Gesamtausgaben der Mitgliedstaaten für staatliche Beihilfemaßnahmen beliefen sich 2023 auf 186,78 Mrd. €, rund 23 % weniger als im Vorjahr (Brüssel Aktuell 08/2024). Der Rückgang ist vor allem auf das Auslaufen der Krisenhilfen zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffs auf die Ukraine zurückzuführen...

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Rat stimmt für verzögerte Anwendung

Am 14. April 2025 hat der Rat den Vorschlag der Kommission [gebilligt](#), die Anwendung der neuen Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie zusätzlicher Sorgfaltspflichten aufzuschieben (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2025). Somit müssen große Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden die Berichterstattungspflichten erst ab 2028 umsetzen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erst ab 2029...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Abwasser: Drogenrückstände im Abwasser europäischer Städte

Am 19. März 2025 veröffentlichte die Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA) gemeinsam mit einem europaweiten Netzwerk für Abwasseranalysen (SCORE) aktuelle [Daten](#) (engl.) zu Drogenrückständen im Abwasser europäischer Städte. Die Erhebung umfasste 128 Städte in den EU-Mitgliedstaaten sowie in Norwegen und der Türkei. Die Analyse zeigt, dass in über drei Viertel der untersuchten Städte in den Jahren 2023 und 2024 höhere Rückstände von Stimulanzien wie Kokain, MDMA und Methamphetamin festgestellt wurden als im Vorjahr. Auffällig ist insbesondere die zunehmende Verbreitung von Methamphetamin in Mitteleuropa – mit Spitzenwerten in Tschechien, der Slowakei, Deutschland, Lettland und Litauen...

Luftverschmutzung: Luftqualität europaweit ungenügend

Die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) hat am 9. April 2025 ihren jährlichen [Bericht](#) (engl.) zur Luftqualität in Europa veröffentlicht. Die Auswertung zeigt, dass die Luftverschmutzung grundsätzlich abnimmt und die gesetzlichen Grenzwerte für die meisten Luftschadstoffe im Jahr 2023 und 2024 in der Mehrzahl der Regionen knapp eingehalten werden konnten. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen deutlich strengeren Richtwerte wurden jedoch nahezu flächendeckend überschritten...

Nachhaltigkeit: Anmeldung zur European Sustainable Energy Week möglich

Ab sofort sind Anmeldungen für die „European Sustainable Energy Week“ (EUSEW) vom 10. bis 12. Juni 2025 sowohl zur Teilnahme vor Ort in Brüssel als auch online möglich, wobei die Anzahl der Plätze für eine persönliche Teilnahme begrenzt ist. Die diesjährige Veranstaltung wird führende Stimmen aus dem Bereich der sauberen Energie zusammen mit hochrangigen Rednern für drei Tage des Austauschs, der Zusammenarbeit und der Innovation versammeln...

Straßenverkehrssicherheit: Kommission meldet leichten Rückgang bei Verkehrstoten

Am 18. März 2025 [veröffentlichte](#) die EU-Kommission in einer Pressemitteilung die vorläufigen Zahlen zu Verkehrstoten im Jahr 2024. Demnach kamen in der EU rund 20.400 Menschen im Straßenverkehr ums Leben – ein Rückgang von 3 % im Vergleich zum Vorjahr. Im langfristigen Vergleich liegt die Zahl der Verkehrstoten 13 % unter dem Niveau von 2019. Dennoch ist die Halbierung der Zahlen bis 2030 – das zentrale Ziel der EU-Verkehrssicherheitsstrategie – nach Einschätzung der Kommission gefährdet...

Umwelt: Veröffentlichung des EU-Klimaberichts 2024

Am 15. April 2025 hat der Copernicus-Klimadienst der EU gemeinsam mit der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) der Vereinten Nationen den [EU-Klimabericht](#) 2024 (engl.) veröffentlicht. Demnach war 2024 das wärmste Jahr in Europa seit Beginn der Aufzeichnungen. Damit bleibt Europa weiterhin der sich am schnellsten erwärmende Kontinent mit Durchschnittstemperaturen, die etwa doppelt so schnell steigen wie im globalen Durchschnitt. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen und Stürme haben mindestens 335 Todesopfer gefordert und rund 413.000 Menschen betroffen...

Wald I: Neuer Waldbrandbericht 2024 veröffentlicht

Am 24. März 2025 veröffentlichte die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission (JRC) einen neuen [Waldbrandbericht](#) (engl.) für das Jahr 2024 für Europa, den Nahen Osten und Nordafrika (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2024). Seit 2000 werden im Rahmen des Europäischen Waldbrandinformationssystems ([EFFIS](#), engl.) Waldbrände registriert. 2024 wurden in der EU rund 419.298 ha an Waldfläche durch Brände vernichtet. Dieser Wert liegt damit leicht über dem Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2023. Ein gutes Drittel dieser Brände geschah in Natura2000-Gebieten...

Wald II: Kommission plant Vereinfachungen und Konsultation für Entwaldungsgesetz

Am 16. April 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen aktualisierten [Leitfaden](#) sowie Antworten auf häufig gestellte [Fragen](#) (beides engl.) hinsichtlich der Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#)), deren Anwendungsbeginn durch Rat und EU-Parlament Ende 2024 zeitlich [verschoben](#) wurde – auf Ende 2025 für große und auf Juni 2026 für Klein- und Kleinstunternehmen (Brüssel Aktuell 22/2024). Nach Darstellung der Kommission sollen die aktualisierten Informationen den Mitgliedstaaten, Marktteilnehmern und Händlern Erläuterungen und Handreichungen bieten, wie Produkte als entwaldungsfrei nachgewiesen werden können. Ferner soll der Leitfaden dem Ziel einer harmonisierten Umsetzung des Rechtsakts in der EU dienen...

Künstliche Intelligenz: Aktionsplan für den KI-Kontinent

Mit dem am 9. April 2025 veröffentlichten [Aktionsplan](#) für den KI-Kontinent (engl.) wollen die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Europa als weltweiten Vorreiter für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz (KI) positionieren. Der Plan begleitet die Umsetzung des EU-KI-Gesetz (AI Act, [2024/1689/EU](#)) und soll bestehende Stärken bündeln, Investitionen mobilisieren und sich auf Schlüsselbereiche wie Forschung, Talente, Recheninfrastruktur und Innovation richten. Bis 2027 sollen über 4 Mrd. € an öffentlichen Mitteln für KI bereitgestellt werden. Geplant sind unter anderem der Aufbau europäischer Rechenzentren, die Entwicklung großer KI-Modelle und deren Anwendung in der Praxis – etwa durch sogenannte KI-Fabriken (AI Factories)...

Cybersicherheit: Kommission startet Konsultation für Rechtsakt zur Cybersicherheit

Die EU-Kommission veröffentlichte am 11. April 2025 eine [Konsultation](#) zum EU-Rechtsakt zur Cybersicherheit (CSA), der damit überarbeitet werden soll. Die ursprüngliche Verordnung ist am 27. Juni 2019 in Kraft getreten. Die Überarbeitung verfolgt das Ziel, Cybersicherheit und Vertrauen zu stärken und soll nicht nur den Rechtsrahmen modernisieren, sondern auch die Rolle der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA, engl.) und des europäischen Zertifizierungsrahmens (ECCF) neu anpassen. Neben der inhaltlichen Aktualisierung steht die Vereinfachung der Cybersicherheitsvorgaben selbst auf der Agenda der Kommission: Weniger Doppelstrukturen, klarere Vorgaben, flexiblere Meldewege...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik I: EU-Studie zur Entwicklung von Verwaltungsbehörden

Am 4. April 2025 hat die EU-Kommission eine [Studie](#) (engl.) veröffentlicht, die vom Public Policy and Management Institute (PPMI), einem europäischen Zentrum für Forschung und politische Analysen und dem European Policies Research Centre durchgeführt wurde. Der Bericht analysiert die Organisationsmodelle der Verwaltungsbehörden, die zwischen 2000 und 2020 an der Umsetzung der EFRE-Programme beteiligt waren. Im Fokus stehen strukturelle Entwicklungen, Auslöser für organisatorische Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik. Die Studie zeigt, dass insbesondere veränderte Mittelverteilungen, zunehmende regulatorische Komplexität und Anpassungen der Fördergebiete maßgeblich die Verwaltungsstrukturen geprägt haben. Daraus resultieren u. a. Zentralisierungsprozesse, Reorganisationen sowie gezielter Kapazitätsaufbau – v. a. im Bereich der Finanzkontrolle...

Kohäsionspolitik II: Kommission bietet Trainingsprogramm an

Die EU-Kommission bietet auf ihrer Website ein umfassendes Trainingsprogramm für Kohäsionsexperten der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Investitionskapazitäten an. Zur Auswahl stehen neun Module, die teils online, teils in Präsenz in Brüssel durchgeführt werden. Die Themen reichen von Programmdurchführung, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen, Betrugs- und Korruptionsprävention bis zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten...

Städteagenda: Konsultation zur besseren Einbindung urbaner Belange geöffnet

Die EU-Kommission ruft zur Beteiligung an einer [Konsultation](#) auf, um eine neue Städteagenda zu entwickeln. Diese soll bestehende Initiativen bündeln und die Berücksichtigung städtischer Herausforderungen in der EU-Politik verbessern. Die Konsultation zur „Agenda für Städte“ zielt darauf ab, die Bedürfnisse von Städten in der EU besser zu verstehen und ihre Herausforderungen bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung anzugehen. Es soll herausgefunden werden, wie die EU-Unterstützung besser koordiniert und effizienter gestaltet werden kann, insbesondere in Bereichen wie dem Grünen Deal, der Digitalisierung und sozialer Inklusion...

Migration I: Kommission schlägt schnellere Umsetzung von Grenzasyilverfahren vor

Am 16. April 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag mit dem Ziel, die Anwendung von Grenzasyilverfahren zeitlich vorziehen. So soll eine [Verordnung](#) (mit Anhang, engl.) über die Einrichtung einer Liste sicherer Herkunftsstaaten auf EU-Ebene die Asylverfahrensverordnung ([2024/1348/EU](#)) ergänzen, die im Rahmen der 2024 verabschiedeten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) beschlossen wurde (Brüssel Aktuell 11, 14 und 16/2024). Dieser Vorschlag schließt sich an einen weiteren Vorschlag über ein neues Gemeinsames Europäisches Rückkehrsystem an, den die Kommission am 11. März 2025 vorstellte (Brüssel Aktuell 5/2025)...

Antirassismus: Konsultation zur neuen EU-Strategie gestartet

Am 15. April 2025 hat die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zur künftigen EU-Strategie gegen Rassismus eingeleitet. Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen sind eingeladen, bis zum **8. Juli 2025** ihre Rückmeldungen einzureichen. Die neue Strategie soll auf dem bisherigen EU-[Aktionsplan](#) gegen Rassismus (2020–2025) aufbauen, der darauf abzielt, Rassismus sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene verstärkt zu bekämpfen, rassistische Diskriminierung im Alltag zu beenden und die Vielfalt der Arbeitskräfte in der EU zu fördern...

Gleichstellung: Konsultation zur LGBTIQ-Gleichstellung 2026-2030

Die EU-Kommission ruft zur Beteiligung an einer [Konsultation](#) auf, um die zukünftige Strategie für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nicht-binären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ) im Zeitraum 2026-2030 zu gestalten. Ziel ist es, die „Union der Gleichheit“ weiter zu fördern, Diskriminierung zu beseitigen und die gesellschaftliche Inklusion von LGBTIQ-Personen zu verbessern...

Gesundheit: Kommission bewertet Arbeit der Behörde für Gesundheitskrisenvorsorge

Am 26. März 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Bericht](#) über die 2021 eingerichtete EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA, zuletzt Brüssel Aktuell 3/2022). Der Kommissionsbericht, der auf Grundlage einer in Auftrag gegebenen externen [Studie](#) (engl.) angefertigt wurde, sieht demnach Erfolge von HERA bei der Stärkung der EU-Vorsorge- und Reaktionskapazitäten sowie bei der Lösung von Lieferkettenproblemen für kritische Arzneimittel...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Schutzschild für Demokratie: Öffentliche Konsultation gestartet

Die EU-Kommission hat am 1. April 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) gestartet, um Meinungen zum geplanten „Europäischen Schutzschild für die Demokratie“ einzuholen. Die Konsultation ist Teil der breiteren Bemühungen im Rahmen des Europäischen [Aktionsplans](#) für Demokratie. Ziel der Initiative ist es, demokratische Prozesse in der EU besser zu schützen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation, unlauterem politischem Einfluss und ausländischer Einmischung zu stärken...

Kommunalpolitik: AdR und Kommission führen Netzwerke zusammen

Der Ausschuss der Regionen (AdR) und die EU-Kommission haben ihre bisherigen Initiativen in ein gemeinsames [Netzwerk](#) (engl.) zusammengeführt, das gewählte Kommunalpolitikerinnen und -politiker in ganz Europa stärker einbinden soll. Ziel ist es, den Dialog zwischen EU-Institutionen und der kommunalen Ebene zu verbessern und die Rolle der lokalen Demokratie in der Europäischen Union zu stärken. Das Netz der EU-Kommunalräte (EU Local Councillors Network) bringt Kommunalpolitikerinnen und -politiker zusammen, die sich in ihren Kommunen als Bindeglied zur EU engagieren möchten...

EU-Schweiz: Programmabkommen vom Schweizer Bundesrat gutgeheißen

Der Bundesrat der Schweiz hat am 9. April 2025 das [Abkommen](#) über die Beteiligung der Schweizerischen Eidgenossenschaft an den Programmen der EU [gutgeheißen](#), nachdem dieses bereits am 2. April 2025 von der EU-Kommission und der Schweiz paraphiert wurde. Das Abkommen ermöglicht die Assoziierung der Schweiz an EU-Programme wie Horizont Europa, Digital Europe oder auch Erasmus+...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Europäische Woche der Regionen und Städte: Anmeldung für Aussteller geöffnet

Die Anmeldungen für die 23. Europäische Woche der Regionen und Städte (EURegionsWeek) vom 13. bis 15. Oktober 2025 in Brüssel sind ab sofort zunächst für Partnerorganisationen geöffnet. Diese können sich bis zum **11. Mai 2025** bewerben, um Workshops, Ausstellungen oder Networking-Sitzungen im Rahmen der Veranstaltung zu organisieren. Die Registrierung für reguläre Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird voraussichtlich im Sommer 2025 geöffnet. Die EURegionsWeek 2025 steht unter dem Motto „Shaping Tomorrow, Together“ und wird von der EU-Kommission (GD REGIO) sowie dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) organisiert...

CEF-Energie: 600 Millionen Euro für neue Projekte

Die EU-Kommission veröffentlichte am 3. April 2025 einen [Aufruf](#) (engl.) zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ ([CEF-Energie, engl.](#)) wofür 600 Mio. € zur Verfügung stehen. Ziel des Aufrufs ist es, die Energiesolidarität und Versorgungssicherheit in Europa zu stärken und gleichzeitig den Übergang zu sauberer Energie zu fördern...

Migration II: Förderaufrufe für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

Am 3. April 2025 veröffentlichte die EU-Kommission [Förderaufrufe](#) (engl.) für Projektzuschüsse im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in Höhe von 34 Mio. €. Die Aufrufe betreffen folgende fünf Bereiche: 1) Schutz von Kindern; 2) verbesserter Zugang zur Gesundheitsversorgung; 3) Unterstützung von Frauen beim Zugang zum Arbeitsmarkt; 4) Bildungswege für Flüchtlinge öffnen und 5) digitale Kompetenzen verbessern...

In eigener Sache

Positionspapier: Ein Mehrjähriger Finanzrahmen für eine starke Kohäsionspolitik

Angeichts globaler Krisen, geopolitischer Unsicherheiten und anstehender Rückzahlungen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds steht der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU unter erheblichem Druck. Vor diesem Hintergrund bringen sich die Kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg aktiv mit einem [Positionspapier](#) in die europäische Diskussion ein. Dabei bekennen sie sich grundsätzlich zu den Zielen der EU-Kommission, die Stärkung der europäischen Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit stärker in den Fokus zu rücken. Zugleich betonen sie die Bedeutung einer kohärenten Kohäsionspolitik, die vor Ort und in der Fläche der Union wirkt...

Veranstaltungshinweis: EU-Fördermöglichkeiten für Kommunen im Bereich Digitales und Cybersicherheit

Das EU-Förderprogramm Digitales Europa sowie das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa bieten Kommunen gezielte Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Projekte in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit. In einer Online-Informationsveranstaltung am **14. Mai 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr**, organisiert durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen und die jeweiligen Nationalen Kontaktstellen, erhalten Teilnehmende einen kompakten Überblick über relevante Förderinstrumente und aktuelle Ausschreibungen...

BRÜSSEL AKTUELL

9/2025

25. April bis 9. Mai 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

MFR: Parlament positioniert sich zur Zukunft nach 2027

Das EU-Parlament hat am 7. Mai 2025 in Straßburg eine [EntschlieÙung](#) zur Zukunft des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) angenommen und folgt damit der Empfehlung des Haushaltsausschusses (zuletzt Brüssel Aktuell 8/2025). Dabei erkennen die Parlamentarier grundsätzlich an, dass der zukünftige MFR auf den politischen und wirtschaftlichen Wandel reagieren müsse, aber dennoch die Grundstruktur langfristig angelegt werden sollte. Sie kritisieren die Restriktion des Umfangs des MFR auf 1 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) und verbinden damit die Forderung nach grundsätzlich mehr Mittel, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden (1.). Das Parlament spricht sich klar gegen das Vorhaben der EU-Kommission „ein nationaler Plan pro Mitgliedstaat“ aus und unterstreicht die Rolle des Parlaments bei der geteilten Mittelverwaltung und die Einbindung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften (3.)...

Technische Unterstützung: 35 neue Reform-Projekte in Deutschland

Im Rahmen des EU-Instruments für technische Unterstützung (TSI) wurden für 2025 insgesamt 135 Projekte [genehmigt](#), um die Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung, Konzeption und Umsetzung von insgesamt 390 Reformen im Jahr 2025 zu unterstützen. Darunter befinden sich 35 Projekte in Deutschland, wie z. B. zur Verbesserung der digitalen Interoperabilität der 294 Landkreise. Ziel ist die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung zentraler politischer Prioritäten, um die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Verkehr: Gesetzesvorschlag für sichere Straßen und digitale Fahrzeugdokumente

Die EU-Kommission hat am 24. April 2025 ein Gesetzkpaket vorgestellt, mit dem das Ziel der Kommission verfolgt wird, die „Vision Null Straßenverkehrstote“ bis 2050 zu erreichen und bis 2030 die Anzahl der Toten und Schwerverletzten um 50 % zu senken. Die legislativen Vorschläge der Kommission umfassen eine [Überarbeitung](#) (engl.) der Richtlinie (2014/45/EU) über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie (2014/47/EU) über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen sowie eine [Überarbeitung](#) (engl.) der Richtlinie (1999/37/EG) über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge. Insbesondere durch etwaige Änderungen an der Richtlinie 1999/37/EG könnten zuständige Kfz-Zulassungsbehörden in den Kommunen betroffen sein...

Wasser: Parlament verabschiedet Position zur Europäischen Wasserresilienzstrategie

Das EU-Parlament hat am 7. Mai 2025 eine [Entschließung](#) zur Europäischen Wasserresilienzstrategie angenommen. Diese folgte auf die Annahme des Initiativberichtes des Berichterstatters Thomas Bajada (S&D, MT) im zuständigen Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) vom 9. April 2025 (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2025). Das Parlament fordert die EU-Kommission u. a. auf, konkrete Ziele zur Wassereffizienz und -entnahme festzulegen, Abwasserwiederverwendung zu stärken, landwirtschaftliche Effizienz zu steigern und industrielle Prozesse umweltfreundlicher zu gestalten. Zudem sollen PFAS-Grenzwerte im Trinkwasser verschärft werden. Ein spezieller Fonds für wasserbezogene Resilienzmaßnahmen soll im MFR nach 2027 berücksichtigt werden...

Wolf: Parlament stimmt Herabstufung des Schutzstatus abschließend zu

Am 8. Mai 2025 stimmte eine Mehrheit im EU-Parlament in einem Eilverfahren für den Vorschlag der Kommission, eine gezielte [Änderung](#) der Anhänge der Habitat-[Richtlinie](#) (FFH, 92/43/EWG) vorzunehmen, um den Schutzstatus des Wolfs (*Canis lupus*) an die im Dezember 2024 durch den Europarat gebilligte Herabstufung durch die Berner Konvention anzupassen (Brüssel Aktuell 5/2025). Die Mitgliedstaaten im Rat haben dem Kommissionsvorschlag auf Ebene der EU-Botschafter:innen (AStV) bereits am 16. April 2025 vorläufig zugestimmt. Der Wolf wird demnach künftig nicht mehr als „streng geschützt“, sondern nur noch als „geschützt“ gelten...

Digitales: Kommission veröffentlicht Jahresbericht zum Gesetz über digitale Märkte

Die EU-Kommission hat am 25. April 2025 den [Jahresbericht](#) 2024 zur Umsetzung des Gesetzes über digitale Märkte ([2022/1925](#), engl. Digital Markets Act, kurz DMA) veröffentlicht. Darin gibt die Kommission Auskunft über die Maßnahmen, die sie im Jahr 2024 zur Durchsetzung des DMA ergriffen hat. Schwerpunkt des DMA stellt die Regulierung großer Online-Plattformen dar, um faire Wettbewerbsbedingungen im digitalen Binnenmarkt sicherzustellen (Brüssel Aktuell 7/2022)...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Visumspolitik: Parlament positioniert sich zur Aussetzung der Visumsfreiheit

Bereits am 2. April 2025 nahm das EU-Parlament eine [Stellungnahme](#) zum [Vorschlag](#) der Kommission über eine überarbeitete Verordnung über die Aussetzung der Visumfreiheit für Kurzaufenthalte in der EU an. Ziel der Reform ist es, die EU künftig schneller und gezielter gegen den Missbrauch der visumfreien Einreise vorgehen zu lassen. Die überarbeitete Verordnung soll neue Aussetzungsgründe einführen – darunter hybride Bedrohungen, etwa die staatlich gesteuerte Instrumentalisierung von Migration, sowie Investorenstaatsbürgerschaftsprogramme mit potenziellen Sicherheitsrisiken...

Schengen: Kommission veröffentlicht Statusbericht 2025

Am 23. April 2025, und damit kurz vor dem 40-jährigen Jahrestag des Schengener Abkommens, veröffentlichte die EU-Kommission ihren vierten jährlichen Schengen-[Statusbericht](#) (engl.). Darin analysiert sie die Entwicklungen im Schengenraum im Zyklus 2024–2025, wobei sie Fortschritte bei der Umsetzung gemeinsamer Regeln sowie der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit hervorhebt. Besonders betont wird die vollständige Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum zum 1. Januar 2025 sowie bereits zuvor ab dem 31. März 2024 für Luft- und Seegrenzen...

Auszeichnung: Parlament stiftet Europäischen Verdienstorden

Am 6. Mai 2025 beschloss das Präsidium des EU-Parlaments, einen Europäischen Verdienstorden beginnend ab dem Jahr 2026 zu stiften ([Pressemitteilung](#)). Mit dieser neuen zivilen Auszeichnung – der ersten dieser Art auf EU-Ebene – sollen dem Parlament zufolge Persönlichkeiten geehrt werden, die bedeutende Beiträge zur europäischen Integration und zu den europäischen Werten geleistet haben. Der Beschluss erfolgte anlässlich des anstehenden 75. Jubiläums der Schuman-[Erklärung](#)...

Europäische Stadtinitiative: Transferpartner gesucht

Die Europäische Stadtinitiative (EUI) hat im Rahmen ihres dritten Calls für das Programm [„Innovative Actions“](#) 20 zukunftsweisende Projekte aus 13 EU-Mitgliedstaaten ausgewählt (darunter zwei aus Deutschland), die mit insgesamt 94 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden. Die Projekte zielen darauf ab, innovative Lösungen in realen städtischen Umgebungen zu testen und so den Übergang zu einer grüneren und digitalen Zukunft zu unterstützen. Nun sind Städte in ganz Europa eingeladen, sich den geförderten Projekten als Transferpartner anzuschließen...

Veranstaltung: Cities Forum 2025 vom 17.-19. Juni in Krakau

Vom 17. bis 19. Juni 2025 findet in Krakau das [Cities Forum](#) 2025 statt, eine Veranstaltung der EU-Kommission zur Zukunft der Stadtentwicklung in Europa. Organisiert wird das Forum von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) in Kooperation mit der Europäischen Stadtinitiative (EUI). Erwartet werden kommunale Entscheidungsträger, Akteure aus Verwaltung und Praxis sowie Vertreter von EU-Institutionen und urbanen Netzwerken...

Europe Direct: Ausschreibung für die Periode 2026 bis 2030 geöffnet

Am 6. Mai 2025 öffnete die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland eine [Ausschreibung](#) für die nächste Generation an „Europe Direct“-Verbindungsbüros für die Jahre 2026 bis 2030. „Europe Direct“-Zentren fungieren nach Darstellung der Kommission als ortsnahe direkte Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen, die die EU betreffen. Für Deutschland werden 48 Zentren gesucht. Bewerbern können sich juristische Personen mit Sitz in Deutschland, darunter v. a. Kommunen bzw. lokale Behörden sowie private Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag, gemeinnützige Organisationen oder Verbände und Stiftungen...

In eigener Sache

Veranstaltungshinweis: EU-Fördermöglichkeiten Digitales und Cybersicherheit

Das EU-Förderprogramm Digitales Europa sowie das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa bieten Kommunen gezielte Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Projekte in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit. In einer Online-Informationsveranstaltung am **14. Mai 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr**, organisiert durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen und die jeweiligen Nationalen Kontaktstellen, erhalten Teilnehmende einen kompakten Überblick über relevante Förderinstrumente und aktuelle Ausschreibungen...

BRÜSSEL AKTUELL

10/2025

9. bis 23. Mai 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft: Kommission veröffentlicht Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Am 19. Mai 2025 veröffentlichte die EU-Kommission die [Frühjahrsprognose](#) (engl.) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2025 und 2026. Demnach wächst die Wirtschaft in der EU gegenwärtig stärker als erwartet. Durch sinkende Zinssätze und eine sich erholende Kaufkraft wird 2025 für fast alle Mitgliedstaaten wieder Wachstum erwartet. Für 2025 wird ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,1 % in der EU und um 0,9 % in der Eurozone erwartet (Deutschland: 0,0 %). Für das Jahr 2026 prognostiziert die Kommission ein Wachstum von 1,5 % innerhalb der EU; für die Eurozone liegen die Schätzungen bei 1,4 % Wachstum (Deutschland: 2026: 1,1 %).

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Ökodesign: Neue Grenzwerte für Standby-Energieverbrauch von Elektrogeräten aktiv

Zum 9. Mai 2025 sind die neuen EU-Grenzwerte für den Energieverbrauch elektronischer Geräte im Standby-Modus in Kraft getreten. Durch die Maßnahme sollen laut Angaben der EU-Kommission bis zum Jahr 2030 bis zu vier Terawattstunden Strom eingespart werden. Die neuen Grenzwerte sind Bestandteil der Verordnung [2023/826](#) zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an den Energieverbrauch elektrischer und elektronischer Haushalts- und Bürogeräte im Aus-Zustand, im Bereitschaftszustand und im vernetzten Bereitschaftsbetrieb...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ukraine: Rat berät über den Einsatz von Kohäsionsmitteln für Geflüchtete

Am 12. Mai 2025 haben die Mitgliedstaaten im Rat [Schlussfolgerungen](#) verabschiedet, die den Einsatz kohäsionspolitischer Maßnahmen zugunsten ukrainischer Geflüchteter in Europa bewerten. Diese Bewertung basiert auf einem [Sonderbericht](#) des Europäischen Rechnungshofes (EuRH) vom 12. Februar 2025. Im Zuge des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat die EU flexible kohäsionspolitische Mittel durch die Verabschiedung von drei Verordnungen – [CARE](#), [CARE Plus](#) und [FAST-CARE](#) – eingesetzt, damit die Mitgliedstaaten die Krise im Bereich der Migrationsherausforderungen bewältigen können. Grundsätzlich stimmt der Rat dem EuRH darin zu, dass die verschiedenen CARE-Verordnungen die Mitgliedstaaten in der Krisenbewältigung bislang tatsächlich unterstützen konnten...

Grenzregionen: Parlament verabschiedet BRIDGEforEU-Verordnung

Das EU-Parlament hat am 6. Mai 2025 den Standpunkt des Rates über das Instrument der Grenzregionen für Entwicklung und Wachstum (BRIDGEforEU) in zweiter Lesung [angenommen](#), nachdem hierzu bereits am 16. Dezember 2024 im Rahmen von Trilogverhandlungen eine Einigung erzielt wurde (Brüssel Aktuell 22/2024). Ziel der Verordnung ist der Abbau administrativer und rechtlicher Hürden in Grenzregionen, die laut der EU-Kommission sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen. Ein vergleichbarer Vorschlag der Kommission aus dem Jahr 2018 hatte seinerzeit keine Zustimmung im Rat gefunden...

Wohnraum I: Kommission startet Beteiligung für europäischen Plan

Die EU-Kommission veröffentlichte am 7. Mai 2025 eine [Aufforderung](#) zur Stellungnahme zum „Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“. Der Plan ist Teil der im Juli 2024 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten Initiative zur Bekämpfung der Wohnungskrise in Europa. Die Strategie soll strukturelle Ursachen wie Wohnraummangel oder fehlende Investitionsanreize adressieren und gleichzeitig Investitionen in den Wohnungsbau mobilisieren – sowohl auf nationaler, regionaler als auch lokaler Ebene. Auch Themen wie Obdachlosigkeit und der Zugang zu nachhaltigem, angemessenem Wohnraum werden miteinbezogen...

Wohnraum II: Konsultation zu Baugenehmigungsverfahren

Die EU-Kommission beabsichtigt als Reaktion auf die Wohnraumkrise einen „Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“ (diese Ausgabe) auf den Weg zu bringen. Aus Sicht der Kommission können langwierige und komplexe Genehmigungsverfahren ein zentrales Problem bei der Bewältigung der Wohnungskrise darstellen. Deshalb hat sie eine öffentliche [Konsultation](#) (engl.) zu Baugenehmigungsprozessen und digitalen Baugenehmigungen veröffentlicht. Dabei erkennt die Kommission an, dass dieses Thema aus Subsidiaritätsgründen in den Mitgliedstaaten und den Kommunen zu verorten ist, sie dennoch die Expertise und Erfahrungen in den europäischen Plan einfließen lassen möchte...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Migration I: Kommission schlägt Überarbeitung des „sicheren Drittstaats“ vor

Am 20. Mai 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Verordnungsvorschlag](#) (engl.) mit dem Ziel, den Anwendungsbereich des Konzepts des sicheren Drittstaats für die EU-Mitgliedstaaten auszuweiten. Der neue Rechtsakt soll die Asylverfahrensverordnung ([2024/1348/EU](#)) wie vorgesehen (Art. 77) ergänzen, die im Rahmen der 2024 verabschiedeten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) beschlossen wurde. Dieser Vorschlag schließt sich an einen weiteren Vorschlag über eine Liste sicherer Herkunftsstaaten auf EU-Ebene (Brüssel Aktuell 8/2025) an, die die Asylverfahrensverordnung ebenfalls ergänzen soll...

Migration II: Kommission stellt 3 Mrd. € für Umsetzung der GEAS-Reform bereit

Am 9. Mai 2025 gab die EU-Kommission in einer [Pressemitteilung](#) bekannt, für die laufende Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS, sog. Migrations- und Asylpaket der EU) sowie für die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine den Mitgliedstaaten zusätzliche 3 Mrd. € zur Verfügung zu stellen...

Migration III: Gerichtshof urteilt über unionsrechtliches Bleiberecht

Am 8. Mai 2025 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Vorabentscheidungsverfahren (Rechtssache [C-130/24](#)) über das unionsrechtlich begründete Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Familienangehörigen eines EU-Bürgers. Dem Urteil liegt ein Ausgangsverfahren vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf zugrunde, in dem eine kamerunische Staatsangehörige, die illegal nach Deutschland eingereist war und dort ein Kind zur Welt brachte, zur Wahrnehmung der Personensorge eine Aufenthaltserlaubnis beantragte. Die zuständige Ausländerbehörde lehnte den Antrag u. a. mit der Begründung ab, dass die Antragstellerin illegal eingereist sei und ein Ausweisungsinteresse bestehe...

Horizont Europa: Kommission veröffentlicht Zwischenbewertung

Die EU-Kommission hat am 30 April 2025 ihre [Zwischenbewertung](#) (engl.) des Europäischen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation, Horizont Europa, vorgelegt. Bis Januar 2025 konnten laut Angaben der Kommission mehr als 15.000 Projekte i. H. v. über 43 Mrd. € durch das Programm finanziert werden. Dabei seien in 80 % der Fälle wichtige wissenschaftliche Fortschritte erzielt sowie private Investitionen und das BIP innerhalb der EU deutlich gestärkt worden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Transparenz: Rat berichtet über Zugänglichkeit seiner Dokumente

Der Rat der Europäischen Union hat am 12. Mai 2025 den [Jahresbericht](#) 2024 über die Zugänglichkeit seiner Dokumente veröffentlicht. Untersucht wurde die Umsetzung der Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU-Organe ([1049/2001/EG](#)). Gemäß dem [Ansatz](#) (engl.) zur Stärkung der Transparenz der Gesetzgebung hat der Rat seiner Darstellung zufolge alle relevanten Dokumente veröffentlicht. Hierunter fallen Mandate und Ergebnisse von Verhandlungen mit dem EU-Parlament...

Cybersicherheit: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zur NIS-2-Richtlinie

Die EU-Kommission hat Deutschland und 18 weitere Mitgliedstaaten wegen der unvollständigen Umsetzung der NIS-2-[Richtlinie](#) (EU) 2022/2555 im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens durch eine mit Gründen versehene Stellungnahmen [ermahnt](#). Die Richtlinie soll ein einheitlich hohes Cybersicherheitsniveau in der EU gewährleisten. Sie betrifft unter anderem Einrichtungen in kritischen Bereichen wie Kommunikation, Gesundheitswesen, Energie, Raumfahrt, Abfallwirtschaft sowie digitale Dienste und öffentliche Verwaltung. Die Frist zur Umsetzung in nationales Recht endete am 17. Oktober 2024...

In eigener Sache

Nachbericht: Veranstaltung EU-Fördermöglichkeiten Digitales und Cybersicherheit

Am 14. Mai 2025 fand im Rahmen der Fördermittelreihe des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen eine digitale Informationsveranstaltung zu den EU-Fördermöglichkeiten in den Bereichen Digitales und Cybersicherheit statt. Rund 150 Teilnehmende erhielten einen kompakten Überblick über relevante Förderinstrumente und aktuelle Ausschreibungen...

Veranstaltungshinweis: EU-Förderprogramm „LIFE“ für Kommunen

Das EU-Programm LIFE unterstützt Projekte in den Bereichen Umwelt, Klima und Energieeffizienz und bietet auch für Kommunen vielfältige Fördermöglichkeiten. In einer Online-Informationsveranstaltung am 25. Juni 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr, organisiert durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen, geben die Nationalen Kontaktstellen beim Projektträger Jülich (PtJ) und bei der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) einen kompakten Überblick über die Programmschwerpunkte und aktuelle Ausschreibungen...

BRÜSSEL AKTUELL

11/2025

23. Mai bis 6. Juni 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Binnenmarkt: Kommission stellt neue Strategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit vor

Die EU-Kommission veröffentlichte am 21. Mai 2025 ihre neue [Binnenmarktstrategie](#) (engl.). Sie verfolgt mit dieser Mitteilung das Ziel, den europäischen Binnenmarkt zu stärken, Wettbewerbshemmnisse abzubauen und insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu entlasten. Die Strategie bietet Entlastungen für viele Unternehmen, schließt jedoch u. a. kommunale Unternehmen weitgehend aus, was ein klarer Handlungsauftrag für die kommunale Interessenvertretung darstellt...

Vergaberecht I: Ausschuss für Beschäftigung gibt Meinung zu einer Reform ab

Am 13. Mai 2025 beschloss der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des EU-Parlaments (EMPL) mit einer Mehrheit von 40 Stimmen (bei 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung) eine [Stellungnahme](#) zu den laufenden Diskussionen über eine Reform des EU-Vergaberechts. Diese Stellungnahme soll dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) zugehen, der derzeit federführend einen parlamentarischen Initiativbericht bezüglich einer Vergaberechtsreform ausarbeitet (zuletzt Brüssel Aktuell 2/2025). Wohingegen im ersten vorläufigen [Berichtsentwurf](#) des IMCO-Ausschusses die Rolle von sozialen Aspekten noch nicht gesondert behandelt wurde, betont die Mehrheit im EMPL-Ausschuss die Wichtigkeit von sozial und ökologisch verantwortungsvollen Geschäftsmodellen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Änderungsantrag 23). Außerdem seien hochwertige Arbeitsplätze durch die öffentliche Auftragsvergabe zu fördern (Ä. 24)...

Vergaberecht II: Kommission veröffentlicht Bericht zur öffentlichen Konsultation

Die EU-Kommission hat am 20. Mai 2025 einen zusammenfassenden [Bericht](#) (engl.) über ihre öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen veröffentlicht (Brüssel Aktuell 5/2025). Im Rahmen der Konsultation wurden insgesamt 733 Rückmeldungen von unterschiedlichen Interessengruppen abgegeben, wobei öffentliche Behörden (27 %), Unternehmen (20 %), Unternehmensverbände (16 %) sowie Nichtregierungsorganisationen (10 %) am stärksten vertreten waren...

Aufbau- und Resilienzfazilität: Kommission stellt Studie zu ökonomischen Effekten vor

Die EU-Kommission hat am 29. Mai 2025 eine [Studie](#) (engl.) zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF, [2021/241/EU](#)) veröffentlicht. Demnach wurden seit 2021 europaweit mehr als 2.800 Investitions- und Reformmaßnahmen mit dem Ziel angestoßen, wirtschaftliche Erholung, strukturelle Transformation und die sogenannte „Resilienz“ der Mitgliedstaaten zu stärken. Gemäß der Studie profitiert Deutschland durch die ARF von gesamtwirtschaftlichen Effekten i. H. v. insgesamt 66,1 Mrd. €, was weit über das Volumen der regulären deutschen ARF-Mittel (32,3 Mrd. €) hinausgeht...

Vereinfachung: Kommission stellt Omnibus-Vereinfachungspaket für Unternehmen vor

Am 21. Mai 2025 hat die EU-Kommission ein weiteres, viertes Omnibus-[Gesetzespaket](#) (engl.) vorgestellt, durch das insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bis 250 Beschäftigte sowie Unternehmen bis 750 Beschäftigte Vereinfachungen im aktuellen Rechtsbestand erreicht werden sollen. Dieses Omnibuspaket, veröffentlicht mit der neuen Binnenmarktstrategie der Kommission (diese Ausgabe), steht im Zusammenhang mit den Bemühungen der Kommission, Kosten, die durch Verwaltungs- und Bürokratieaufwand entstehen, zu senken und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern...

Verbraucherschutz: Konsultation in Vorbereitung der Verbraucheragenda 2025-2030

Bis zum **11. August 2025** besteht u. a. für Verbraucherinnen und Verbraucher, nationale Behörden, Verbraucherverbände und andere Vereinigungen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich an einer öffentlichen [Konsultation](#) zum Thema Verbraucherschutz zu beteiligen. Mit der Konsultation sollen Rückmeldungen und Beiträge eingeholt werden, die bei der Entwicklung der Verbraucheragenda 2025-2030 sowie eines Aktionsplans für Verbraucher im Binnenmarkt berücksichtigt werden können...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Wasser: Kommission legt Strategie zur Wasserresilienz vor

Die EU-Kommission veröffentlichte am 4. Juni 2025 die Europäische Wasserresilienz-[Strategie](#) (engl.) vor. Sie verfolgt damit das Ziel, Europa widerstandsfähiger gegenüber Wasserstress und Dürren zu machen. Im Zentrum stehen dabei u. a. Maßnahmen für eine nachhaltigere Wasserwirtschaft, die auch auf kommunaler Ebene von Bedeutung sind. Die Kommission setzt dabei auf naturbasierte Lösungen, bessere Infrastruktur, eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft...

Katastrophenschutz: 650 Feuerwehrkräfte gegen Waldbrandgefahr organisiert

Am 26. Mai 2025 stellte die EU-Kommission ihre Brandbekämpfungsflotte ([Pressemitteilung](#), zuletzt Brüssel Aktuell 7/2024) im Blick auf die Waldbrandgefahr im bevorstehenden Sommer vor. Diese, bestehend aus insgesamt 22 Löschflugzeugen und vier Helikoptern, wird von 14 EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt. Die Maschinen sowie fast 650 Feuerwehrkräfte, darunter auch aus Deutschland, werden in zehn potenziell gefährdeten Mitgliedstaaten positioniert, um in Notfällen rasch einzugreifen sowie die nationalen Kapazitäten zu unterstützen. Zu den betroffenen Hochrisikogebieten gehören Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien...

Wald: Benchmarking-Liste zur Entwaldungsverordnung veröffentlicht

Am 22. Mai 2025 veröffentlichte die EU-Kommission eine erste Benchmarking-[Liste](#) (engl.), die weltweit die Länder im Rahmen der Entwaldungsverordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#), Brüssel Aktuell 22/2024) nach ihrer jeweiligen Risikokategorie einstuft. Die Kategorien sind untergeordnet in „niedrig“, „Standard“ und „hoch“. Die Benchmarking-Liste umfasst das Entwaldungsrisiko in der Produktion folgender sieben Rohstoffe: Rinder, Kakao, Kaffee, Ölpalme, Kautschuk, Soja und Holz...

Mobilität: Anmeldungen für Kommunen für European Mobility Week geöffnet

Die [Woche](#) der europäischen Mobilität (engl.) findet vom 16. September bis zum 22. September 2025 statt. Ziel dieser Woche ist es laut der EU-Kommission, die nachhaltige urbane Mobilität zu fördern und Änderungen hin zu aktiver Mobilität und sauberem Verkehr zu bewirken. Lokale Behörden sollen innovative Maßnahmen testen, neue Infrastrukturen fördern und Feedback von der Bevölkerung einholen. Im vorherigen Jahr nahmen insgesamt 195 Kommunen aus Deutschland z. B. im Rahmen eines autofreien Sonntages teil. Das diesjährige Thema lautet „Mobilität für alle“ und setzt den Schwerpunkt darauf, die öffentlichen Transportmittel zugänglich für alle zu gestalten, sowohl barrierefrei als auch kostengünstig. Bewerbungen für die Teilnahme von Kommunen zur Woche der europäischen Mobilität 2025 sind über die [Website](#) (engl.) der Veranstalter möglich...

Klimapolitik: Kommission bewertet nationale Klima- und Energiepläne

Die EU-Kommission veröffentlichte am 28. Mai 2025 eine [Bewertung](#) (engl.) nebst anliegender [Arbeitsunterlage](#) (engl.) über die aktualisierten nationalen Energie- und Klimapläne von 23 EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland. Die nationalen Energie- und Klimapläne ([NEKP](#), engl.) stellen ein wesentliches strategisches Planungsinstrument der Kommission dar, um die EU klimaneutral zu gestalten. Darüber hinaus erlauben sie der Kommission zufolge jedem Mitgliedstaat, präzise Maßnahmen und Strategien zur Erreichung der Klima- und Energieziele für 2030 sowie der übergeordneten Ziele der Energieunion zu skizzieren...

Digitales: Kommission startet Konsultation zur Datenunion

Die EU-Kommission hat am 23. Mai 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) zur geplanten „Strategie für eine EU-Datenunion“ eröffnet. Ziel ist es, die Öffentlichkeit und Interessenträger einzubinden, um die EU-Datenwirtschaft zu stärken und die Nutzung von Daten für innovative Technologien wie generative KI zu fördern. Die Initiative soll auf der EU-[Datenstrategie](#) von 2020 aufbauen und reagiert auf technologische und geopolitische Entwicklungen. Sie soll den sicheren Austausch von Daten erleichtern, die Regulierung vereinfachen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU im digitalen Bereich stärken...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Landwirtschafts-Soforthilfe: 15 Mio. € für Deutschland, Tschechien und Slowenien

Am 22. Mai 2025 haben die EU-Mitgliedstaaten dem [Vorschlag](#) der EU-Kommission zugestimmt, 15 Mio. € aus der Agrarreserve bereitzustellen, um Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland, Tschechien und Slowenien zu unterstützen, die von Wetterereignissen und einem Tierseuchenausbruch betroffen sind. Deutschland erhält 4,8 Mio. € wegen des Maul- und Klauenseuche-Ausbruchs in Brandenburg Anfang 2025. Ein allgemeines Verbringungsverbot für bestimmte Tierarten führte zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen in der Viehzucht, vor allem durch ausgebliebene Rohmilchliefereien und gesunkene Schweinepreise, die von anderen EU-Ausgleichsmechanismen nicht abgedeckt sind...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Migration: Studie zur öffentlichen Wahrnehmung des Asyl- und Migrationssystems

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission veröffentlichte am 12. Mai 2025 eine von ihr in Auftrag gegebene [Studie](#) (engl.) über die Wahrnehmung der Bevölkerung hinsichtlich der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den EU-Mitgliedstaaten. In der Studie wurden 8.122 repräsentativ ausgewählte volljährige Personen aus acht EU-Mitgliedstaaten zwischen dem 30. September und dem 21. Oktober 2024 befragt, darunter auch aus Deutschland. Ein Befund der Studie ist demnach, dass eine größere und gerechtere Verteilung von Flüchtlingen zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei den Befragten zu einer vermehrten Bereitschaft führte, Flüchtlinge im eigenen Land aufzunehmen...

Gleichstellung: Konsultation zur Strategie für die Geschlechtergleichstellung 2026-2030

Bis zum **11. August 2025** können sich die Öffentlichkeit und verschiedenste Interessenträger, die insbes. im Bereich der Geschlechtergleichstellung tätig sind, an einer öffentlichen [Konsultation](#) zur Geschlechtergleichstellung beteiligen. Ziel der Konsultation ist es, die Bereiche zu ermitteln, in denen weitere Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen und die in die künftige Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 einfließen sollen...

Digitales Grenzmanagementsystem: Einigung über schrittweise Inbetriebnahme

Am 19. Mai 2025 erzielten die Mitgliedstaaten im Rat und das EU-Parlament eine vorläufige politische Einigung über eine schrittweise [Einführung](#) (Pressemitteilung) des digitalen Ein- und Ausreisystems (EES-Verordnung [2017/226/EU](#) und Schengen-Grenzkodex [2016/399](#), zuletzt Brüssel Aktuell 5/2025). Nachdem der Rat am 5. März 2025 auf den Vorschlag der EU-Kommission vom 4. Dezember 2024 (Brüssel Aktuell 22/2024) mit einer [Verhandlungsposition](#) reagierte, kamen die Ko-Gesetzgeber nun überein, den Übergangszeitraum des neuen digitalen Grenzsystems auf sechs Monate festzulegen. Beim EES handelt es sich um ein IT-System, das digital Daten (biometrische sowie Ein- und Ausreisedaten) von Drittstaatsangehörigen registriert, die für einen Kurzaufenthalt (bis zu 90 Tage) in den Schengenraum reisen. Innerhalb dieser Einführungsphase werden an nationalen Grenzkontrollstellen im Schengenraum nach und nach immer mehr Nicht-EU-Bürger:innen auf diese Weise digital kontrolliert. Das Ziel von EES ist es, Identitätsbetrug und Aufenthaltsüberschreitungen deutlich zu reduzieren...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

INTERREG: Tourismus-Projekt auf Suche nach kleiner oder mittelgroßer Partnerstadt

Im Rahmen von [INTERREG](#) B Nordwesteuropa (NWE) ist die französische Stadt Roubaix auf der Suche nach einer kleinen oder mittelgroßen Stadt in Deutschland, Luxemburg oder den Niederlanden, die sich im Bereich des nachhaltigen und langsamen (slow) Tourismus engagieren möchte. Konkret handelt es sich um den INTERREG NWE Call 5 „SLOWTOUR – Unlocking Heritage Opportunities for Slow Tourism“. SLOWTOUR will das touristische Potenzial kleiner und mittelgroßer Städte in Nordwesteuropa erschließen, indem das reiche industrielle Erbe durch Strategien für einen langsamen Tourismus genutzt wird. Langsamer Tourismus setzt dabei auf Qualität, Authentizität, Nachhaltigkeit und die Einbeziehung lokaler Gemeinschaften...

LIFE-Programm: Kommission veröffentlicht neue Förderaufrufe

Am 24. April 2025 veröffentlichte die EU-Kommission neue [Förderaufrufe](#) (engl.) im Förderprogramm LIFE, dem Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimaschutz. Für die Projekte stehen insgesamt 600 Mio. € an Fördermitteln zur Verfügung. Anträge können unter anderem in folgenden Kategorien eingereicht werden: Natur und biologische Vielfalt: ca. 153 Mio. €, Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität: ca. 73 Mio. €, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel: ca. 62 Mio. €, Neues Europäisches Bauhaus: ca. 4 Mio. €, Umweltgovernance: ca. 8 Mio. €, Energiewende: ca. 91 Mio. €. Ein besonderer Aufruf richtet sich erneut gezielt an lokale und regionale Gebietskörperschaften. Ziel ist es, diese mit den nötigen Kapazitäten, Kompetenzen und Strukturen auszustatten, um strategische Maßnahmenpläne für den Übergang zu sauberer Energie zu entwickeln und umzusetzen...

BRÜSSEL AKTUELL

12/2025

6. bis 20. Juni 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

EU-Haushalt: Kommission legt Jahreshaushaltsplan für 2026 vor

Am 4. Juni 2025 präsentierte die EU-Kommission den [Haushaltentwurf](#) (engl.) für das Jahr 2026. Der Vorschlag umfasst Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 193,26 Mrd. € sowie voraussichtliche Zahlungen von rund 105,32 Mrd. € aus dem Aufbauinstrument „NextGenerationEU“. Der Entwurf berücksichtigt die im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 vereinbarten Anpassungen. Im Mittelpunkt stehen strategische Prioritäten, u. a. die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine, Investitionen in Sicherheit und Verteidigung, Maßnahmen im Bereich Migration und Asyl sowie die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Klima- und Digitalisierungspolitik. Der Haushaltsvorschlag zielt darauf ab, die Resilienz der EU zu stärken und auf geopolitische sowie wirtschaftliche Herausforderungen flexibel zu reagieren...

Wirtschaft: Kommission legt Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2025 vor

Am 4. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission das [Frühjahrspaket](#) (engl.) 2025 des Europäischen Semesters (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2025). Das Paket analysiert die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen innerhalb der EU und gibt jedem EU-Mitgliedstaat länderspezifische Empfehlungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wohlstands und der Resilienz. Begleitend veröffentlichte die Kommission für jeden Mitgliedstaat einen länderspezifischen [Bericht](#) (für [Deutschland](#)). Diese umfassen jeweils eine detaillierte Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und Herausforderungen und bewerten die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (ARP) und der kohäsionspolitischen Programme...

NextGenerationEU: Kommission veröffentlicht Leitlinien für ARF-Umsetzung bis 2026

Am 18. Juni 2025 hat die EU-Kommission eine [Mitteilung](#) zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF, [2021/241/EU](#)) veröffentlicht. Ziel ist ein erfolgreicher Abschluss des bis 2026 befristeten Instruments, das zentraler Bestandteil von „NextGenerationEU“ ist. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, ihre nationalen Pläne zu überprüfen und zu straffen, um sicherzustellen, dass alle Meilensteine bis spätestens 31. August 2026 erreicht und die verbleibenden Mittel von über 335 Mrd. € vollständig ausgeschöpft werden können. Die Mitteilung enthält konkrete Handlungsempfehlungen zur Anpassung der Aufbau- und Resilienzpläne, darunter die Konzentration auf umsetzbare Maßnahmen sowie die Prüfung alternativer Investitionen...

DAWI: Kommission startet Konsultation mit Fokus das Wohnen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 5. Juni 2025 eine [Sondierung](#) zur Überarbeitung der Beihilferegeln für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) mit dem Fokus auf die europäische Wohnraumkrise. Ziel sei es, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum

zu geben, insb. durch den Bau neuer Gebäude und die Renovierung bestehender Bausubstanz. Die Kommission plant, einen umfassenden Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum im Jahr 2026 vorzustellen. Dabei soll die Überarbeitung der bestehenden Beihilferegeln ein zentraler Baustein sein. Unter anderem geht es um eine neue Definition von „bezahlbarem“ Wohnraum, eine mögliche Ausweitung der Schwellenwerte und um Vereinfachungen bei Berichtspflichten...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Digitales I: Kommission veröffentlicht Mitteilung zum Stand der digitalen Dekade

Am 16. Juni 2025 hat die EU-Kommission ihren [Bericht](#) (engl.) zum Stand der digitalen Dekade im Jahr 2025 veröffentlicht ([Anhänge](#), engl.; [Übersicht](#) zur digitalen Dekade, engl.). Darin bewertet sie die Fortschritte bei der Umsetzung der europäischen Digitalziele bis 2030. Während in mehreren Bereichen positive Entwicklungen erkennbar sind, sieht die Kommission weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, fordert die Kommission stärkere Koordination, gezieltere Maßnahmen und zusätzliche Investitionen auf allen Ebenen. Zudem hat die Kommission spezifische Länderberichte veröffentlicht...

Digitales II: ITRE-Ausschuss verabschiedet Initiativbericht zu digitaler Souveränität

Am 3. Juni 2025 hat der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EU-Parlaments den [Initiativbericht](#) „Europäische technologische Souveränität und digitale Infrastruktur“ ([2025/2007\(INI\)](#)) (engl.) mit 63 zu 5 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Darin werden umfangreiche Investitionen und regulatorische Reformen zur Stärkung der europäischen technologischen Souveränität gefordert, um Europas Abhängigkeit von Drittstaaten zu verringern...

DSGVO: Vorläufige Einigung zur grenzüberschreitenden Umsetzung

EU-Parlament und Rat haben sich am 16. Juni 2025 auf zusätzliche Vorschriften zur Beschleunigung und Harmonisierung grenzüberschreitender Verfahren im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO, [2016/679/EU](#)) verständigt ([Pressemitteilung](#)). Hierzu hatte die EU-Kommission 2023 einen [Vorschlag](#) veröffentlicht, um die Verfahrensregeln der DSGVO anzupassen. Ziel der Einigung ist es, klare Fristen und Abläufe zu schaffen, um Beschwerden rasch und einheitlich zu bearbeiten...

Kreislaufwirtschaft: Rat positioniert sich bei Altfahrzeugen

Am 17. Juni 2025 haben sich die Mitgliedstaaten im Rat auf einen gemeinsamen [Standpunkt](#) zum [Verordnungs-Vorschlag](#) der EU-Kommission über Anforderungen an die kreislaforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen geeinigt (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2025). Ziel der Verordnung soll es sein, die Zirkularität von wertvollen Ressourcen von Altfahrzeugen sicherzustellen und das unregelte bzw. illegale Ausschaffen von nicht mehr betriebsbereiten Fahrzeugen außerhalb der EU durch eine bessere Rückverfolgung zu unterbinden. Bei den Recyclingzielen haben sich die Mitgliedstaaten einerseits auf eine Ausweitung der Vorgaben zusätzlich auf schwere Nutzfahrzeuge geeinigt...

Ausschuss der Regionen: Neues Mandat der Arbeitsgruppe „Green Deal Going Local“

Am 3. Juni 2025 hielt die [Arbeitsgruppe](#) „Green Deal Going Local“ die erste Sitzung ihres neuen Mandates für die Wahlperiode 2025-2030 des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) ab. Die neue Arbeitsgruppe besteht aus 13 lokalen und regionalen Mandatsträgern aus verschiedenen AdR-Fachkommissionen und zielt darauf ab, dass die Städte und Regionen in Diskussionen über die Entwicklung der grünen EU-Politik wahrgenommen und einbezogen werden. Ziel für das neue Mandat ist es, eine flexibel anpassbare grüne Transformationsagenda zu fördern, bei der Städte und Regionen eine zentrale Rolle spielen. Dabei sollen Partnerschaften mit Universitäten, Industrien und Forschungszentren ausgebaut sowie die Zusammenarbeit mit der EU-Kommission vertieft werden, um die EU-Klimaziele schneller zu erreichen...

Kohäsion I: Mitgliedstaaten einigen sich auf Verhandlungsmandate

Im Rahmen der Halbzeitbewertung der EU-Kohäsionspolitik (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2025) haben die Ständigen Vertreter (Coreper) am 19. Juni 2025 die Verhandlungsmandate des Rates gebilligt ([Pressemitteilung](#)). Ziel ist die Anpassung der Fondsregelwerke an aktuelle und aufkommende strategische Herausforderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Raumordnung zu berücksichtigen...

Kohäsion II: Parlament verabschiedet Entschließung für zur Stärkung ländlicher Räume

Am 17. Juni 2025 hat das EU-Parlament eine [Entschließung](#) zur Stärkung ländlicher Räume verabschiedet. Die Parlamentarier sprechen sich darin aus, die Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und Infrastruktur in den ländlichen Räumen gezielt zu fördern. Dafür fordern sie eine Neuausrichtung der Kohäsionspolitik zugunsten ländlicher Räume. Diese sollen besser berücksichtigt werden, um Herausforderungen wie demografischem Wandel, Digitalisierung, Klimaanpassung und wirtschaftlicher Abwanderung zu begegnen. Kleine und mittlere Städte werden als zentrale Entwicklungsanker gesehen. Sie sollen u. a. als Bindeglied zwischen ländlichem Raum und Metropolen fungieren, gezielt in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Digitalisierung investieren und stärker in die EU-Fördermittelvergabe eingebunden werden...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Ukraine: Verlängerung des vorübergehenden Schutzes bis 2027 vorgesehen

Am 4. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Vorschlag](#), wonach die Anwendung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz (sog. Massenzustrom-Richtlinie, [2001/55/EG](#)) für im Zuge des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine Geflüchtete um ein weiteres Jahr verlängert werden soll (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2024). Ferner stößt die Kommission mit einer [Mitteilung](#) die Diskussion über den zukünftigen Status der geflüchteten Ukrainer:innen in der EU mit Blick auf eine mögliche Zeit nach Beendigung der Kampfhandlungen an...

Migration I: Kommission veröffentlicht Halbzeitbericht zur GEAS-Reform

Am 11. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Halbzeitbericht](#) (engl., [Pressemitteilung](#)) zur Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) – dem sog. Migrations- und Asylpaket der EU (Brüssel Aktuell 11, 14 und 16/2024). Die Bestimmungen des 2024 beschlossenen Gesetzespaketes sollen ab Juni 2026 umgesetzt werden. Grundlage der Bewertung ist der gemeinsame [Durchführungsplan](#), der im Juni 2024 von der Kommission vorgelegt wurde (Brüssel Aktuell 12/2024)...

Migration II: Statusvereinbarung mit Bosnien und Herzegowina unterzeichnet

Am 18. Juni 2025 haben die EU-Kommission und Bosnien und Herzegowina ihre [Statusvereinbarung](#) (engl.) zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex, zuletzt Brüssel Aktuell 2/2025) unterzeichnet. Die Vereinbarung ermöglicht Frontex den Einsatz von Kräften der ständigen Reserve entlang aller Landesgrenzen, einschließlich zu Drittstaaten sowie an Flughäfen. Durch die Vereinbarung soll der EU-[Aktionsplan](#) (engl.) für den Westbalkan aus dem Jahr 2022 weiter umgesetzt werden...

CERV: Kommission veröffentlicht Bewertung zu CERV, REC und EfC

Am 3. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Bericht über die 2023 und 2024 durchgeführte [Bewertung](#) von zurückliegenden und laufenden EU-Förderprogrammen in den Bereichen Rechte, Gleichstellung, Unionsbürgerschaft und Werte (Brüssel Aktuell 8/2024). Im Zuge des Bewertungsprozesses konsultierte die Kommission u. a. die EU-Mitgliedstaaten, beteiligte Programmausschüsse, Antragsteller und Begünstigte sowie die Öffentlichkeit durch Sondierungen, fragebogengestützte Konsultationen oder Anhörungen. Die Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen [beteiligte](#) sich ebenfalls. Im Fokus standen die früheren Programme „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ (REC) und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfC),

deren Förderperioden von 2014 bis 2020 liefen, sowie das derzeit laufende Nachfolgeprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV, 2021 bis 2027). Die Rückmeldungen machen dem Bericht zufolge deutlich, dass die Sichtbarkeit von Programmen wie CERV weiterhin eher auf große Organisationen und Kommunen begrenzt ist...

Öffentliche Gesundheit: EU-Drogenbericht 2025 veröffentlicht

Die Drogenagentur der Europäischen Union ([EUDA](#)) veröffentlichte am 5. Juni 2025 den „Europäischen Drogenbericht 2025: Trends und Entwicklungen“ (engl., zuletzt Brüssel Aktuell 12/2024). Im Bericht wird auf Grundlage von Daten aus den EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und Norwegen, die Drogensituation in Europa bis Ende 2024 beschrieben sowie langfristige Trends, neue Bedrohungen und Herausforderungen für die Zukunft analysiert. Ergebnis des Berichts ist u. a. die Feststellung, dass Cannabis und Kokain weiterhin die am häufigsten konsumierten illegalen Drogen in Europa bleiben...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Visumpolitik: Rat und Parlament erzielen Einigung

Am 17. Juni 2025 gaben die Mitgliedstaaten im Rat und das EU-Parlament bekannt, dass eine vorläufige politische Einigung zur Verschärfung der Visumpolitik erreicht werden konnte ([Pressemitteilung](#), zuletzt Brüssel Aktuell 9/2025). Ziel der Reform ist es, die EU künftig schneller und gezielter gegen den Missbrauch der visumfreien Einreise vorgehen zu lassen...

EU-Schweiz: Kommission schlägt Unterzeichnung bilateraler Abkommen vor

Am 18. Juni 2025 hat die EU-Kommission dem Rat die Unterzeichnung und den Abschluss eines umfangreichen [Pakets](#) (engl.) bilateraler Abkommen mit der Schweiz vorgeschlagen. Ziel ist eine langfristig stabile Grundlage für die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Das Paket umfasst die Modernisierung von fünf bestehenden Binnenmarktabkommen zum Luft- und Landverkehr, der Freizügigkeit, der Konformitätsbewertungen sowie dem Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Diese sollen fortan dynamisch an geltendes EU-Recht angepasst werden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Digitales III: Aufrufe zur Unterstützung von Cybersicherheit im Gesundheitssektor

Die EU-Kommission veröffentlichte am 12. Juni 2025 zwei Aufrufe zur digitalen Sicherheit des Gesundheitswesens (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2025) im Rahmen der Programme „Digitales Europa“ und „Horizont Europa“. Im Fokus des ersten [Aufrufes](#) (55 Mio. € Gesamtbudget, engl.) steht die Stärkung der Cybersicherheit in Krankenhäusern. Gefördert werden Maßnahmen zur Erkennung, Überwachung und Abwehr von Cyberbedrohungen, insb. Ransomware. Ziel sei es, damit die Resilienz des europäischen Gesundheitssystems zu erhöhen...

In eigener Sache

Positionspapier: Europas digitale Souveränität beginnt in den Kommunen

Die Kommunalen Landesverbände (KLV) Baden-Württembergs haben am 16. Juni 2025 ein [Positionspapier](#) zur EU-Digitalisierungspolitik veröffentlicht. Hintergrund sind das für das 4. Quartal 2025 angekündigte Gesetz über digitale Netze sowie das Digitalpaket der EU-Kommission. Der aktuelle Länderbericht zur Digitalen Dekade (diese Ausgabe) attestiert Deutschland im Bereich der Digitalisierung deutliche Rückstände, auch bei der Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienste. Ein signifikanter Fortschritt hier kann nur gelingen, wenn die Kommunen durch die höheren Ebenen aktiv eingebunden und unterstützt werden...

Veranstaltungshinweis: EU-Förderprogramm „LIFE“ für Kommunen

*Das EU-Programm LIFE unterstützt Projekte in den Bereichen Umwelt, Klima und Energieeffizienz und bietet auch für Kommunen vielfältige Fördermöglichkeiten. In einer Online-Informationsveranstaltung am **25. Juni 2025 von 10:00 bis 11:30 Uhr**, organisiert durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen, geben die Nationalen Kontaktstellen beim Projektträger Jülich (PtJ) und bei der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) einen kompakten Überblick über die Programmschwerpunkte und aktuelle Ausschreibungen...*

BRÜSSEL AKTUELL

13/2025

20. Juni bis 4. Juli 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht: Neuer Beihilferahmen für eine saubere Industrie veröffentlicht

Am 25. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission einen neuen Beihilferahmen als Teil des [Deals](#) für eine saubere Industrie ([Pressemitteilung](#), Brüssel Aktuell 4/2025). Die deutschsprachige Version der Mitteilung der Kommission kann [hier](#) unter „CISAF Communication“ als Zip-Ordner in allen EU-Amtssprachen heruntergeladen werden. Der neue Beihilferahmen trat am Tag der Veröffentlichung in Kraft. Er ersetzt den seit 2022 mehrfach verlängerten Befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und gilt bis zum 31. Dezember 2030. Auf Grundlage dieses Beihilferahmens beabsichtigt die Kommission, Beihilferegelungen der Mitgliedstaaten zu genehmigen, die der Förderung sauberer Industrie dienen...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Klimaneutralität: Kommission schlägt Klimazwischenziel bis 2040 vor

Am 2. Juli 2025 hat die EU-Kommission eine Änderung des EU-Klimagesetzes [vorgeschlagen](#) (engl.), mit dem Ziel, bis 2040 die Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber 1990 zu senken. Dieses neue Zwischenziel baut auf dem bisherigen 2030-Ziel von minus 55 % auf und soll Planungssicherheit für Investoren schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Europas Energieunabhängigkeit fördern. Die Umsetzung berücksichtigt wirtschaftliche und geopolitische Realitäten und setzt auf Flexibilität, z. B. durch den gezielten Einsatz internationaler Emissionsgutschriften ab 2036 oder sektorübergreifende Ausgleichsmechanismen...

Wiederherstellung der Natur: Kommission veröffentlicht Durchführungsverordnung

Bereits am 19. Mai 2025 veröffentlichte die EU-Kommission eine [Durchführungsverordnung](#) samt Anhang hinsichtlich eines einheitlichen Formats für die nationalen Wiederherstellungspläne der im letzten Jahr in Kraft getretenen Verordnung [2024/1991/EU](#). Ihr voraus ging Anfang 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) (Brüssel Aktuell 2/2025). Mit dem Durchführungsrechtsakt soll eine rechtliche Angleichung sowie eine bessere Bewertung der Wiederherstellungsverordnung in der nationalen Umsetzung erreicht und der Verwaltungsaufwand in den Mitgliedstaaten verringert werden...

Waldüberwachung: Mitgliedstaaten im Rat positionieren sich

Am 24. Juni 2025 einigten sich die Mitgliedstaaten im Rat auf eine allgemeine [Ausrichtung](#) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission zur Einführung einer Waldüberwachungsverordnung (Brüssel Aktuell 1/2024). Ziel der Verordnung soll das Schließen von Informationslücken bzgl. des Zustands der Wälder in der EU und die Schaffung einer gemeinsamen Wissensbasis sein, um den Mitgliedstaaten und Waldbesitzenden zu helfen, die Widerstandsfähigkeit

der Wälder in Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise zu stärken. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten – ohne Zustimmung Deutschlands und Österreichs – begrüßt mit der Positionierung zwar den Kommissionsvorschlag grundsätzlich, schlägt jedoch umfangreiche Änderungen vor, die die administrativen Lasten und damit verbundene Kosten verringern sollen...

Energieeffizienz von Gebäuden: Neue Leitlinien und Durchführungsbestimmungen

Am 30. Juni 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ein Paket mit neuen [Leitlinien](#) (engl.) sowie zwei Durchführungsrechtsakte, die die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der überarbeiteten Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ([2024/1275/EU](#), EPBD) unterstützen sollen ([Übersichtsseite](#) der Kommission (engl.), Brüssel Aktuell 19/2023). Nach Inkrafttreten der EPBD im Mai 2024 veröffentlichte die Kommission bereits einen ersten Leitfaden bestimmte Bereiche der Richtlinie betreffend (Art. 17 Abs. 5, Brüssel Aktuell 19/2024). Die ergänzenden Leitlinien und Empfehlungen betreffen u. a. die Bestimmungen über emissionsfreie Gebäude, den Einsatz von Solarenergie und von fossil-betriebenen Heizkesseln, die Einrichtung sog. One-Stop-Shops, die die Umsetzung vor Ort begleiten sollen, und Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz und deren Berechnung...

Umwelt: EU-Bericht zur Qualität von Badegewässern in Europa

Am 20. Juni 2025 veröffentlichte die Europäische Umweltagentur (EEA) den jährlichen [Bericht](#) zur Qualität der europäischen Badegewässer (Brüssel Aktuell 11/2024), zusammen mit einer aktualisierten interaktiven [Karte](#) sowie den aktuellen [Länderberichten](#) (für [Deutschland](#)). Die Publikationen liegen in englischer Sprache vor. Über das gesamte Jahr 2024 wurden insgesamt 22.000 Badegewässer in den EU-Mitgliedstaaten, Albanien und der Schweiz überwacht und qualitativ eingestuft. Insgesamt wird die Qualität der Badegewässer als sehr gut eingestuft. 85 % der überwachten Badegewässer wurden als „ausgezeichnet“ bewertet, in Deutschland erfüllten fast 98 % der offiziellen Badegewässer die Mindestanforderungen der EU-Badegewässerrichtlinie...

Lärmbelastung: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht

Am 24. Juni 2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen [Bericht](#) (engl.) zur Lärmbelastung in insgesamt 31 europäischen Staaten veröffentlicht. Demnach sind über 20 % der Menschen in Europa gesundheitsgefährdenden Lärmwerten ausgesetzt. Allein durch Straßenverkehrslärm seien rund 92 Mio. Menschen betroffen, bei Bahn- und Flugverkehr liegen die Zahlen bei 18 Mio. bzw. 2,6 Mio. Deutschland weist mit etwa 15 Mio. Menschen die höchste Anzahl an Personen auf, die nachts schädlichem Lärm ausgesetzt sind. Laut den Auswertungen der EEA verursacht die Lärmbelastung jährlich rund 66.000 vorzeitige Todesfälle, 50.000 neue Fälle von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und 22.000 Typ-2-Diabetes-Erkrankungen. Die daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Kosten belaufen sich laut dem Bericht auf mindestens 95,6 Mrd. € pro Jahr...

Wolf: Rat stimmt abschließend Herabstufung des Schutzstatus zu

Am 17. Juni 2025 nahm der Rat der EU die [Änderung](#) der [Habitat](#)-Richtlinie (FFH, 92/43/EWG) hinsichtlich des Schutzstatus des Wolfs (*Canis lupus*) an, welcher am 8. Mai 2025 in einem Eilverfahren des EU-Parlaments zugestimmt wurde (Brüssel Aktuell 9/2025). Der Rechtsakt wurde am 24. Juni 2025 im Amtsblatt der Europäischen Union [veröffentlicht](#) und tritt 20 Tage nach Veröffentlichung in Kraft. Die Mitgliedstaaten müssen die Änderung des Rechtsrahmens innerhalb von 18 Monaten in nationales Recht überführen. In Deutschland obliegt es dann den Ländern, den Umfang etwaiger Abschüsse festzulegen. Demzufolge wird der Wolf in Zukunft nicht mehr als „streng geschützt“, sondern als „geschützt“ eingestuft. Diese Herabstufung gewährt den EU-Mitgliedstaaten eine höhere Flexibilität im Umgang mit Wolfspopulationen, allerdings bleibt der Erhaltungszustand des Wolfes weiterhin essenziell...

Kreislaufwirtschaft: Konsultation zur Abfallverbringungsverordnung

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Juli 2025 eine [Konsultation](#) zur Aufnahme bestimmter zur Verbringung zwischen den Mitgliedstaaten zum Zwecke der Verwertung vorgesehener Abfälle in die grüne Liste. Die Kommission möchte durch diese öffentliche Befragung herausfinden, wie der Transport von Abfällen zum Recycling innerhalb der EU einfacher und gleichzeitig umweltgerecht gestaltet werden kann. Die Ergebnisse sollen in künftige delegierte

Rechtsakte einfließen, mit denen z. B. weitere Abfallarten in die grüne Liste aufgenommen werden und somit für ein vereinfachtes Verfahren zugelassen werden können...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Soziales: Ausschuss bezieht Stellung zur Halbzeitbewertung des EU-Sozialfonds Plus

Am 25. Juni 2025 beschloss der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des EU-Parlaments bei einer Mehrheit von 32 Abgeordneten (bei 15 Neinstimmen und 11 Enthaltungen) im Eilverfahren eine [Stellungnahme](#) (engl.) zu den [Änderungsvorschlägen](#) der EU-Kommission zum Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+, Brüssel Aktuell 7/2025). Hintergrund dafür ist die Halbzeitbewertung der laufenden Förderperiode 2021 bis 2027. Darin schlägt die Kommission vor, die Mittel des ESF+ verstärkt in Sektoren wie Verteidigung und industrielle Dekarbonisierung zu lenken. In seiner Position betont das Parlament unterdessen die Bedeutung der sozialen Zielsetzungen des Fonds. Daher haben sich die Abgeordneten mehrheitlich darauf verständigt, den Mitgliedstaaten eine zusätzliche Vorfinanzierung in Höhe von 4,5 % des überarbeiteten Programmbudgets zu gewähren, sofern eine Mindestquote von 10 % der Mittel für neue Prioritäten eingesetzt wird...

Migration: EU-Asylagentur legt Berichte vor

Am 15. Mai 2025 veröffentlichte die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) mit Sitz in Malta aktuelle [Zahlen](#) (engl.) zu gestellten Asyl-Anträgen in der „EU+“ (d. h. Europäische Union, Norwegen und die Schweiz) für die ersten drei Monate des Jahres 2025 vor (Brüssel Aktuell 12/2024). Im März 2025 registrierten die Asylbehörden der EU+ insgesamt 67.000 Asylanträge. Dieser Wert ist somit seit letztem Jahr um rund 20 % gesunken. Die Zahl der ausstehenden Erstentscheidungen liegt bei 955.000 Fällen, ein Wert der um knapp 4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken ist. Ende März standen rund 4,4 Mio. Menschen unter temporärem Schutz in der EU+ infolge der anhaltenden russischen Invasion in der Ukraine. Zudem legte die EUAA am 12. Juni 2025 ihren Jahresbericht für das rückliegende Gesamtjahr 2024 vor (verfügbar als 21-seitige deutschsprachige [Zusammenfassung](#) sowie als englischsprachige [Vollversion](#))...

Nachhaltiger Tourismus: Kommission startet Konsultation

Am 20. Juni 2025 hat die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zur geplanten EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus eröffnet. Ziel ist es, die breite Öffentlichkeit und zentrale Akteure der Tourismusbranche frühzeitig einzubinden, um den Weg für eine wettbewerbsfähigere, klimaresilientere und digital transformierte Tourismuslandschaft in Europa zu ebnen. Die Strategie soll auf bestehenden Initiativen wie dem „[Übergangspfad für den Tourismus](#)“ und der „Europäischen [Agenda](#) für den Tourismus 2030“ aufbauen und deren Umsetzung bewerten und weiterentwickeln. Im Fokus stehen dabei die Förderung nachhaltiger Reiseformen, die bessere Koordinierung zwischen Akteuren, die Stärkung von KMU, sowie die Positionierung Europas als weltweit führende Destination für umweltbewussten, kulturell sensiblen und technologisch fortschrittlichen Tourismus...

Soziales: Konsultation zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte

Bis zum **10. September 2025** können sich Einzelpersonen und Organisationen an einer öffentlichen [Konsultation](#) der EU-Kommission zur Europäischen Säule sozialer Rechte beteiligen. Ziel ist es, Meinungen zur Umsetzung und zu den Auswirkungen des ersten Aktionsplans (Brüssel Aktuell 4/2021) sowie zu Zielen und Inhalten eines neuen Aktionsplans einzuholen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte des dänischen Vorsitzes

Am 1. Juli 2025 übernahm Dänemark turnusmäßig die Ratspräsidentschaft für die kommenden sechs Monate im Rat der Europäischen Union (Brüssel Aktuell 1/2025). Dänemark ist das zweite Land der aktuellen Trio-Präsidentschaft mit Polen und Zypern und hat auf Grundlage des gemeinsamen 18-Monats-[Programms](#) sein

eigenes [Arbeitsprogramm](#) erstellt. Unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer sich verändernden Welt“ stellt Dänemark sicherheitspolitische Aspekte sowie die Stärkung eines wettbewerbsfähigen und grünen Europas für das nächste halbe Jahr in den Vordergrund...

Misstrauensantrag: Von der Leyen muss sich Abstimmung im Parlament stellen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird am Montag, dem 7. Juli 2025, im EU-Parlament einer Debatte über einen Misstrauensantrag [gegenüberstehen](#). Die darauffolgende namentliche Abstimmung ist für Donnerstag, den 10. Juli, angesetzt. Dies ist das erste Misstrauensvotum gegen eine Kommissionspräsidentin seit 2014. Gemäß der [Geschäftsordnung](#) des Parlaments (Artikel 131) kann ein Misstrauensantrag gegen die Kommission von mindestens einem Zehntel der Abgeordneten – also 72 Parlamentariern – bei Parlamentspräsidentin Roberta Metsola eingereicht werden. Der Misstrauensantrag wurde von dem rumänischen Abgeordneten Gheorghe Piperea der rechten EKR-Fraktion eingereicht, nachdem er genügend Unterschriften gesammelt hatte. Anlass waren geheime Textnachrichten von 2021 zwischen Ursula von der Leyen und Albert Bourla, dem Chef des Pharmakonzerns Pfizer, in denen es um die Impfstoffbeschaffung während der Corona-Pandemie ging. Für die Annahme des Misstrauensantrags ist eine qualifizierte Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Mitglieder erforderlich...

Wahlrecht: Rat stärkt Vorschriften bei Wahlen zum Europäischen Parlament

Der Rat der EU hat eine überarbeitete [Richtlinie](#) beschlossen, um das aktive und passive Wahlrecht von EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu stärken, die in einem anderen Mitgliedstaat leben. Ziel ist es, die demokratische Teilhabe und das Vertrauen in die EU zu fördern. Die neuen Vorschriften erleichtern den Zugang zu Informationen über das Wahlrecht, vereinheitlichen die Verfahren zur Eintragung in Wählerverzeichnisse und verhindern unbeabsichtigte Streichungen aus dem Herkunftsland. Zudem sollen Maßnahmen Doppelstimmabgaben und unzulässige Kandidaturen verhindern...

Vertragsverletzungsverfahren: Drei neue Verfahren gegen Deutschland

Am 18. Juni 2025 hat die EU-Kommission drei Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet ([Pressemitteilung](#)). Beanstandet werden Mängel bei der Umsetzung des EU-Vergaberechts, der Abfallrahmenrichtlinie sowie der Vorschriften zum EU-Rückkehr ausweis. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe hat die Kommission beschlossen, Deutschland vor dem Gerichtshof der EU (EuGH) zu verklagen. Dieser Schritt folgt auf mehrere Aufforderungsschreiben und eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Aus Sicht der Kommission bestehen weiterhin erhebliche Defizite bei der Umsetzung der Richtlinien [2014/24/EU](#) und [2014/23/EU](#)...

Zivilgesellschaft: Kommission startet Konsultation zu EU-Strategie

Am 13. Juni 2025 hat die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zur geplanten EU-Strategie für die Zivilgesellschaft eingeleitet. Mit der Strategie soll eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in politische Prozesse auf europäischer und nationaler Ebene ermöglicht werden. Gleichzeitig will die Kommission deren wichtigen Beitrag zur Förderung und Verteidigung europäischer Werte stärker anerkennen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Barrierefreiheit: Access City Award 2026 ausgeschrieben

Bis zum **9. September 2025** können Städte aus allen EU-Mitgliedstaaten mit mindestens 50.000 Einwohner:innen ihre Bewerbung für den [Access City Award](#) (engl.) 2026 einreichen. Der Preis ehrt Städte für ihre besonders innovativen und außergewöhnlichen Bemühungen, um eine Verbesserung der Barrierefreiheit und des gleichberechtigten Zugangs für Menschen mit Behinderungen zum städtischen Leben. Die Gewinner der ersten drei Plätze erhalten ein Preisgeld. Auch kann an Bewerberstädte eine besondere Erwähnung vergeben werden, in diesem Jahr erstmals auch in der Kategorie „Barrierefreiheit im Wohnungsbau“. Weitere Schlüsselbereiche der

Barrierefreiheit, in denen besondere Leistungen gewürdigt werden, sind: gebaute Umwelt und öffentliche Räume, Verkehr und zugehörige Infrastruktur, Information und Kommunikation, einschließlich neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sowie öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen...

CERV: Aufruf für Projektvorschläge zum Thema Geschichtsbewusstsein

Die EU-Kommission hat am 19. Juni 2025 einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen zum Thema Geschichtsbewusstsein gestartet (CERV-2025-CITIZENS-REM). Mit diesem Aufruf sollen insbesondere Projekte gefördert werden, die sich mit prägenden Momenten der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen und zur Stärkung demokratischer Werte, zur historischen Aufarbeitung sowie zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit beitragen. Im Fokus stehen insbesondere transnationale Initiativen. Projektanträge, die von einem Konsortium von mindestens zwei Antragstellern einzureichen sind, müssen sich auf eine der vier thematischen Förderprioritäten beziehen, darunter: 1) Demokratischer Übergang, (Wieder-)Aufbau und Stärkung der Gesellschaft; 2) Stärkung des Gedenkens an den Holocaust an den jüdischen Menschen; 3) Stärkung des Gedenkens an den Holocaust, Völkermorde, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Festigung der Demokratie in der EU; sowie 4) Migration, Entkolonialisierung, Sklaverei und multikulturelle europäische Gesellschaften...

Erasmus+: Start der Bewerbungsphase für Sportauszeichnungen 2025

Die EU-Kommission ruft zur Teilnahme an den [#BeActive](#) Sportauszeichnungen auf, einer Initiative im Rahmen des Erasmus+-Programms zur Förderung von Sport und Bewegung in der EU. Ziel des Wettbewerbs ist es, herausragende Projekte und Initiativen auszuzeichnen, die sportliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Die Auszeichnungen bauen auf dem Erfolg der bisherigen [#BeActive](#) und [#BeInclusive](#) Auszeichnungen auf und wurden um weitere Kategorien erweitert: 2025 werden Preise in fünf Bereichen vergeben: körperliche Aktivität, Inklusion, Freiwilligentätigkeit, Generationenübergreifend sowie Frieden durch Sport...

In eigener Sache

Nachbericht: Veranstaltung „LIFE“ für Kommunen

Am 25. Juni 2025 fand im Rahmen der Fördermittelreihe des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen eine digitale Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen des EU-Programms „LIFE“ statt. Rund 100 Teilnehmende erhielten einen kompakten Überblick über die für Kommunen relevanten Fördermöglichkeiten und aktuelle Ausschreibungen...

Veranstaltungshinweis: Städtemission und DUT-Partnerschaft, Chancen für Kommunen

Die EU-Städtemission verfolgt das Ziel, 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030 zu unterstützen. Auch das europäische Innovationsprogramm „Driving Urban Transitions (DUT)“ bietet Kommunen vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv an der nachhaltigen Stadtentwicklung zu beteiligen...

BRÜSSEL AKTUELL

14/2025

4. bis 18. Juli 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Mehrjähriger Finanzrahmen: Kommission stellt Vorschlag für 2028 bis 2034 vor

Am 16. Juli 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Vorschlag](#) (engl.), zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Dieser soll im Zeitraum von 2028 bis 2034 einen Gesamtetat von 1,98 Billionen € umfassen. Dabei hat die Kommission, wie angekündigt, die Ausrichtung des MFR reformiert: U. a. hat sie eine grundlegende Neuausrichtung der Kohäsions- und Agrarpolitik vorgenommen und neue Eigenmittel für die EU vorgeschlagen. Der Vorschlag der Kommission stößt auf breite Kritik der Mitgliedstaaten sowie vom EU-Parlament, das mangelnde Transparenz, Mittelverschiebungen zulasten der Agrar- und Kohäsionspolitik und eine drohende Machtverlagerung hin zur Kommission beklagt. Aus kommunaler Sicht wirft der Vorschlag der Kommission erhebliche Bedenken auf, da zentrale Prinzipien wie Mehrebenen-Governance, Partnerschaft und Planungssicherheit für starke Regionen bisher nur teilweise berücksichtigt werden. Die Bürogemeinschaft wird nach Veröffentlichung der einzelnen Verordnungsvorschläge diese kommunal prüfen, aufbereiten und in Brüssel Aktuell kommunizieren...

EU-Haushalt 2026: Rat stellt Standpunkt vor

Am 9. Juli 2025 einigte sich der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) der EU-Mitgliedstaaten auf einen [Standpunkt](#) (engl.) mit angefügter zusammengefasster [Finanztabelle](#) (engl.) zum Entwurf des EU-Haushaltsplans für 2026. Der Rat sieht darin ca. 186 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen sowie 186 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen vor. Der Standpunkt des Rates beruht auf drei Leitlinien: Erstens soll der Haushalt 2026 ausreichend Mittel zur Umsetzung von Strategien und Programmen gewähren. Zweitens soll die Handlungsfähigkeit der EU angesichts internationaler Krisen, etwa in der Ukraine oder im Nahen Osten, gesichert und die Verteidigungs- sowie Krisenvorsorge Europas gestärkt werden. Auch der Migrationsdruck soll im Einklang mit den Prioritäten für die Überarbeitung des MFR angegangen werden...

Vergaberecht I: IMCO-Ausschuss nimmt Initiativbericht an

Am 7. Juli 2025 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des EU-Parlaments den Initiativbericht zur Reform des EU-Vergaberechts ([2024/2103\(INI\)](#), engl.) unter Beachtung der final vereinbarten [Kompromissanträge](#) (engl.) mit 34 Stimmen bei 13 Ablehnungen und 2 Enthaltungen angenommen. Die Mehrheit für die Annahme wurde v. a. durch Ausschussmitglieder der EVP, der rechtskonservativen EKR, der liberalen Renew, den Grünen sowie der rechtspopulistischen PöE gebildet, während die Linken sowie die Sozialdemokraten (S&D) den Bericht geschlossen ablehnten. Die abschließende Abstimmung im Plenum ist aktuell für den 8. September 2025 vorgesehen...

Vergaberecht II: Kommission veröffentlicht neue Online-Plattform

Am 20. Juni 2025 hat die EU-Kommission eine neue Online-[Plattform](#) zum öffentlichen Beschaffungswesen, „Procurement for Buyers“, freigeschaltet (bislang nur in englischer Sprache verfügbar). Ziel der Plattform ist es, Informationen über die Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen leicht verständlich darzustellen. Sie soll Auftraggebern in der EU dabei helfen, herauszufinden, welche Bieter auf der Grundlage der Bestimmungen des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen der Welthandelsorganisation (Government Procurement Agreement) und bilateralen EU-Handelsabkommen zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen in den EU-Mitgliedstaaten berechtigt sind sowie welche rechtlichen Bestimmungen in konkreten Fällen gelten...

Beihilferecht: Kommission öffnet Konsultation zur Änderung der AGVO

Die EU-Kommission hat am 14. Juli 2025 eine öffentliche Konsultation begonnen, um Beiträge von u. a. lokalen und nationalen Bewilligungsbehörden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft hinsichtlich einer Anpassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ([AGVO](#)) zu erhalten. In ihrer jetzigen Form gilt die AGVO seit 2023 (Brüssel Aktuell 5/2023) und erklärt bestimmte Kategorien staatlicher Beihilfen für mit dem Binnenmarkt vereinbar ohne Pflicht zur vorherigen Anmeldung und Genehmigung durch die Kommission. Auf diese Weise können die Mitgliedstaaten rasch Beihilfen gewähren, wenn die Bedingungen zur Begrenzung der Wettbewerbsverzerrung im Binnenmarkt erfüllt sind...

NextGenerationEU: Änderungen am deutschen Aufbau- und Resilienzplan

Am 8. Juli 2025 [billigten](#) die Mitgliedstaaten im Rat den geänderten Aufbau- und Resilienzplan (ARP) Deutschlands nach positiver Bewertung durch die EU-Kommission. Deutschland hatte zuvor darüber informiert, dass eine Reihe von Maßnahmen innerhalb des nationalen ARP aufgrund von Marktunsicherheit und mangelnder Nachfrage sowie von Unterbrechungen und Verzögerungen in der Lieferkette teilweise nicht mehr durchführbar seien...

Eurozone: Parlament und Rat stimmen Bulgariens Beitritt zum Euro zu

Am 8. Juli 2025 hat der Rat die letzten drei Rechtsakte zur [Annahme](#) des Euros durch Bulgarien verabschiedet, um dessen Einführung zum 1. Januar 2026 zu ermöglichen. Hierfür wurde u. a. der [Wechselkurs](#) des bulgarischen Lew auf 1,95583 Lew für einen Euro festgelegt. Zuvor hatte das EU-Parlament dem Beitritt Bulgariens zur Eurozone mit 531 zu 69 Stimmen bei 79 Enthaltungen [zugestimmt](#). Bulgarien wird damit das 21. Mitglied der Eurozone...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

EU-Umweltvorschriften: Vierter Bericht zur Überprüfung der Umsetzung

Am 7. Juli 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren vierten Bericht „Environmental Implementation Review“ ([EIR](#)) zur Überprüfung der Umsetzung der EU-Umweltvorschriften (zuletzt Brüssel Aktuell 16/2022). Der Bericht besteht aus einer allgemeinen [Mitteilung](#) (engl.) mit Verbesserungsmaßnahmen und 27 Länderberichten. Er behandelt insbesondere Kreislauf- und Wasserwirtschaft sowie Biodiversität, Schadstofffreiheit und Klimaschutz...

Kreislaufwirtschaft: Parlamentsausschüsse positionieren sich bei Altfahrzeugen

Am 7. Juli 2025 haben sich auf einer gemeinsamen Sitzung die Ausschüsse des EU-Parlaments für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) auf einen [Standpunkt](#) (engl.) zum [Verordnungs-Vorschlag](#) der EU-Kommission über Anforderungen an die kreislaforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen geeinigt (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2025). Die Zustimmung zum Bericht fiel mit 79 Stimmen dafür, bei 27 Stimmen dagegen und 11 Enthaltungen aus. Ziel der Verordnung soll es sein, die Zirkularität von wertvollen Ressourcen von Altfahrzeugen sicherzustellen und das unregelmäßige bzw. illegale Ausschaffen von nicht mehr betriebsbereiten Altfahrzeugen außerhalb der EU durch eine bessere Rückverfolgung zu unterbinden...

Mobilität: Kommission gibt Förderung von 94 Verkehrsprojekten bekannt

Die EU-Kommission hat am 3. Juli 2025 die Förderung von 94 [Verkehrsprojekten](#) (engl.) im Rahmen der Connecting Europe Fazilität (CEF) [bekanntgegeben](#) (engl.). Insgesamt werden fast 2,8 Mrd. € an EU-Mitteln bereitgestellt mit dem Ziel, Europas Verkehrsnetz moderner, nachhaltiger und widerstandsfähiger zu gestalten. Auch Deutschland profitiert von dieser Investitionsrunde, insbesondere im Bereich der Schienen- und Straßeninfrastruktur. Die Projekte sollen nicht nur die grenzüberschreitende Konnektivität und Effizienz fördern, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Ein Großteil der Mittel (ca. 77 %) fließt in den Ausbau der Schieneninfrastruktur. Darunter fallen Projekte wie der Bau der Rail Baltica zur Anbindung der baltischen Staaten an das europäische Schienennetz sowie Hochgeschwindigkeitsstrecken in weiteren mittelost- sowie südeuropäischen Staaten. Auch Baden-Württemberg ist unter den geförderten Regionen vertreten...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Europäische Woche der Regionen und Städte 2025: Anmeldung geöffnet

Anmeldungen für die 23. Europäische Woche der Regionen und Städte sind ab sofort möglich. Die Veranstaltungsreihe findet vom 13. bis 15. Oktober 2025 in Brüssel unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ statt. Organisiert von der EU-Kommission und dem Ausschuss der Regionen (AdR) werden während der Europäischen Woche zentrale Themen wie Kohäsion und Wachstum für die Zukunft sowie der Städtebau der Zukunft behandelt werden...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Migration: Daten über das Dublin-System für das Jahr 2024 veröffentlicht

Am 4. Juli 2025 veröffentlichte die Statistik-Behörde der EU, Eurostat, [Zahlen](#) (engl.) und Grafiken über den Zustand des Dublin-Systems für das Jahr 2024. Das Dublin-System bestimmt gemäß der Dublin-III-Verordnung (604/2013/EU), welcher EU-Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist – meist das Land, in dem ein Asylsuchende zuerst EU-Boden betreten hat. 2024 haben die Mitgliedstaaten insgesamt 151.830 ausgehende Ersuchen (-19 % im Vergleich zu 2023) um Übertragung der Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen auf andere EU-Länder gestellt, von denen 16.455 (-3 %) durchgeführt wurden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europäisches Semester: Rat nimmt länderspezifische Empfehlungen an

Am 8. Juli 2025 hat der Rat der Europäischen Union die länderspezifischen [Empfehlungen](#) für die Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik der EU-Mitgliedstaaten angenommen (für [Deutschland](#), zuletzt Brüssel Aktuell 12/2025). Diese Empfehlungen sind Teil des Verfahrens des Europäischen Semesters, das die Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU fördern soll. Zudem hat der Rat [Schlussfolgerungen](#) zur Erkennung und Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der EU gebilligt. Der Schwerpunkt der länderspezifischen Empfehlungen liegt in diesem Jahr auf Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 6. März 2025 ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen sowie die Verteidigungsbereitschaft insgesamt zu stärken (Brüssel Aktuell 5/2025). Für Deutschland empfiehlt der Rat u. a. eine Beschränkung des Nettoausgabenwachstums für 2025 und 2026 und ein mittelfristiges Absenken des Schuldenstands...

Krisenvorsorge: Strategien zu Bevorratung und zu medizinischen Gegenmaßnahmen

Am 9. Juli 2025 stellte die EU-Kommission im Rahmen ihrer Agenda für eine krisenfeste Union (Brüssel Aktuell 6/2025) die EU-[Bevorratungsstrategie](#) (engl.) und eine [Strategie](#) (engl.) für medizinische Gegenmaßnahmen vor. Beide Strategien sollen die EU auf Krisen, wie bspw. Naturkatastrophen, vom Menschen verursachte Krisen,

gesundheitliche Notfälle wie Pandemien und Antibiotikaresistenzen, hybride Bedrohungen oder geopolitische Krisen, vorbereiten...

EU-Justizbarometer: Kommission veröffentlicht Bericht für 2025

Am 1. Juli 2025 veröffentlichte die EU-Kommission die dreizehnte Ausgabe des jährlichen [EU-Justizbarometers](#) (engl.) mit anhängendem [Factsheet](#) (engl.). Der Bericht stellt vergleichende Daten zur Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den EU-Mitgliedstaaten dar. Die diesjährige Ausgabe enthält erstmals auch Daten zur Effizienz im Bereich Binnenmarkt und unterstreicht, dass effiziente und unabhängige Justizsysteme ein faires und wettbewerbsorientiertes Marktumfeld fördern. Inzwischen ermöglichen neun Mitgliedstaaten (im Vorjahr waren es sechs), die digitale Übermittlung von Beweismitteln in Zivil-, Handels-, Verwaltungs- und Strafsachen, darunter auch Deutschland. In 26 Mitgliedstaaten können Klagen online eingereicht werden. In Bezug auf Effizienz verzeichnen acht Mitgliedstaaten verkürzte Verfahrensdauern für alle Kategorien...

Rechtsstaatlichkeit: Sechster Bericht mit länderspezifischen Empfehlungen

Am 8. Juli 2025 veröffentlichte die EU-Kommission den sechsten [Bericht](#) (engl.) über die Rechtsstaatlichkeit (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2024). Er umfasst eine Mitteilung zur Lage in der EU insgesamt und 27 [Länderkapitel](#) (engl.) zu den Entwicklungen in den Mitgliedstaaten sowie den vier Erweiterungsländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. In den Länderberichten wird bewertet, inwieweit Empfehlungen des Vorjahres umgesetzt wurden, außerdem werden an den jeweiligen Mitgliedstaat spezifische Empfehlungen gerichtet. Im Bericht werden vier Hauptthemen analysiert: Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit und -pluralismus, weitere institutionelle Fragen im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung. Zusätzlich kommt in diesem Jahr Themen, die in direktem Zusammenhang mit dem ordnungsgemäßen Funktionieren des Binnenmarktes, wie z. B. Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, ein besonderes Interesse zu...

Misstrauensvotum: Abgeordnete lehnten Antrag gegen Kommission klar ab

Am 10. Juli 2025 scheiterte der [Misstrauensantrag](#) gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2025). Mit insgesamt 175 Ja-Stimmen, 360 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen hat die Mehrheit der Abgeordneten des EU-Parlaments bei der namentlichen Abstimmung einen Misstrauensantrag gegen die Kommission abgelehnt...

Politische Werbung: Kommission startet Konsultation

Die EU-Kommission hat eine öffentliche [Konsultation](#) (engl.) zu den Leitlinien für die Umsetzung der [Verordnung](#) ((EU) 2024/900) über die Transparenz und Ausrichtung politischer Werbung gestartet. Ziel ist es, Akteure wie Sponsoren, Anbieter politischer Werbedienste, Verlage sowie die zuständigen Behörden bei der praktischen Anwendung der neuen Vorschriften zu unterstützen, die am 10. Oktober 2025 vollständig in Kraft treten. Die Verordnung reagiert auf die zunehmende Komplexität und dem grenzüberschreitenden Charakter politischer Werbung sowie auf die wachsende Bedeutung digitaler Formate, personalisierter Targeting-Technologien und die Gefahr von Informationsmanipulation...

In eigener Sache

Datenschutz: Aktualisierung unserer Hinweise zur DSGVO

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell,

wir möchten Sie turnusmäßig gerne auf ein paar Regelungen zum Datenschutz nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hinweisen: Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Versands des Newsletters Brüssel Aktuell ist eine Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. a DSGVO, die Sie uns konkludent oder ausdrücklich gegeben haben, als Sie uns baten, Sie auf den Verteiler aufzunehmen. Sie haben jederzeit das Recht der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen

und Ihre Einwilligung zu widerrufen, z. B. durch E-Mail an das jeweils einschlägige Europabüro der bayerischen (info@ebbk.de) oder baden-württembergischen (sekretariat@europabuero-bw.de) Kommunen. Wir werden Ihre personenbezogenen Daten dann unverzüglich löschen. Bei weiteren Fragen zum Thema Datenschutz können Sie sich gerne an uns wenden.

Ihr Brüssel Aktuell-Team

Veranstaltungshinweis: Städtemission und DUT-Partnerschaft, Chancen für Kommunen

Die EU-Städtemission verfolgt das Ziel, 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030 zu unterstützen. Auch das europäische Innovationsprogramm „Driving Urban Transitions (DUT)“ bietet Kommunen vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv an der nachhaltigen Stadtentwicklung zu beteiligen...

Sommerpause: Ein kommunaler Rückblick auf das erste Halbjahr 2025

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe verabschiedet sich Brüssel Aktuell in die Sommerpause. Die nächste Ausgabe (Brüssel Aktuell 15/2025) erscheint am 12. September 2025.

Das erste Halbjahr 2025 stand unter dem Vorsitz Polens im Rat der EU. Die neue EU-Kommission nahm ihre Arbeit auf – mit einem klaren Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Entbürokratisierung, Sicherheit und Migration (u. a. 1/2025, 6/2025). Die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Kommission (3/2025) begann rasch und schlug sich bereits in einer Vielzahl von Gesetzesvorschlägen und Konsultationen nieder.

Ein zentrales Thema war die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Hierzu berichteten wir etwa über die Omnibus-Gesetzespakete zur Vereinfachung im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten (4/2025), sowie für Unternehmen und KMU (11/2025). Weiter wurde der Deal für eine saubere Industrie (4/2025), ein neuer Aktionsplan für den Automobilsektor (5/2025) sowie eine neue Strategie zur Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt (11/2025) veröffentlicht. Auch das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters (12/2025) unterstrich die wirtschaftspolitischen Prioritäten. Besonders relevant aus kommunaler Sicht waren die Diskussionen im EU-Parlament zur Vergaberechtsreform (z. B. 11/2025, diese Ausgabe), die für nächstes Jahr erwartet wird.

Kommunalrelevant waren auch die Entwicklungen im Umwelt- und Klimabereich: So wurde ein Zwischenziel zur Klimaneutralität bis 2040 vorgeschlagen (13/2025), der EU-Klimabericht 2024 veröffentlicht (8/2025) und eine neue Durchführungsverordnung zum Naturwiederherstellungsgesetz vorgelegt (13/2025). Im Bereich Wasser legte die Kommission eine neue Strategie zur Wasserresilienz vor (11/2025), und die Pharmaindustrie reichte eine Klage gegen die Erweiterte Herstellerverantwortung in der Kommunalabwasser-Richtlinie ein (6/2025).

Im Digitalbereich standen u. a. Cybersicherheit, digitale Souveränität (12/2025) und der Aktionsplan für Künstliche Intelligenz (8/2025) im Mittelpunkt. Das Thema Datenpolitik wurde mit einer Konsultation zur Datenunion weiterentwickelt (11/2025). Der Gesundheitsbereich war ebenfalls Teil unserer Berichterstattung, u. a. mit einem Fokus auf Cybersicherheit im Gesundheitswesen (7/2025) und neuen Gesundheitsdatenverordnungen (3/2025).

Auch migrations- und asylpolitische Themen prägten die Berichterstattung: Die Kommission veröffentlichte u. a. einen Halbzeitbericht zur Umsetzung der GEAS-Reform (12/2025) und schlug konkrete Umsetzungsmaßnahmen vor (10/2025). Zudem wurde der temporäre Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine bis 2027 verlängert (12/2025).

Die Kohäsionspolitik blieb für die kommunale Ebene von hoher Relevanz – u. a. durch die Halbzeitbewertung der Programme (7/2025), und durch das Vorstellen des ersten Aufschlags eines neuen Mehrjährigen Finanzrahmens der EU (MFR) durch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (diese Ausgabe), der eine neue Struktur vorsieht. In eigener Sache blickten wir auf eine Vielzahl von Veranstaltungen und Positionspapieren, darunter zur Zukunft der ländlichen Räume (4/2025), zum Wasser als Säule der kommunalen Daseinsvorsorge (5/2025) oder zur digitalen Souveränität der Kommunen (12/2025). Der neue Podcast EU-Phorie – Der kommunale Trilog (7/2025) des baden-württembergischen Europabüros fand ebenso großen Zuspruch wie die zahlreichen Informationsveranstaltungen zu EU-Förderprogrammen. (LM)

Wir danken unseren Leserinnen und Lesern herzlich für ihr Interesse und freuen uns darauf, Sie nach der Sommerpause wieder mit aktuellen Entwicklungen aus Brüssel zu versorgen.

Wir wünschen Ihnen eine erholsame Sommerzeit!

*Ihr Team der Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen kommunalen Europabüros
Marilena Leupold (LM), Marleen Lorenz (MZ), Nicolas Lux (NL), Jan Molzberger (JM), Nancy Petignot, Christine Ressler
(CR), Patrick Wegener (PW)*

BRÜSSEL AKTUELL

15/2025

18. Juli bis 12. September 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergaberecht: Parlament beschließt Positionierung für eine Reform

Am 9. September 2025 hat das EU-Parlament den Initiativbericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) zur Reform des EU-Vergaberechts ([2024/2103\(INI\)](#)) mit 432 Stimmen bei 95 Ablehnungen und 124 Enthaltungen angenommen. Damit fällt das Ergebnis deutlicher zugunsten des Berichts aus als in der Abstimmung des IMCO-Ausschusses am 7. Juli 2025 (Brüssel Aktuell 14/2025). Nach der erfolgten Positionierung des Parlaments wird mit einem Gesetzesvorschlag seitens der EU-Kommission im kommenden Jahr gerechnet...

Mehrjähriger Finanzrahmen I: Kommission legt zweites Paket vor

Die EU-Kommission stellte am 3. September 2025 ein zweites Paket der Vorschläge zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vor. Das Paket umfasst insgesamt sieben Programme (bislang nur in englischsprachiger Fassung verfügbar), die den ursprünglichen Vorschlag der Kommission vom 16. Juli 2025 (Brüssel Aktuell 14/2025) vervollständigen. Vorgesehen sind u. a. 6,2 Mrd. € für das Binnenmarkt- und [Zollprogramm](#), 798 Mio. € für das [Justizprogramm](#), 6,7 Mrd. € für Forschung und Ausbildung im Bereich Kernenergie im Rahmen von [Euratom](#), 966 Mio. € für die internationale Zusammenarbeit zur nuklearen [Sicherheit](#) sowie ein eigenes [Hilfsprogramm](#) i. H. v. 678 Mio. € für die Stilllegung des litauischen Kernkraftwerks Ignalina...

Mehrjähriger Finanzrahmen II: Sonderbericht des Rechnungshofs zum MFR 2021-2027

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat in seinem Sonderbericht ([18/2025](#)) die Flexibilität des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 (MFR) der EU untersucht. Demnach haben sich die Instrumente des MFR grundlegend bewährt, zeigen aber deutliche Schwächen. Positiv hebt der Bericht hervor, dass die Flexibilitätsregeln es ermöglichten, trotz intensiver Nutzung auch außerhalb von Krisenfällen ein breites Spektrum an Bedürfnissen abzudecken. Kritisch merkt der Rechnungshof an, dass die EU-Kommission beim Aufsetzen des aktuellen MFR keine gründliche Bedarfs- und Risikoanalyse vorlegte. Wichtige vorausschauende Analysen, etwa zu Naturkatastrophen, fehlten. Zudem wurden Erfahrungen mit früheren Haushaltsinstrumenten nicht systematisch ausgewertet. Ein weiterer Schwachpunkt ist dem Bericht zufolge die Komplexität des MFR. Viele der Finanzinstrumente, die den Haushalt flexibilisieren, überschneiden sich gelegentlich, während es gleichzeitig keine klare Rangfolge für ihren Einsatz gebe...

Horizont Europa: Südkorea unterzeichnet Assoziierungsabkommen

Am 17. Juli 2025 ist die Republik Korea (Südkorea) als erstes asiatisches Land dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont Europa [beigetreten](#). Forschende und Organisationen aus Südkorea können damit

in mehreren Bereichen des Programms zu denselben Bedingungen wie Teilnehmende aus den EU-Mitgliedstaaten mitwirken, Konsortien beitreten und leiten sowie Zugang zu Finanzmitteln erhalten...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Energieeffizienz: Konsultationen zu Elektrifizierung und zu Wärme-/Kälteversorgung

Am 28. August 2025 hat die EU-Kommission öffentliche Konsultationen zu zwei energiepolitischen Initiativen eröffnet: zum [EU-Elektrifizierungsaktionsplan](#) sowie zur [EU-Strategie](#) für die Wärme- und Kälteerzeugung. Beide Vorhaben sollen zentrale Beiträge zur Dekarbonisierung des europäischen Energiesystems leisten. Ziel des Elektrifizierungsaktionsplans soll es sein, Maßnahmen zu entwickeln, die den Einsatz von Strom in verschiedenen Sektoren – insbesondere Verkehr, Gebäude und Industrie – stärken. Die Strategie für Heizen und Kühlen soll sich auf die Verbesserung der Energieeffizienz sowie den Ausbau erneuerbarer Wärmequellen, einschließlich der Integration in bestehende Wärmenetze, konzentrieren...

Kreislaufwirtschaft I: Parlament stimmt Abfallrahmenrichtlinie final zu

Am 9. September 2025 [stimmte](#) das EU-Parlament in der zweiten Lesung final der Abfallrahmenrichtlinie zu. Ziel ist es, Lebensmittel- und Textilabfälle in der gesamten EU deutlich zu verringern. Bis zum Jahr 2030 gelten verbindliche Ziele: Lebensmittelabfälle aus Verarbeitung und Herstellung sollen um 10 % reduziert werden, während Einzelhandel, Gastronomie und Haushalte ihre Abfälle pro Kopf um 30 % verringern müssen – jeweils im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2023. Mitgliedstaaten werden zudem verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung der Spende unverkaufter, aber noch genießbarer Lebensmittel einzuführen. Auch für die Textilindustrie bringt die Richtlinie neue Pflichten: Hersteller müssen künftig die Kosten für Sammlung, Sortierung und Recycling ihrer Produkte tragen. Diese sogenannte erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) gilt für Bekleidung, Schuhe, Accessoires, Heim- und Haushaltswäsche sowie Vorhänge...

Kreislaufwirtschaft II: Parlament positioniert sich bei Altfahrzeugen

Am 9. September 2025 hat das EU-Parlament seine [Verhandlungsposition](#) zum [Verordnungsvorschlag](#) der EU-Kommission über Anforderungen an die kreislaforientierte Gestaltung von Fahrzeugen und die Entsorgung von Altfahrzeugen mit 431 Ja-Stimmen bei 145 Nein-Stimmen und 76 Enthaltungen beschlossen (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2025). Die Mitgliedstaaten im Rat hatten sich bereits am 17. Juni 2025 auf ein [Verhandlungsmandat](#) geeinigt. Ziel der Richtlinie soll es sein, den Übergang der Automobilindustrie zu einer Kreislaufwirtschaft zu fördern und dabei das illegale Ausschaffen von nicht mehr betriebsbereiten Fahrzeugen außerhalb der EU zu unterbinden...

Kreislaufwirtschaft III: EU-Kommission öffnet Konsultation

Bis zum **6. November 2025** ist eine Beteiligung an der öffentlichen [Konsultation](#) der EU-Kommission zum geplanten Rechtsakt zur Kreislaufwirtschaft möglich (EU-Login erforderlich). Die EU-Kommission beabsichtigt, den Rechtsakt als Verordnung im vierten Quartal 2026 vorzuschlagen, um das Gesetzgebungsverfahren zu beginnen. Ziel der Verordnung soll es sein, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft in der EU zu beschleunigen, Hemmnisse im Binnenmarkt abzubauen und eine stärkere Nachfrage sowie ein besseres Angebot an Sekundärrohstoffen (einschließlich kritischer Rohstoffe) zu schaffen. Der Fragebogen richtet sich an Bürger:innen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Behörden und Forschungseinrichtungen und umfasst sieben Teile...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Innovation: Deutschland bleibt starker Innovator

Am 15. Juli 2025 hat die EU-Kommission den Europäischen [Innovationsanzeiger](#) 2025 (engl.) veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2024). Der Bericht bewertet die Forschungs- und Innovationsleistung der EU-Mitgliedstaaten. Seit 2018 ist die Innovationsleistung der EU insgesamt um 12,6 % gestiegen, wobei alle Mitgliedstaaten Fortschritte

erzielen konnten. Erstmals zeigt sich jedoch zwischen 2024 und 2025 ein leichter Rückgang um 0,4 %. Die Mitgliedstaaten werden in vier Innovationsgruppen eingeteilt. In der Reihenfolge ihrer Leistung zählen Schweden, Dänemark, die Niederlande und Finnland mit Werten über 125 % des EU-Durchschnitts zu den „Innovationsführern“. Irland, Belgien, Luxemburg, Österreich, Deutschland, Frankreich und Estland gelten mit einer Leistung von über 100 % des EU-Durchschnitts als „starke Innovatoren“...

Agrarpolitik: Erleichterter Zugang zu höheren GAP-Vorauszahlungen

Am 8. September 2025 hat die EU-Kommission [beschlossen](#), die seit 2024 geltenden Höchstgrenzen für Vorauszahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) um ein Jahr zu verlängern, um die Liquiditätslage in der europäischen Landwirtschaft zu verbessern. So dürfen die Mitgliedstaaten für das Jahr 2025 Direktzahlungen in Höhe von bis zu 70 % (statt 50 %) und flächen- sowie tierbezogene Maßnahmen der ländlichen Entwicklung in Höhe von bis zu 85 % (statt 75 %) vorzeitig auszahlen. Die Entscheidung erfolgte vor dem Hintergrund anhaltender wirtschaftlicher Belastungen in der Landwirtschaft und aufgrund entsprechender Bitten mehrerer Mitgliedstaaten...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Migration: EuGH urteilt zu Anforderungen über sichere Herkunftsländer

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 1. August 2025 ein [Urteil](#) in den verbundenen Rechtssachen [C-758/24](#) und [C-759/24](#) („Alace und Canpelli“) zu Anforderungen an die Einstufung sog. sicherer Herkunftstaaten gefällt. Zwei Staatsangehörige aus Bangladesch stellten einen Antrag auf internationalen Schutz gegenüber Italien, nachdem sie von der italienischen Küstenwache auf See gerettet und nach Albanien im Zuge einer italienisch-albanischen Vereinbarung (sog. „Albanien-Modell“) gebracht wurden. Ihr Antrag wurde dort von den italienischen Behörden im beschleunigten Verfahren geprüft und als unbegründet abgelehnt, weil ihr Herkunftsland als „sicher“ gelte. Beide Antragsteller fochten die Entscheidung vor dem Gericht Rom an, das wiederum den EuGH angerufen hat, um die Anwendung des Konzepts des sicheren Herkunftsstaats und die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf eine wirksame gerichtliche Überprüfung zu klären...

Asyl: Deutschland nicht mehr Hauptaufnahmeland der EU im ersten Halbjahr 2025

Am 8. September 2025 hat die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) den [Halbjahresbericht](#) 2025 (engl.) zu den neuesten Asylentwicklungen in der „EU+“ (d. h. Europäische Union, Norwegen und die Schweiz) veröffentlicht (Brüssel Aktuell 13/2025). Bis Ende Juni wurden in den EU-Mitgliedstaaten 399.000 Asylanträge registriert, was einem Rückgang von 23 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Hauptgrund war ein starker Rückgang syrischer Anträge um zwei Drittel auf 25.000. In den letzten zehn Jahren waren Syrer die größte Gruppe unter den Asylbewerbern in der EU. Nun fielen sie auf den dritten Platz zurück. Hintergrund für den Rückgang war der Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024. Die meisten Anträge stellten nun Personen aus Venezuela mit 49.000, fast alle davon in Spanien (93 %)...

Gesundheit: Arbeitsprogramm 2025 und Konsultation zu EU4Health veröffentlicht

Die EU-Kommission veröffentlichte am 23. Juli 2025 das [Arbeitsprogramm](#) 2025 (engl.) für das EU-Förderprogramm EU4Health (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2022). Für 2025 ist ein Gesamtbudget von 571,3 Mio. € vorgesehen. Das Arbeitsprogramm konzentriert sich auf folgende Bereiche: Krisenvorsorge; Krebsprävention und -bekämpfung; Digitalisierung; Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention sowie Gesundheitssystem und Gesundheitspersonal/Versorgungszugang...

Soziales: Konsultation zum Recht auf Nichterreichbarkeit und faire Telearbeit

Am 25. Juli 2025 gab die EU-Kommission die zweite Phase der Konsultation zum Recht auf Nichterreichbarkeit und faire Telearbeit bekannt, um den Dialog mit Sozialpartnern in der EU zu verstärken und deren Meinung zu einer möglichen EU-Initiative einzuholen. Ziel der Konsultation ist es, die Risiken der „Always-on“-Arbeitskultur zu senken

sowie faire und hochwertige Telearbeit für Arbeitnehmer zu gewährleisten. In der [ersten](#) Phase der Konsultation, die im Frühjahr 2024 durchgeführt wurde, wurden vorerst Standpunkte zur möglichen Ausrichtung von EU-Maßnahmen zur Gewährleistung fairer Telearbeit und des Rechts auf Nichterreichbarkeit eingeholt...

Wohnraum: Kommission startet Konsultation für europäischen Plan

Die EU-Kommission startete am 11. Juli 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) zum geplanten „Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“. Der Plan ist Teil der im Juli 2024 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten Initiative zur Bekämpfung der Wohnungskrise in Europa. Die Strategie soll strukturelle Ursachen wie Wohnraummangel oder fehlende Investitionsanreize adressieren und gleichzeitig Investitionen in den Wohnungsbau mobilisieren – sowohl auf nationaler, regionaler als auch lokaler Ebene...

Armutsbekämpfung: Konsultation für künftige EU-Strategie

Bis zum **24. Oktober 2025** können sich u. a. die breite Öffentlichkeit, Behörden, Sozialpartner, Organisationen der Zivilgesellschaft an einer öffentlichen [Konsultation](#) für eine erste EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2022) beteiligen. Beiträgen von Menschen, die Armut erlebt haben und von Organisationen, die sich für die Armutsbekämpfung einsetzen, kommt ein besonderes Interesse zu...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Rede zur Lage der Union 2025: Plädoyer für ein unabhängiges Europa

Am 10. September 2025 hielt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre jährliche [Rede](#) zur Lage der Union vor dem EU-Parlament in Straßburg. Inmitten geopolitischer Spannungen und wirtschaftlicher Herausforderungen betonte sie die Notwendigkeit, Europas Einheit und strategische Handlungsfähigkeit zu stärken, damit Europa weiterhin die „Freiheit und Macht [hat], [das] eigene Schicksal zu bestimmen“. Schwerpunkte für 2026 liegen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Unterstützung der Ukraine, Stärkung des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit, Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie Schutz der Demokratie...

Vertragsverletzungsverfahren: EU fordert Maßnahmen von Deutschland in fünf Fällen

Die EU-Kommission forderte am 17. Juli und 24. Juli 2025 Deutschland in mehreren [Vertragsverletzungsverfahren](#) zur vollständigen Umsetzung verschiedener EU-Richtlinien auf ([Pressemitteilung 1](#), [Pressemitteilung 2](#)). Diese sind nach verschiedenen Politikfeldern unterteilt und haben zum Ziel, eine korrekte und vollständige Anwendung des EU-Rechts zu gewährleisten. Sie betreffen die Richtlinie über Einwegkunststoffe, die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen, die Richtlinie über die Abwicklung von Banken, die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien und die Richtlinie zur Ahndung von Verstößen gegen restriktive Maßnahmen...

EU-Botschafter: Thomas Ossowski neuer Ständiger Vertreter Deutschlands

Seit August 2025 vertritt Botschafter Thomas Ossowski als neuer Ständiger [Vertreter](#) die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union. Zuvor war Ossowski Leiter der EU-Delegation in der Türkei in Ankara. In früheren Positionen war er bereits der deutsche Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) in Brüssel, nachdem er verschiedene Stationen als Botschafter sowie im Auswärtigen Amt in Berlin absolvierte...

Digitales Grenzmanagementsystem: Inbetriebnahme des Einreise-/Ausreisystems

Am 30. Juli 2025 hat die EU-Kommission per Durchführungsbeschluss ([2025/1544/EU](#)) den 12. Oktober 2025 als Starttermin für die schrittweise Einführung des Einreise-/Ausreisystems der EU ([EES](#), engl.) festgelegt. Das EES ist ein System, das den Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise der für einen Kurzaufenthalt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zugelassenen Drittstaatsangehörigen elektronisch erfasst und die Dauer des zulässigen Aufenthalts berechnet...

Compact Cities: Bewerbungsaufwurf für thematische Partnerschaft

Bis zum **1. Oktober 2025** können sich interessierte Akteure aus dem öffentlichen und privaten Sektor für eine Teilnahme an der neuen thematischen Partnerschaft „Compact Cities“ der Urbanen Agenda für die EU (UAEU) [bewerben](#) (engl.). Die UAEU basiert auf einem Mehrebenen-Ansatz für die Stadtpolitik und -planungspraxis, dessen Bestreben es ist, die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, Städten, der EU-Kommission und anderen Interessengruppen zu fördern. Ziel des Partnerschaftsprogramms ist es, die nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern, die Lebensqualität in dichter besiedelten Städten zu erhöhen und die Zersiedlung einzudämmen...

CERV: Förderaufruf zur Bekämpfung von Diskriminierung und Frauenfeindlichkeit

Am 15. Juli 2025 hat die EU-Kommission einen Aufruf zur Förderung der Gleichstellung und der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gestartet. Ziel ist es, Projekte zu unterstützen, die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung bekämpfen. Besonders gefördert werden transnationale Initiativen. Der Aufruf richtet sich an staatliche Stellen, Gleichbehandlungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen...

In eigener Sache

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen: Neue Kollegin an Bord

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell,

seit dem 1. September 2025 unterstützt Nadine Merz das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen als Office-Managerin. Frau Merz hat nach ihrem Bachelorstudium des Public Managements an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl den M. A. Europäisches Verwaltungsmanagement an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl studiert und dabei im Herbst 2024 ein Praktikum im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen absolviert. Die von Frau Merz verfassten Artikel in Brüssel Aktuell werden mit (NM) gekennzeichnet sein...

Positionspapier I: Die Wohnraumkrise in Europa wird vor Ort gelöst

Erschwinglicher und bedarfsgerechter Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen unserer Zeit – in den urbanen Gebieten ebenso wie in den ländlichen Räumen Europas. Nun hat auch die Europäische Union diese Problematik erkannt und arbeitet derzeit an einem „Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“. Dabei ist für die kommunalen Spitzen- und Landesverbände Bayerns und Baden-Württembergs klar: Wohnungspolitik wird in den Mitgliedstaaten gemacht. Die EU muss die Prinzipien der Subsidiarität achten. Vor diesem Hintergrund haben sich die kommunalen Spitzen- und Landesverbände Bayerns und Baden-Württembergs gemeinsam [positioniert](#)...

Positionspapier II: Kreislaufwirtschaft als kommunale Zukunftsaufgabe

Die kommunale Ebene und insbesondere die Landkreise und (kreisfreien) Städte und ihre öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sichern seit Jahrzehnten eine verlässliche, nachhaltige und sozialverträgliche Abfallverwertung und -beseitigung. Das bewährte System der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland muss auch in einem fortentwickelten europäischen Binnenmarkt eine tragende Rolle spielen. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen: Privatwirtschaftliche oder geteilte Zuständigkeiten führen zu höheren Kosten, Intransparenz und mehr Bürokratie. Das „Geschäft mit Abfall“ lässt die zugrundeliegenden ökologischen Ziele häufig in den Hintergrund treten. Kreislaufwirtschaft ist zugleich ein zentrales europäisches Zukunftsthema. Der Deal für eine saubere Industrie und die Binnenmarktstrategie nehmen Bezug auf weitere Legislativverfahren, u. a. zur Änderung der Abfallrahmenrichtlinie, zur Harmonisierung der erweiterten Herstellerverantwortung sowie zu Produktpässen und harmonisierten Kennzeichnungspflichten. Die kommunale Ebene ist bereit, diese Bestrebungen aktiv zu unterstützen. Hierzu ist es erforderlich, dass die europäischen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass es in

Anerkennung des Subsidiaritätsgrundsatzes Sache der Mitgliedstaaten bleibt, wie die Sammelzuständigkeit innerstaatlich organisiert wird. Ressourcenschonung, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und eine kommunale Recyclingwirtschaft können so effektiv und wirtschaftlich fortentwickelt werden...

Veranstaltungshinweis I: Städtemission und DUT-Partnerschaft, Chancen für Kommunen

*Die EU-Städtemission verfolgt das Ziel, 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030 zu unterstützen. Auch das europäische Innovationsprogramm „Driving Urban Transitions (DUT)“ bietet Kommunen vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv an der nachhaltigen Stadtentwicklung zu beteiligen. In einer Online-Informationsveranstaltung am **24. September 2025 von 10:00 bis 11:00 Uhr**, informieren Expert:innen der Nationalen Kontaktstellen über aktuelle Förderaufrufe, Beteiligungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote...*

Veranstaltungshinweis II: „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen

*In der digitalen Informationsveranstaltung „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen am **14. Oktober 2025 von 10:00 bis 11:00 Uhr** informiert der Creative Europe Desk KULTUR, die offizielle nationale Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU, über das Programm Kreatives Europa KULTUR und seine Förderbereiche, mit Schwerpunkt auf Europäische Kooperationsprojekte. Kreatives Europa ist das Kulturförderprogramm der EU, das den europäischen Kultur- und Kreativsektor sowie die audiovisuellen Branchen unterstützt. Das Teilprogramm KULTUR fördert europäische Kooperationen in allen Kultur- und Kreativsektoren...*

BRÜSSEL AKTUELL

16/2025

12. bis 26. September 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergaberecht: Ausschuss der Regionen veröffentlicht Bericht

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 17. Juni 2025 einen [Bericht](#) (engl.) zur Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien durch die EU-Kommission (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2025) veröffentlicht. Darin werden die bestehenden Vergaberegeln der europäischen Ebene auf ihre gegenwertigen und zukünftigen Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene untersucht. Der AdR kommt zu dem Ergebnis, dass eine grundlegende Reform des Rahmenwerks allein nicht für eine Verbesserung für Kommunen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens ausreiche. Vielmehr sollte ein weiterer Schwerpunkt auf einer gezielten Verfeinerung spezieller vergaberechtlicher als auch anderweitiger sektorspezifischer Vorschriften liegen, um die Umsetzung des Regelwerks in den Behörden zu verbessern...

Beihilfe: Kommission genehmigt deutsche Beihilfen für erneuerbare Energien

Die EU-Kommission hat am 18. September 2025 eine [Änderung](#) (Pressemitteilung) der deutschen Förderung für erneuerbare Energien offiziell genehmigt (Vorgangsnummer SA.118542). Damit darf Deutschland die Fördermittel für Biomasse und Biogas um 7,9 Mrd. € aufstocken. Konkret sollen nun das Ausschreibungsvolumen steigen, eine neue Quote für Biomasseanlagen mit bestehender Anbindung an Fernwärmenetze eingeführt und die förderfähigen Stunden der Stromproduktion aus Biogas begrenzt werden. Außerdem verkürzt Deutschland die Frist, in der ältere Anlagen auf die neue Förderung für Biomasse umgestellt werden müssen, und erhöht die Zahlungen für flexible Stromerzeugung...

Binnenmarkt: Bericht des Parlaments zur Stärkung des Binnenmarkts

Das EU-Parlament hat am 11. Juli 2025 einen [Initiativ-Bericht](#) über die Umsetzung und Straffung der EU-Binnenmarktvorschriften zur Stärkung des Binnenmarkts verabschiedet. Kernforderungen sind die Vereinfachung bestehender Vorschriften, eine bessere Umsetzung und Durchsetzung auf nationaler Ebene sowie der Ausbau digitaler Verfahren. Meldepflichten sollen harmonisiert, Verwaltungsaufwand reduziert und digitale Plattformen wie zentrale Anlaufstellen für Unternehmen geschaffen werden. Zudem verlangt das Parlament, dass neue EU-Gesetze frühzeitig auf ihre Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft geprüft werden...

Wirtschaft: Kommission veröffentlicht Agenda zur Zusammenarbeit mit Indien

Am 17. September 2025 hat die EU-Kommission eine strategische [Agenda](#) (engl.) zur Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Indien angenommen. Die gemeinsame Mitteilung mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sieht fünf Schwerpunkte vor: stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Fokus auf nachhaltigem Wachstum und resilienten Lieferketten, intensivere Kooperation bei Technologie, Forschung und Digitalisierung, vertiefte Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen, Ausbau von

Infrastruktur, Energie- und Klimaprojekten sowie unterstützende Maßnahmen wie Mobilität von Fachkräften, Bildungs- und Forschungsaustausch...

Wettbewerbsfähigkeit: Zwischenbilanz nach einem Jahr Draghi-Bericht

Ein Jahr nach Veröffentlichung des Draghi-Berichts am 9. September 2024 (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2024) kamen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Mario Draghi, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank, im Rahmen einer Konferenz zusammen, um eine [Zwischenbilanz](#) (engl.) zum Umsetzungsstand der in dem Bericht angeführten Empfehlungen zu ziehen. Ausgehend vom [Kompass](#) für Wettbewerbsfähigkeit der EU-Kommission, wurden bislang 33 Leitinitiativen und 14 Gesetzesinitiativen verabschiedet, um den Forderungen des Draghi-Berichts nachzukommen. In seiner [Rede](#) (engl.) hob Draghi die strukturellen Herausforderungen für Europas Wirtschaft hervor, insbesondere den Rückstand bei Schlüsseltechnologien, die anhaltend hohen Energiepreise und die unzureichende Umsetzung notwendiger Reformen...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Infrastrukturschutz: Kommission veröffentlicht neue Leitlinien

Die EU-Kommission hat am 11. September 2025 eine [Leitlinien](#) (engl.) zum Schutz kritischer Infrastrukturen veröffentlicht. Damit setzte sie die Vorgaben der Richtlinie ([2022/2557/EU](#)) über die Resilienz kritischer Einrichtungen um. Ziel ist es, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung nationaler Strategien zur Identifizierung und Stärkung besonders kritischer Versorgungsinfrastrukturen wie Energie, Trinkwasser- und Abwasserentsorgung, Transport, Gesundheit, Lebensmittel oder im digitalen Sektor besser zu unterstützen. Konkret stellt die Kommission eine freiwillige Vorlage für die Berichterstattung sowie nicht bindende Empfehlungen bereit...

Digitales: EU-Kommission öffnet Sondierung zum Digitalomnibus

Bis zum **14. Oktober 2025** können sich Interessierte an der öffentlichen [Sondierung](#) der EU-Kommission zum geplanten Digitalomnibus beteiligen – dem Vereinfachungspaket für den Digitalbereich (EU-Login erforderlich). Die Kommission plant, im vierten Quartal 2025 einen Vorschlag für eine Richtlinie und eine Verordnung vorzulegen. Ziel der Initiative ist es, bestehende Regelwerke auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen, die Rechtsklarheit zu erhöhen und gleichzeitig neue technologische Entwicklungen angemessen zu regulieren. Auf Grundlage von drei vorangegangenen Konsultationen werden insbesondere Sofortmaßnahmen in den Bereichen Datennutzung, Cookies und Tracking-Technologien, Cybersicherheits-Meldepflichten sowie gezielte Anpassungen der KI-Verordnung erwogen, um deren Anwendung zu verbessern...

Wald: Erneute Verschiebung der Anti-Entwaldungsverordnung geplant

Am 23. September 2025 kündigte EU-Umweltkommissarin Jessika Roswall in einem [Brief](#) (engl.) an den Vorsitzenden des Umweltausschusses im EU-Parlament, Antonio Decaro, und den dänischen Umweltminister und Vorsitzenden des EU-Umweltrats, Magnus Heunicke, an, dass die EU-Kommission die Umsetzung der neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#)) (zuletzt Brüssel Aktuell 22/2024) erneut um ein weiteres Jahr verschieben wolle. Als Grund hierfür nannte sie Kapazitätsprobleme beim IT-System...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik: Rat und Parlament verabschieden Änderungen zur Halbzeit

Am 19. September 2025 wurden Änderungen zur Halbzeit der aktuellen Kohäsionspolitik (2021 bis 2027) im EU-Amtsblatt veröffentlicht ([2025/1914/EU](#)), nachdem sich die Mitgliedstaaten im Rat und das EU-Parlament im Eilverfahren auf Änderungen des Kommissionsvorschlags einigen konnten (Brüssel Aktuell 7/2025). Der Rechtsakt trat am Folgetag in Kraft. Ziel der Änderungen zur Halbzeit ist es, die Mittel im Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gezielter auf Wettbewerbsfähigkeit, Dekarbonisierung, Verteidigung, Sicherheit, die östlichen Grenzregionen sowie bezahlbaren Wohnraum, Wasserresilienz und die Energiewende auszurichten...

Migration I: Konsultation zur fünfjährigen Europäischen Migration- und Asylstrategie

Die EU-Kommission veröffentlichte am 12. September 2025 eine [Konsultation](#) zur neuen fünfjährigen Europäischen Migrations- und Asylstrategie, die im Zuge der Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) Ende 2025 erstmalig verabschiedet wird. Ziel dieser Konsultation ist es, Information, Fachwissen und Meinungen von allen interessierten Kreisen, wie EU-Bürger:innen; Drittstaatsangehörige; Organisationen der Zivilgesellschaft; Hochschulen; Wirtschaftsverbände und Behörden, einzuholen...

Migration II: Rückgang irregulärer Grenzübertritte

Am 12. September 2025 berichtete die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) in einer [Pressemitteilung](#), dass in den ersten acht Monaten des Jahres 2025 EU-weit ein Rückgang der irregulären Grenzübertritte um 21 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2025) auf knapp 112.375 festzustellen war. Der deutlichste Rückgang war auf der westafrikanischen Route (-52 %; 12.147 Übertritte) sowie auf den Strecken des Westbalkans (-47 %; 7.856 Übertritte) und der östlichen Landgrenze (-44 %; 6.530 Übertritte) zu verzeichnen. Gleichzeitig stiegen die Zahlen der irregulären Grenzübertritte über das westliche Mittelmeer um 22 % (11.791)...

Soziales: Rat und Parlament verabschieden Änderungen des ESF+ zur Halbzeit

Am 19. September 2025 wurden Änderungen zur Halbzeit des aktuellen Europäischen Sozialfonds Plus (2021 bis 2027) im EU-Amtsblatt veröffentlicht ([2025/1913/EU](#)), nachdem sich die Mitgliedstaaten im Rat und das EU-Parlament im Eilverfahren auf Änderungen des Kommissionsvorschlags einigen konnten (Brüssel Aktuell 7/2025). Der Rechtsakt trat am Folgetag in Kraft...

Beschäftigung: Kommission veröffentlicht Bericht zur Beschäftigung und sozialen Lage

Am 15. September 2025 veröffentlichte die EU-Kommission den [Bericht](#) „Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa 2025“ (ESDE; zuletzt Brüssel Aktuell 14/2022). In diesem Jahr liegt der Fokus des Berichts auf der inklusiveren Gestaltung des Arbeitsmarktes, um dem anhaltenden Arbeitskräftemangel und Qualifikationsdefiziten entgegenzuwirken. Laut Kommission müssten zum Abschwächen des Arbeits- und Fachkräftemangels sowie zum Ausgleich des demographischen Wandels unterrepräsentierte Gruppen, wie Frauen, ältere Personen, Migranten und Menschen mit Behinderungen, besser in den Arbeitsmarkt integriert werden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Ukraine: Kommission veröffentlicht Bericht zur Ukraine-Fazilität

Am 9. September 2025 hat die EU-Kommission ihren [Bericht](#) zur Ukraine-Fazilität ([2024/792/EU](#)) veröffentlicht. In diesem bewertet die Kommission die Wirkung der Fazilität im vergangenen Jahr als erfolgreich. Mit dem Hilfsinstrument sollen zwischen 2024 und 2027 bis zu 50 Mrd. € an die Ukraine fließen, um den Staatshaushalt zu stabilisieren, den Wiederaufbau zu unterstützen und notwendige Reformen auf dem Weg in die EU zu fördern. Im Jahr 2024 mobilisierte die EU rund 19,6 Mrd. €, davon 16,1 Mrd. € direkt für den ukrainischen Haushalt, um Gehälter, Renten sowie zentrale öffentliche Dienstleistungen sichern...

Strategische Vorausschau: Kommission legt Bericht 2025 vor

Am 9. September 2025 hat die EU-Kommission ihre Strategische [Vorausschau](#) 2025 „Resilienz 2.0“ (engl.) veröffentlicht, die als Leitlinie für die langfristigen Entscheidungen der EU dienen soll (zuletzt Brüssel Aktuell 14/2023). Damit will die Kommission die Fähigkeit der EU stärken, sich an Veränderungen anzupassen, Demokratie und Grundwerte zu schützen und in einer Welt mit verschobenen Machtverhältnissen handlungsfähig zu bleiben. Der Bericht benennt zentrale Megatrends wie beschleunigte Klima- und Umweltveränderungen, wachsende

Sicherheitsbedenken und den zunehmenden globalen Wettbewerb, die den künftigen politischen Handlungsspielraum der EU prägen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Neues Europäisches Bauhaus I: Dritte Ausgabe des Festivals

Die EU-Kommission organisiert vom 9. bis 13. Juni 2026 die dritte Ausgabe des Neuen Europäischen Bauhaus Festivals in Brüssel. Es handelt sich um eine hybride Veranstaltung. Neben Debattier-Foren, Ausstellungen und Workshops vor Ort kann von Organisationen jeder Art auch über Satelliten-Veranstaltungen aktiv ein Beitrag zur Veranstaltung geleistet werden. Thema der diesjährigen Ausgabe ist die transformative Kraft des demokratischen Engagements bei der Gestaltung integrativer und nachhaltiger Gemeinschaften mit dem Schwerpunkt auf bezahlbarem Wohnraum als Eckpfeiler demokratischer Teilhabe...

Neues Europäisches Bauhaus II: Kommission startet Konsultation

Die EU-Kommission hat am 22. September 2025 eine öffentliche Konsultation gestartet, um Rückmeldungen zur Weiterentwicklung des „Neuen Europäischen Bauhauses“ (NEB) einzuholen. Mit dem Aufruf lädt sie alle Interessierten ein, bis zum **17. Oktober 2025** über das [Portal](#) „Ihre Meinung zählt“ Vorschläge einzureichen, wie NEB künftig gestärkt werden kann. Ziel der NEB-Initiative ist es, Gebäude, öffentliche Räume und Stadtviertel zu gestalten, die nachhaltig, ästhetisch und inklusiv sind und damit eine kulturelle und soziale Komponente zum „European Green Deal“ liefern...

Auszeichnung: Zwei Preise für innovativen Unterricht gehen nach Bayern

Die Europäische Kommission hat im September die [Gewinner](#) (engl.) der Europäischen Preise für innovativen Unterricht 2025 bekannt gegeben. Prämiert wurden durch Erasmus+ geförderte Projekte in mehr als 30 Ländern innerhalb und außerhalb der EU - darunter zwei aus Bayern: „SPACE“, ein [Projekt](#) (engl.) der Volkshochschule im Landkreis Cham e. V., das Senioren als aktive europäische Bürger stärken soll und das [Projekt](#) (engl.) „Political education and empowerment for deaf citizens“ des Netzwerks Gebärdensprache, Erwachsenenbildung und soziale Teilhabe e. V. in Ingolstadt...

In eigener Sache

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen – neuer Leiter

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell,

ab Oktober 2025 gibt es im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen einen Wechsel in der Leitung: Patrick Wegener wurde am 13. Juli 2025 zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Öhringen gewählt und tritt sein neues Amt am 6. Oktober 2025 an. Die Bürogemeinschaft dankt Herrn Wegener für sein kontinuierliches Engagement in über vier Jahren als Büroleiter und wünscht ihm einen erfolgreichen Start in seinen neuen Aufgaben. Die Leitung des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen übernimmt ab dem 1. Oktober 2025 sein bisheriger Stellvertreter, Jan Molzberger. Die stellvertretende Leitung wird von Marleen Lorenz (bisher Office Managerin) übernommen.

BRÜSSEL AKTUELL

17/2025

26. September bis 10. Oktober 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Forschungs- und Technologieinfrastruktur: Kommission stellt neue Strategie vor

Die EU-Kommission hat am 15. September 2025 ein neues [Strategiepapier](#) vorgestellt, nach welchem sie die Forschungs- und Technologieinfrastrukturen in Europa ausbauen und besser vernetzen will. Ziel ist es, Betreibern und Nutzern, darunter Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Kommunen, den Zugang zu hochwertigen Infrastrukturen wie Laboren, Testzentren und digitalen Plattformen zu erleichtern. Die Kommission setzt dabei auf gezielte Investitionen, bessere Koordination der Finanzierung und stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit...

Stabilität- und Wachstumspakt: Kommissionsempfehlung für Deutschland

Die EU-Kommission hat am 16. September 2025 nach abgeschlossener Prüfung des deutschen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen [Plans](#) eine entsprechende [Empfehlung](#) (engl.) an den Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) veröffentlicht. Deutschland hatte den Plan für den Zeitraum 2025 bis 2029 im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts am 18. Juli 2025 an die Kommission übermittelt (zuletzt Brüssel Aktuell 9/2024). Diese legte in ihrer Empfehlung für Deutschland u. a. die Grenzen für das Nettoausgabenwachstum der nächsten Jahre fest. Für das Jahr 2025 sollen die Nettoausgaben maximal 4,4 % des BIP betragen und im Folgejahr den Wert von 4,5 % des BIP nicht übersteigen...

Vereinfachung: Rat beschließt Standpunkt zu Teilen des Omnibus IV-Pakets

Am 24. September 2025 hat der Rat seinen [Standpunkt](#) zu Teilen des „Omnibus IV“-Gesetzgebungspakets beschlossen. Das Paket wurde im Mai 2025 von der EU-Kommission vorgestellt (Brüssel Aktuell 11/25). Omnibus IV umfasst zwei Vorschläge ([Richtlinie](#) und [Verordnung](#)) zur Digitalisierung und zu gemeinsamen Vorschriften sowie zwei Vorschläge ([Richtlinie](#) (engl.) und [Verordnung](#) (engl.)) zur Unterstützung von KMU und der neuen Unternehmenskategorie der „Small Midcaps“ (SMC). Ziel ist es, die Produktvorschriften in diesen Bereichen zu modernisieren und so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Wasser: Einigung zum Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser

Am 23. September 2025 haben sich der Rat der EU und das EU-Parlament auf eine [Aktualisierung](#) der Richtlinien zum Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser vorläufig [geeinigt](#). Die neuen Regeln verschärfen bestehende Grenzwerte, nehmen zusätzliche Schadstoffe wie PFAS, Pestizide, Bisphenol A und bestimmte Arzneimittel in die Überwachung auf und passen die EU-Wasserpolitik an den neuesten Stand der Wissenschaft an.

Künftig müssen die Mitgliedstaaten regelmäßig über den Zustand ihrer Gewässer berichten und eine wirkungsbasierte Überwachung einführen, die die Gesamtauswirkungen chemischer Gemische bewertet. Zudem wird der Begriff der „Verschlechterung“ klar definiert, während begrenzte Ausnahmen möglich bleiben. Ziel ist ein besserer Schutz der Wasserqualität, der menschlichen Gesundheit und der aquatischen Ökosysteme...

Umwelt: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Zustand der Umwelt

Am 9. Oktober 2025 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ihren [Bericht](#) (engl.) zum Zustand der Umwelt in Europa 2025 veröffentlicht. Darin wird der allgemeine Umweltzustand in Europa als kritisch bewertet. Trotz Fortschritten bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen und Luftverschmutzung bleibe der Verlust der biologischen Vielfalt besorgniserregend. Der Bericht weist zudem auf zunehmenden Wasserstress und die Folgen des Klimawandels hin, der Europa als sich am schnellsten erwärmenden Kontinent besonders stark treffe. Nach Einschätzung der Kommission müsse die EU ihre Klima- und Umweltschritte verstärken, um die vereinbarten Ziele, insbesondere beim Biodiversitätsschutz, bis 2030 zu erreichen...

DSGVO: Konsultation zu Leitlinien zum Zusammenspiel von DSA und der DSGVO

Der EU-Datenschutz Ausschuss (EDSA), eine unabhängige EU-Einrichtung, die für die einheitliche Anwendung des Datenschutzes innerhalb der EU zuständig ist, hat am 12. September 2025 eine Konsultation zu neuen [Leitlinien](#) (engl.) zum Zusammenspiel zwischen der Verordnung über digitale Dienste ([DSA](#)) und der Datenschutz-Grundverordnung ([DSGVO](#)) veröffentlicht. Die Leitlinien sollen eine Unterstützung bei der Anwendung und Auslegung der DSGVO im Zusammenhang mit den Verpflichtungen im Rahmen des DSA darstellen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Regionalpolitik: Kommission reagiert auf Europäische Bürgerinitiative

Die EU-Kommission hat am 11. September 2025 mit einer [Mitteilung](#) auf die Europäische Bürgerinitiative „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“ ([ECI\(2019\)000007](#)) reagiert. Von 2019 bis 2021 hatten sich über 1,26 Mio. Personen in der EU mit einer gültigen Unterschrift an der Initiative beteiligt. Diese hatte gefordert, dass Regionen mit nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sprachlichen Besonderheiten im Rahmen der Kohäsionspolitik besondere Berücksichtigung finden...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Wohnraum: Sonderausschuss des Parlaments legt Initiativbericht vor

Am 15. September 2025 hat der Sonderausschuss zur Wohnraumkrise (HOUS) des EU-Parlaments den Entwurf eines [Initiativberichts](#) zur Wohnraumkrise in der EU vorgelegt. Ziel des Berichts ist es, Lösungsansätze für angemessenen, nachhaltigen und erschwinglichen Wohnraum vorzuschlagen und die EU-Kommission zur Vorlage konkreter Gesetzesvorschläge aufzufordern. Der Bericht benennt die Wohnraumkrise als zentrale soziale Herausforderung Europas und macht als Hauptursache das begrenzte Angebot an privatem und öffentlichem Wohnraum aus, das auf unzureichenden Bau und fehlende Investitionen in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen sei. Er nennt bürokratische Hürden, hohe Baukosten, Fachkräftemangel, übermäßige Steuerbelastung und eingeschränkten Zugang zu Baukrediten als zentrale Hindernisse. Zur Lösung fordert er eine stärkere Koordinierung zwischen EU, Mitgliedstaaten und lokalen sowie regionalen Gebietskörperschaften, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu bekämpfen...

DAWI: Kommission startet Konsultation mit Fokus auf den Wohnraum

Die EU-Kommission hat am 3. Oktober 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) (engl.) zur Überarbeitung der Beihilferegeln für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) gestartet. Ziel ist es unter anderem, den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum in der Europäischen Union zu verbessern. Eine entsprechende Sondierung hatte die Kommission am 5. Juni 2025 gestartet (Brüssel Aktuell 10/2025). Hintergrund

ist die zunehmende Wohnungsnot in vielen Mitgliedstaaten der EU. Der [DAWI](#)-Beschluss legt fest, unter welchen Bedingungen Mitgliedstaaten staatliche Beihilfen gewähren dürfen, ohne sie zuvor von der Kommission genehmigen lassen zu müssen...

Ukraine: Rat berät über Übergang aus dem vorübergehenden Schutz für Vertriebene

Am 16. September 2025 beschlossen die Mitgliedstaaten im Rat eine [Empfehlung](#) für einen koordinierten Ansatz beim Übergang hin zu neuen Optionen nach einem künftigen Ende des vorübergehenden Schutzes für Vertriebene aus der Ukraine (Brüssel Aktuell 12/2025). Der Rat empfiehlt damit den Mitgliedstaaten, Vorbereitungen zu treffen hinsichtlich des rechtlichen Übergangs in andere Formen des Aufenthaltsstatus, was bspw. im Zusammenhang mit der Beschäftigung, Ausbildung, Bildung oder aus familiären Gründen ermöglicht werden könnte. Auch sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Vertriebene unter vorübergehendem Schutz einen regulären Aufenthaltsstatus durch eine hoch qualifizierte Beschäftigung erlangen können, was derzeit noch nicht möglich ist. Ferner empfiehlt der Rat, Voraussetzungen für eine schrittweise Rückkehr und Wiedereingliederung sowie Unterstützung für betroffene Personen zu schaffen...

Öffentliche Gesundheit: Stellungnahmen zu künftigem Plan der EU möglich

Bis zum **29. Oktober 2025** können u. a. Bürger:innen, öffentliche Stellen, Patienteneinrichtungen, Gesundheitsdienstleister und -fachkräfte Stellungnahmen zum künftigen „Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan der Union für Gesundheitskrisen“ [einreichen](#). Andere allgemeine und gezielte Konsultationen zum Thema sollen durch diesen Austausch zu den zu lösenden Problemen, den vorgeschlagenen Schlüsselaktionsbereichen und den voraussichtlichen Auswirkungen ergänzt werden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Vertragsverletzungsverfahren: Deutschland muss Geldwäscherichtlinie umsetzen

Die Europäische Kommission hat am 24. September 2025 ein [Vertragsverletzungsverfahren](#) gegen Deutschland eingeleitet, da die vollständige Umsetzung der 6. Geldwäscherichtlinie ([2024/1640/EU](#)) in nationales Recht bisher nicht mitgeteilt wurde. Das Ziel der Richtlinie ist, dass Behörden und zuständige Stellen ohne Umwege herausfinden können, wer tatsächlich hinter Unternehmen, Trusts oder ähnlichen Organisationen steht und von ihnen profitiert. Damit soll Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wirksam verhindert werden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Neues Europäisches Bauhaus: Auszeichnung geht an Vilsbiburg

Am 30. September 2025 wurden im Rahmen der zweiten Ausgabe der Veranstaltung „Neues Europäisches Bauhaus (NEB) in Regionen und Städten“ in Brüssel die [Gewinner](#) (engl.) der Preise in der Kategorie „Boost for Small Municipalities“ bekannt gegeben. Unter den 22 prämierten Initiativen befindet sich auch das [Projekt](#) (engl.) der bayerischen Stadt Vilsbiburg: „Heritage meets Sustainable Innovation“. Dieses zielt darauf ab, das historische Stadtzentrum Vilsbiburgs in ein inklusives, grünes und kulturelles gesellschaftliches Zentrum zu verwandeln. Für die Schaffung multifunktionaler Räume werden nachhaltige Materialien, erneuerbare Energien und klimafreundliche Wassersysteme eingesetzt...

Grüne Hauptstadt Europas 2027: Stadt Heilbronn gewinnt europäischen Preis

Am 2. Oktober 2025 teilte die EU-Kommission mit, dass Heilbronn 2027 den Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ tragen wird (engl. [Pressemitteilung](#)). Der mit 600.000 € dotierte Preis würdigt Städte, die sich besonders in Bereichen wie Luftqualität, Grünflächen, Klimaanpassung und Umweltschutz engagieren. Die Jury überzeugte Heilbronn vor allem durch die integrative Verknüpfung von Themen wie Lärm, Klima und Luftverschmutzung im neu aufgestellten Landschaftsplan 2030 sowie durch ein umfassendes Mobilitätskonzept. Zentrales Element sei dabei die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger...

In eigener Sache

Veranstaltungshinweis I: Städtemission und DUT-Partnerschaft

In einer Online-Informationsveranstaltung des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen am 24. September 2025 informierten Expert:innen der Nationalen Kontaktstellen über aktuelle Förderaufrufe, Beteiligungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote im Rahmen der EU-Städtemission sowie der DUT-Partnerschaft. Die EU-Städtemission verfolgt das Ziel, 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030 zu unterstützen...

Veranstaltungshinweis II: „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen

In der digitalen Informationsveranstaltung „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen am **14. Oktober 2025 von 10:00 bis 11:00 Uhr** informiert der Creative Europe Desk KULTUR, die offizielle nationale Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU, über das Programm Kreatives Europa KULTUR und seine Förderbereiche, mit Schwerpunkt auf Europäische Kooperationsprojekte...

BRÜSSEL AKTUELL

18/2025

10. bis 24. Oktober 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht: Ergebnisse der Evaluierung zur Garantiemitteilung veröffentlicht

Am 13. Oktober 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihre [Bewertung](#) (engl., Zusammenfassung auf dt. verfügbar) der beihilferechtlichen Vorschriften für staatliche Garantien ([Garantiemitteilung](#)). Dieser war im Jahr 2022 eine öffentliche Konsultation vorausgegangen (Brüssel Aktuell 14/2022). Nach Einschätzung der Kommission erfüllen die seit 2008 bestehenden Regelungen weiterhin ihren Zweck, indem sie den Mitgliedstaaten klare Leitlinien bieten und Rechtssicherheit gewährleisten...

Vergabe: Kommission veröffentlicht Bericht zur Evaluierung der Vergaberichtlinien

Die EU-Kommission hat am 9. Oktober 2025 ihren [Evaluierungsbericht](#) (engl.) zu den aktuellen EU-Vergaberichtlinien veröffentlicht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Vergaberichtlinien von 2014 die Ziele Vereinfachung, Flexibilität und Rechtssicherheit nur teilweise erreicht haben. Die Kommission stellt fest, dass die Verfahren nach wie vor komplex und für öffentliche Auftraggeber, insbesondere auf kommunaler Ebene, mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden seien (S. 17). Unsicherheiten bestünden weiterhin bei der Anwendung der Ausnahmen für die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit sowie bei Inhouse-Vergaben (S. 60). Die Kommission betont, dass der Anteil grenzüberschreitender Beteiligungen an Vergabeverfahren gering (S. 29 ff.) und der Anteil von Ausschreibungen mit nur einem Bieter hoch sei (S. 24 ff.). Auftraggeber orientierten sich laut dem Bericht weiterhin überwiegend am niedrigsten Preis (S. 38), da Komplexität und mangelnde Fachkenntnisse häufig einer breiteren Anwendung von Qualitäts- oder Lebenszykluskriterien im Wege stünden...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Wald I: Parlament lehnt Vorschlag der Kommission zur Waldüberwachung ab

Das EU-[Parlament](#) lehnte am 21. Oktober 2025 den [Vorschlag](#) der EU-Kommission für einen Überwachungsrahmen für widerstandsfähige europäische Wälder mehrheitlich mit 370 zu 264 Stimmen ab (bei neun Enthaltungen). Zuvor hatten sich bereits die beiden Parlamentsausschüsse für Umwelt (ENVI) und für Landwirtschaft (AGRI) für eine Ablehnung des Kommissionsvorschlages ausgesprochen. Ziel der vorgeschlagenen Verordnung hätte es sein sollen, eine EU-weite, harmonisierte Waldüberwachungsberichterstattung zu schaffen...

Wald II: Kommission schlägt Änderung an der Entwaldungsverordnung vor

Am 21. Oktober 2025 hat die EU-Kommission eine [Änderung](#) der Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#)) vorgeschlagen, nachdem Medienberichten zufolge bis zuletzt innerhalb des Kollegiums der Kommissare über einen neuen Kompromiss verhandelt wurde. Anders als von Umweltkommissarin Roswall noch vor Kurzem in Aussicht gestellt, schlägt die Kommission nun keine erneute zeitliche Verschiebung des Anwendungsbeginns der EUDR um ein weiteres Jahr vor (Brüssel Aktuell 16/2025). Stattdessen sollen die Bestimmungen der Verordnung nur für Klein- und Kleinstunternehmen mit einjähriger Verzögerung erst Ende 2026 in Kraft treten. Für große Unternehmen bleibt es beim Anwendungsbeginn ab 30. Dezember 2025. Ferner schlägt die Kommission einige Erleichterungen in den Dokumentations- und Berichtspflichten vor: So müssen nur noch diejenigen Unternehmen, die ein Produkt erstmals auf den europäischen Markt bringen, eine Erklärung zur Sorgfaltspflicht in Sachen Entwaldung abgeben...

Straßenverkehrssicherheit: Kommission veröffentlicht Statistiken zum Jahr 2024

Am 17. Oktober 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihre [Statistiken](#) (engl.) zur Straßenverkehrssicherheit für das Jahr 2024. Demnach kamen 2024 europaweit 19.940 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben. Das sind rund 2 % weniger als im Vorjahr sowie 12 % weniger als im Jahr 2019. Damit nähert sich die EU zwar langsam ihrem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2030 zu halbieren und bis 2050 nahezu auf null zu senken („Vision Null“), steht aber weiterhin vor großen Herausforderungen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Regionalpolitik: Berichte über die Europäische Woche der Städte und Regionen 2025

Vom 13. bis 15. Oktober 2025 fand in Brüssel die 23. Europäische Woche der Regionen und Städte statt, die von der EU-Kommission und dem Ausschuss der Regionen (AdR) organisiert wurde. Die Woche stand unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gestalten“ und thematisierte zentrale Fragestellungen, die Städte und Regionen in Europa betreffen. Eine Auswahl der wichtigsten Inhalte von relevanten Veranstaltungen wird im Folgenden kurz umrissen...

Ausschuss der Regionen: Lage der Regionen und Städte 2025

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 13. Oktober 2025 im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte den Bericht zur Lage der Regionen und Städte 2025 [veröffentlicht](#) (engl.). Der Bericht unterstreicht die Rolle der kommunalen und regionalen Entscheidungsträger und positioniert sich klar für eine stärkere Einbindung der Städte und Regionen bei der Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen, insbesondere in Hinblick auf den Vorschlag der Kommission zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Gleichstellung: LGBTQ+-Gleichstellungsstrategie 2026-2030 veröffentlicht

Am 8. Oktober 2025 hat die EU-Kommission ihre LGBTQ+-[Gleichstellungsstrategie](#) (engl.) für den Zeitraum 2026-2030 vorgestellt (Brüssel Aktuell 37/2020). Sie baut auf der ersten Strategie für den Zeitraum 2020-2025 auf und soll sicherstellen, dass die Gleichstellung von LGBTQ+ in allen EU-Politikbereichen berücksichtigt wird. Die Strategie konzentriert sich auf drei Säulen: Schutz von LGBTQ+-Personen vor jeglicher Form von Gewalt, Befähigung von LGBTQ+-Personen zu einem diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Leben in allen Lebensbereichen und Einbindung der gesamten Gesellschaft auf allen Ebenen, um die Gleichstellung von LGBTQ+ gemeinsam voranzubringen. Besondere Maßnahmen sollen die Mitgliedstaaten beim Verbot von Konversionspraktiken unterstützen, wobei die Kommission insbesondere die Europäische [Bürgerinitiative](#) berücksichtigen will...

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2026

Am 21. Oktober 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihr [Arbeitsprogramm](#) (engl.) 2026 inklusive [Annexe](#) (engl.) unter dem Titel „Europas Unabhängigkeitsmoment“. Es enthält 38 neue politische Initiativen, 20 Evaluierungen und Eignungsprüfungen, 25 zurückgezogene Vorschläge, eine Überprüfung bestehender Gesetzgebung sowie 111 anhängige Vorschläge...

Politische Werbung: Kommission stellt Leitlinien und Informationsportale vor

Am 8. Oktober 2025 veröffentlichte die EU-Kommission [Leitlinien](#), die die Mitgliedstaaten bei der Durchführung der zum 10. Oktober in Kraft getretenen Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung ([2024/900/EU](#)) unterstützen sollen (Brüssel Aktuell 14/2025). Die Verordnung reagiert auf die zunehmende Komplexität und dem grenzüberschreitenden Charakter politischer Werbung sowie auf die wachsende Bedeutung digitaler Formate, personalisierter Targeting-Technologien und die Gefahr von Informationsmanipulation. Sie setzt EU-weit einheitliche Standards für die Kennzeichnung und Verbreitung politischer Werbung...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Europäische Städteinitiative: Call für Erfahrungsaustausch

Am 8. Oktober 2025 startete die Europäische Städteinitiative (EUI) die „Call for Peer Reviews – Autumn 2025“. Das [Programm](#) (engl.) richtet sich an europäische Städte und Stadtregionen, die ihre Strategien für nachhaltige Stadtentwicklung weiterentwickeln möchten und berechtigt sind, Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unter [Artikel](#) 11 (engl.) zu empfangen. Ziel ist es, durch gegenseitige Begutachtung den Erfahrungsaustausch zwischen Städten zu fördern und voneinander zu lernen...

EU-Bio-Preis: Auszeichnung für die Radis&Bona eG aus Regensburg

Am 23. September 2025 hat die EU-Kommission anlässlich des EU-Bio-Tages die Gewinner:innen des vierten EU-Bio-Preises (EU Organic Award) [bekanntgegeben](#) (engl.) (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2025). Unter den sieben Ausgezeichneten befindet sich auch die Radis&Bona eG aus Regensburg in Bayern, die den Preis in der Kategorie „Bester Bio-Lebensmittelhändler“ erhielt...

In eigener Sache

Nachbericht: Veranstaltung „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen

Am 14. Oktober 2025 fand im Rahmen der Fördermittelreihe des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen eine digitale Informationsveranstaltung zu den EU-Fördermöglichkeiten für Kommunen im Rahmen des Programms „Kreatives Europa KULTUR“ statt. Rund 30 Teilnehmende erhielten einen kompakten Überblick über relevante Förderinstrumente und aktuelle Ausschreibungen. Kreatives Europa ist das Kulturförderprogramm der EU, das den europäischen Kultur- und Kreativsektor sowie die audiovisuellen Branchen unterstützt...

Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Im Namen des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) sowie der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen möchten wir Sie für

Mittwoch, den 19. November 2025, um 18.30 Uhr
in das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Avenue des Nerviens 9–31, 3. Etage

in 1040 Brüssel

Sowie optional im Livestream (Einwahldaten erhalten Sie nach Anmeldung)

zu einem Vortrag von

Herrn Priv.-Doz. Dr. Dr. Grischka Petri

zum Thema

„Die Gemeinde(un)ordnung der Schlümpfe“

einladen.

Zum Hintergrund des Autors und des Themas:

Priv.-Doz. Dr. Dr. Grischka Petri leitet die Abteilung Urheberrecht im Bereich Immaterialgüterrechte bei FIZ Karlsruhe (Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur) und ist Privatdozent für Kunstgeschichte. Im Sommer 2025 vertrat er die Professur für Neuere und Neueste Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg. Dieses Wintersemester hält er an der Universität Bonn die Vorlesung „Von Entenhausen lernen II“...

BRÜSSEL AKTUELL

19/2025

24. Oktober bis 7. November 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

MFR: Kritik von Parlaments-Fraktionen am Vorschlag der Kommission

Am 30. Oktober 2025 haben sich die Fraktionsvorsitzenden von EVP (Christdemokraten), S&D (Sozialdemokraten), Renew (Liberalen) und den Grünen zusammen mit den jeweiligen (Schatten-)Berichterstattem ihrer Fraktionen zur Ausgestaltung des künftigen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) mit einem gemeinsamen [Schreiben](#) (engl.) an EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen gewandt. Darin werden deutliche Änderungen des bisherigen Kommissionsvorschlages angemahnt...

Vergaberecht I: Kommission veröffentlicht Schwellenwerte für 2026/2027

Die EU-Kommission hat am 22. Oktober 2025 durch die Delegierte Verordnung (EU) [2025/2152](#) die neuen Schwellenwerte für Auftragswerte für die Jahre 2026 und 2027 veröffentlicht, ab deren Erreichen Beschaffungen von öffentlichen Auftraggebern, Sektorenauftraggebern und Konzessionsgebern nach den Vorgaben der EU-Vergaberechtsrichtlinien erfolgen müssen. Für öffentliche Auftraggeber gelten ab Januar 2026 bei Bauaufträgen ein Schwellenwert von 5.404.000 € (bisher: 5.538.000 €); bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen beträgt dieser künftig 216.000 € (bisher: 221.000 €). Für Sektorenauftraggeber sinken die Schwellenwerte ebenfalls, auf 5.404.000 € für Bauaufträge (bisher: 5.538.000 €) sowie auf 432.000 € für Liefer- und Dienstleistungsaufträge (bisher: 443.000 €). Auch für Konzessionsgeber werden die Schwellenwerte für die Vergabe von Dienstleistungs- und Baukonzessionen von 5.538.000 € auf 5.404.000 € abgesenkt...

Vergaberecht II: Konsultation über Reform der EU-Vergabevorschriften gestartet

Die EU-Kommission hat am 3. November 2025 eine [Konsultation](#) über die anstehende Überarbeitung der EU-Vergabevorschriften geöffnet. Diese Konsultation schließt sich an die erst kürzlich abgeschlossene Evaluierung der EU-Vergaberichtlinien durch die Kommission an, in der ein Reformbedarf v. a. mit Blick auf mögliche Vereinfachungen identifiziert wurde (Brüssel Aktuell 18/2025). Die Konsultationsstrategie ist zweigeteilt: Erstens können Interessenträger einen vorgegebenen [Fragebogen](#) beantworten. Zweitens können im Rahmen einer Sondierung schriftliche Stellungnahmen eingereicht werden. Für beides ist ein EU-Login erforderlich. Durch die Konsultation möchte die Kommission Informationen einholen, die sie bei der anstehenden Überarbeitung und bei der voran gestellten Folgenabschätzung (Impact Assessment) unterstützen sollen...

EU-Haushalt: Plenarabstimmung des Parlaments zum Jahreshaushaltsplan 2026

Das EU-Parlament hat im Rahmen der Plenartagung am 22. Oktober 2025 über seinen [Standpunkt](#) zum [Vorschlag](#) (engl.) der EU-Kommission für den EU-Haushalt 2026 abgestimmt (Brüssel Aktuell 12/2025). Für die Gesamtsumme der Verpflichtungen sieht das Parlament eine Erhöhung des von der Kommission vorgeschlagenen Betrags um

597,8 Mio. € auf 193,9 Mrd. € vor. Der Haushalt 2026 soll dem Parlament zufolge insbesondere die Forschung, Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung Europas fördern...

Rechnungshof: Veröffentlichung des Jahresberichtes zum Haushaltsjahr 2024

Am 9. Oktober 2025 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof seinen [Jahresbericht](#) zum Haushaltsjahr 2024. Darin bestätigt der Rechnungshof, dass die EU-Einnahmen ordnungsgemäß erfasst wurden. Gleichzeitig weist der Bericht auf fortbestehende Probleme im Zusammenhang bei Zöllen hin. Es bestehe die Gefahr, dass Einfuhren falsch oder gar nicht angemeldet werden. Bei den EU-Ausgaben sank die geschätzte Fehlerquote im Vergleich zum Vorjahr von 5,6 % auf 3,6 %. Um Missverständnissen vorzubeugen, betont die EU-Kommission in diesem Zusammenhang, dass die Fehlerquote weder Betrug, Ineffizienz noch Verschwendung messe, sondern angebe, in welchem Umfang Ausgaben nicht vollständig im Einklang mit geltenden Vorschriften getätigt wurden...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Kreislaufwirtschaft: Abfallrahmenrichtlinie tritt in Kraft

Die überarbeitete [Abfallrahmenrichtlinie](#) trat am 16. Oktober 2025 in Kraft, nachdem sie bereits am 10. September 2025 von EU-Parlament und dem Rat der EU final verabschiedet worden war (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2025). Mit dem Gesetz wird das Ziel verfolgt, die Textil- und Lebensmittelverschwendung EU-weit effektiv zu bekämpfen. Neben einem verbindlichen Reduktionsziel bis 2030 für Lebensmittelabfälle aus Verarbeitung und Herstellung um 10 % und im Einzelhandel sowie Verbrauch um 30 % pro Kopf, sind die Mitgliedstaaten u. a. verpflichtet, ein System der erweiterten Herstellerverantwortung für Textilien und Schuhe einzuführen...

Bodenüberwachung: EU-Parlament verabschiedet Richtlinie

Am 23. Oktober 2025 hat das EU-Parlament eine Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsgesetz) [verabschiedet](#). Der Rat der EU hatte diese bereits am 29. September 2025 förmlich [angenommen](#). Die Richtlinie soll der Förderung gesünderer und widerstandsfähiger Böden dienen und erstmals ein EU-weites Rahmenwerk zur Bodenüberwachung schaffen. Die Mitgliedstaaten werden u. a. verpflichtet, in ihren Hoheitsgebieten Monitoring-Systeme aufzusetzen, die die physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften der Böden kontinuierlich erfassen - nach einer EU-weiten Methodik. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten der Kommission und der Europäischen Umweltagentur regelmäßig über den Zustand der Böden, Flächeninanspruchnahme und belastete Standorte Bericht erstatten...

TEN-V: Konsultation gestartet

Am 22. Oktober 2025 hat die EU-Kommission eine [Konsultation](#) gestartet, in der der [Entwurf](#) (engl.) einer Durchführungsverordnung im Rahmen der [Verordnung](#) 2024/1679 über das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) vier Wochen lang kommentiert werden kann. Am 18. Juli 2024 trat die überarbeitete Verordnung über das Transeuropäische Verkehrsnetz in Kraft (zuletzt Brüssel Aktuell 8/2024). Darin ist festgelegt, dass die EU-Mitgliedstaaten Daten zur städtischen Mobilität für jeden städtischen Knoten in den Bereichen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Zugänglichkeit erheben und der Kommission übermitteln müssen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Kommission: Vorstellung des Erweiterungspakets 2025

Am 4. November 2025 hat die EU-Kommission das [Erweiterungspaket](#) (engl.) für das Jahr 2025 angenommen. Die einzelnen [Dokumente](#), die im Rahmen des Pakets veröffentlicht wurden, enthalten eine Beurteilung der bisherigen Erweiterungspolitik der EU und Vorschläge für die weitere Vorgehensweise. Die Analyse konzentriert sich hierbei auf die Fortschritte der beitrittswilligen Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, den Kosovo, die Republik Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, die Türkei sowie die Ukraine...

Vereinfachungsagenda: Jahresbericht 2025 zu Omnibus-Initiativen

Die EU-Kommission hat am 21. Oktober 2025 ihren [Jahresbericht](#) über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung zur Entlastung der europäischen Wirtschaft vorgelegt ([Factsheet](#)). Bisher schlug die Kommission sechs sogenannter Omnibus-Pakete vor, die im Sinne der Vereinfachungsagenda für Europa Bürokratie und Verwaltungsaufwand durch ein Bündel von Gesetzesänderungen in verschiedenen Politikbereichen verringern sollen. Weitere werden noch in diesem Jahr folgen. Zusammen könnten sie der Kommission zufolge Einsparungen von mehr als 8,6 Mrd. € pro Jahr bewirken. Das entspricht rund einem Fünftel des für 2030 gesetzten Ziels. Die Maßnahmen betreffen u. a. Nachhaltigkeitsberichterstattung, Investitionen, Landwirtschaft, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Verteidigungsfähigkeit und Chemikalien. Ziel dieser Initiativen sei es, Vereinfachungen und Entlastungen zu schaffen, ohne bestehende Sozial- und Umweltstandards abzubauen...

Europäisches Parlament: Sitzungskalender für 2027 angenommen

Am 21. Oktober 2025 hat das EU-Parlament den [Sitzungskalender](#) (engl.) für das Jahr 2027 angenommen. Im kommenden Jahr sollen insgesamt 15 Plenarsitzungen stattfinden, dabei zwölf als viertägige Sitzungswochen in Straßburg sowie zwei verkürzte Mini-Plenarsitzungen und eine eintägige Sitzung zum Gedenken an den Holocaust-Gedenktag in Brüssel...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Fördermöglichkeiten: Kommission stellt neue App „EU Funding & Me“ vor

Die EU-Kommission hat am 16. September 2025 die mobile [App](#) (engl.) „EU Funding & Me“ vorgestellt. Die App soll den Zugriff auf Finanzierungsmöglichkeiten, Förderprogramme, Projektergebnisse sowie die neuesten Nachrichten und Veranstaltungen auf europäischer Ebene erleichtern. Insbesondere direkt von der Kommission verwaltete Förderprogramme wie Horizon Europe, LIFE, Digital Europe oder ERASMUS+ stehen zur Verfügung...

Kreatives Europa: Vorstellung des Jahresarbeitsprogramms zur Umsetzung

Am 24. September 2025 hat die EU-Kommission das [Jahresarbeitsprogramm](#) (engl.) 2026 zur Umsetzung des Programms „Kreatives Europa“ vorgestellt. Mit einem Budget von rund 380 Mio. € soll es die kulturelle Vielfalt in der EU sichern und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativsektoren stärken. Es unterstützt Projekte, die zur Bewahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt beitragen, Innovation fördern sowie den grünen und digitalen Wandel in der Kulturbranche vorantreiben. Das Programm gliedert sich in drei Bereiche: den Aktionsbereich Kultur, den Aktionsbereich MEDIA und einen sektorübergreifenden Aktionsbereich. Im Bereich Kultur wird der wichtigste Aufruf zu europäischen Kooperationsprojekten Anfang 2026 mit einem Fördervolumen von 60 Mio. € veröffentlicht...

Europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt: Aufruf zu Bewerbung

Bis zum **30. Januar 2026** können sich Kommunen auf den von der EU-Kommission ausgelobten Preis als „Europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt 2026“ bewerben (Brüssel Aktuell 2/2024). Ausgezeichnet werden sollen die lokalen Gebietskörperschaften, die mit besonderem Einsatz die Vielfalt und Inklusion zugunsten einer gerechteren Gesellschaft in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion oder Glauben, Behinderung, Alter oder der LGBTIQ-Identität fördern und damit eine Inspirationsquelle für andere Kommunen darstellen. Der Preis wird in zwei Kategorien verliehen: Es gibt eine Kategorie für Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern und eine weitere für Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern. Außerdem wird ein Sonderpreis an drei lokale Behörden vergeben, die sich im Besonderen für die Gewährleistung eines inklusiven Arbeitsmarkts für alle einsetzen...

Bürgerenergie-Panel: Aufruf zum Einreichen von Bewerbungen

Die Bürgerenergie-Beratungsplattform (CEAH) hat einen [Aufruf](#) an die EU-Gemeinden veröffentlicht, sich als Ausrichter eines Bürgerenergie-Panels (Citizen Energy Panel) zu bewerben. Hierbei handelt es sich um eine eintägige

Veranstaltung, bei welcher im Rahmen von Expertenvorträgen, Gruppendiskussionen und interaktiven Aktivitäten Bürger:innen in die Bewältigung der energie- sowie klimapolitischen Herausforderung aktiv eingebunden werden sollen. Pro Mitgliedstaat soll eine Gemeinde bzw. ein gemeinsamer Antrag ausgewählt werden, um Unterstützung von Seiten der CEAH zu erhalten...

In eigener Sache

Brüsseler Appell: Eine Entlastungsagenda der EU, die vor Ort ankommt

Die kommunalen Spitzen- und Landesverbände Bayerns und Baden-Württembergs haben am 4. November 2025 in Brüssel den [Appell](#) „Der kommunale Omnibus – Forderungen für eine Entlastungsagenda der EU, die vor Ort ankommt“ vorgestellt. Hintergrund sind die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Omnibus-Pakete, die bislang vorrangig eine Entlastung der Wirtschaft zum Ziel haben. Der Appell richtet den Blick gezielt auf die kommunale Ebene als Rückgrat staatlichen Handelns. Die Kommunen sind tagtäglich erste Ansprechpartner für ihre Bürger:innen. Sie sind Träger der kommunalen Selbstverwaltung und Gradmesser für die Funktionsfähigkeit des Staates. Deshalb brauchen sie ein EU-Recht, das praxisnah, verständlich und umsetzbar ist – mit weniger Bürokratie, realistischen Fristen und mehr Handlungsspielräumen bei Umwelt-, Beihilfe- und Vergaberecht. Der Appell fasst in diesem Zusammenhang die zentralen Forderungen der bayerischen und der baden-württembergischen Kommunen zusammen...

Veranstaltungsbericht: Diskussionen über den „kommunalen Omnibus“

Am 4. November 2025 richtete die Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen ein Parlamentarisches Frühstück sowie eine daran anschließende Fachveranstaltung mit Podiumsdiskussion aus, an denen Europaabgeordnete und Vertreter der EU-Kommission teilnahmen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand der „Brüsseler Appell“ der kommunalen Spitzen- und Landesverbände Bayerns und Baden-Württembergs, der Forderungen nach Entlastungen an die EU stellt, die vor Ort ankommen (diese Ausgabe)...

Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Im Namen des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) sowie der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen möchten wir Sie für

Mittwoch, den 19. November 2025, um 18.30 Uhr

in das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Avenue des Nerviens 9–31, 3. Etage
in 1040 Brüssel

sowie optional im Livestream (Einwahldaten erhalten Sie nach Anmeldung)

zu einem Vortrag von

Herrn Priv.-Doz. Dr. Dr. Grischka Petri

zum Thema

„Die Gemeinde(un)ordnung der Schlümpfe“

einladen.

Zum Hintergrund des Autors und des Themas:

Priv.-Doz. Dr. Dr. Grischka Petri leitet die Abteilung Urheberrecht im Bereich Immaterialgüterrechte bei FIZ Karlsruhe (Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur) und ist Privatdozent für Kunstgeschichte. Im Sommer 2025 vertrat er die Professur für Neuere und Neueste Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg. Dieses Wintersemester hält er an der Universität Bonn die Vorlesung „Von Entenhausen lernen II“...

BRÜSSEL AKTUELL

20/2025

7. bis 21. November 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

MFR: Parlament und Rat debattieren Anpassungsvorschläge der Kommission

Als Reaktion auf die wachsende Kritik aus dem EU-Parlament an dem Vorschlag der EU-Kommission für den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 (MFR, Brüssel Aktuell 19/2025), präsentierte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen am 9. November 2025 in einem [Schreiben](#) (engl.) Möglichkeiten zu Anpassung, die die Rolle der Kommunen betreffen. Hierauf reagierte das EU-Parlament am 12. November gespalten. Am 17. November 2025 berieten dann die EU-Mitgliedstaaten im Rat für Allgemeine Angelegenheiten über dieses, von der Kommission vorgelegte, unverbindliche „[Non-Paper](#)“ (engl.). Die dänische Ratspräsidentschaft will vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU im Europäischen Rat im Dezember 2025 einen Fahrplan für die anstehenden politischen Verhandlungen vorlegen...

EU-Haushalt 2026: Einigung zwischen Rat und Parlament

Am 15. November 2025 [einigten](#) sich der Rat der EU und das EU-Parlament auf den EU-Jahreshaushaltsplan für 2026 (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2025). Der Plan umfasst insgesamt 192,8 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen und 190,1 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen. Er ist auf die zentralen politischen Prioritäten der EU – Wettbewerbsfähigkeit, Grenzkontrolle und Sicherheit – ausgerichtet und soll gleichzeitig die nötige Flexibilität zur schnellen Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse bieten...

Binnenmarkt: Konsultation zu Baudienstleistungen

Bis zum **15. Dezember 2025** besteht für Behörden, Bauunternehmen, Fachkräfte, Interessenträger in Grenzregionen sowie Einzelpersonen die Möglichkeit, an einer [Konsultation](#) zur zukünftigen Regulierung von Bau- und Installationsdienstleistungen teilzunehmen. Hintergrund ist eine geplante Initiative der EU-Kommission, die darauf abzielt, den Binnenmarkt für Bau- und Installationsdienstleistungen zu stärken, da grenzüberschreitende Tätigkeiten im Sektor bislang nur begrenzt erfolgen und zahlreiche Hindernisse bestehen...

Herbstprognose: Aktuelle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Am 17. November 2024 veröffentlichte die EU-Kommission die [Herbstprognose](#) (engl.) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten für die Jahre 2025 und 2026 (Zahlen für [Deutschland](#), engl.). Die Prognose zeigt, dass sich die wirtschaftliche Lage zwar abschwächt, sich unter den gegebenen Umständen jedoch besser hält, als zuvor erwartet worden war. Die Kommission prognostiziert, dass trotz der schwierigen Rahmenbedingungen das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU für 2025 und 2026 um 1,4 % wachsen (Deutschland: 0,2 %) und 2027 auf 1,5 % ansteigen wird (Deutschland: 1,2 %). Die Inflation in der EU soll von 2,5 % im Jahr 2025 auf 2,1 % im Jahr 2026 zurückgehen...

Klimaschutz: Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht 2025

Die EU-Kommission hat am 6. November 2025 einen [Fortschrittsbericht](#) (engl.) über den Stand des Klimaschutzes in der EU veröffentlicht. Aus den Untersuchungen geht hervor, dass die EU in Hinblick auf ihr Klimaziel für 2030, das eine Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % im Vergleich zu 1990 vorsieht, weiter Fortschritte verzeichnet...

Klimaneutralität: Mehr Flexibilität bei Erreichen des EU-Klimaziels 2040

Am 13. November 2025 nahm das EU-Parlament seine [Position](#) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission für eine Änderung des EU-Klimagesetzes (Brüssel Aktuell 13/2025) an. Zuvor hatten sich bereits am 5. November 2025 die Umweltminister der Mitgliedstaaten darauf [geeinigt](#) (engl.), das für 2040 vorgeschlagene Ziel zur Senkung der Treibhausgasemissionen abzuschwächen durch eine Senkung der Emissionen innerhalb der EU um 85 % bis 2040. Ursprünglich sollten die Treibhausgasemissionen bis 2040 um 90 % gegenüber den Werten von 1990 gesenkt werden. Bis zu fünf Prozentpunkte der Netto-Emissionsreduktion sollen nun ab 2036 durch internationale CO₂-Zertifikate aus Partnerländern zugekauft werden können. Im Ergebnis wird so weiterhin am 90 %-Ziel festgehalten...

Energieunion: Kommission veröffentlicht Jahresbericht

Am 6. November 2025 hat die EU-Kommission ihren [Bericht](#) über die Lage der Energieunion 2025 vorgelegt. Darin legt sie dar, dass die EU im Bereich Energie bereits deutliche Fortschritte erzielt habe. So entfielen 2024 bereits rund 47 % der Stromerzeugung innerhalb der EU auf erneuerbare Quellen. Die Kommission betont, dass die EU durch die Reduzierung der Energieimporte aus Russland seine Versorgungssicherheit deutlich gestärkt habe: Der Anteil russischer Gaseinfuhren sank demnach von 45 % im Jahr 2021 auf 12 % im August 2025...

Grüner Deal: Veröffentlichung von Leitlinien für nationale Sozial-Klimapläne

Am 9. Oktober 2025 veröffentlichte die EU-Kommission neue [Leitlinien](#) (engl.), die den EU-Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung und Umsetzung ihrer nationalen Sozial-Klimapläne helfen sollen (Brüssel Aktuell 1/2023). Der Klima-Sozialfonds (SCF) richtet sich gezielt an Haushalte mit niedrigem Einkommen, kleinere Unternehmen und andere besonders betroffene Gruppen. Ziel ist es, die sozialen Auswirkungen des kommenden neuen Emissionshandelssystems (EU-ETS) für den Gebäude- und Verkehrssektor abzumildern. Der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft soll dadurch sozial gerecht gestaltet werden und insbesondere die vulnerablen Gruppen nicht überproportional belasten...

Wasser: Schlussfolgerungen des Rates zur Wasserresilienzstrategie

Der Rat der EU hat am 21. Oktober 2025 [Schlussfolgerungen](#) zur Europäischen [Wasserresilienzstrategie](#) vorgelegt. Diese war von der EU-Kommission am 4. Juni 2025 veröffentlicht worden (Brüssel Aktuell 11/2025). Die Strategie basiert auf drei Hauptzielen – den Schutz und die Wiederherstellung des Wasserkreislaufs, die Förderung einer ressourceneffizienten und nachhaltigen Wassernutzung in der Wirtschaft sowie die Gewährleistung eines sauberen und bezahlbaren Zugangs zu Wasser für alle Bürger:innen. In seiner Positionierung betont der Rat insbesondere die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Wasserkreislaufs angesichts in Zukunft zunehmender Extremwetterereignisse, wie Dürren oder Überschwemmungen...

Digitales: Kommission veröffentlicht Vereinfachungspaket

Am 19. November 2025 hat die EU-Kommission ein umfassendes Paket zur Vereinfachung ihrer Digitalgesetzgebung vorgelegt. Ziel ist es, Unternehmen spürbar von administrativen Pflichten zu entlasten und bessere Rahmenbedingungen für Innovation, Skalierung und grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeiten zu schaffen. Kern des Pakets ist der Vorschlag für einen Digitalen [Omnibus](#) (engl.) zur Straffung bestehender Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI), Cybersicherheit und Datenschutz, eine neue [Strategie](#) (engl.) für die Datenunion sowie die Einführung von European Business [Wallets](#) (engl.) für eine einheitliche digitale

Unternehmensidentität. Nach Einschätzung der Kommission könnten die Maßnahmen bis 2029 Einsparungen von 5 Mrd. € an Verwaltungskosten bedeuten; die Business Wallets sollen den Unternehmen weiteres Entlastungspotenzial von 160 Mrd. € jährlich erschließen...

Datenschutz: Verfahrensregeln zur Durchsetzung der DSGVO verabschiedet

Am 17. November 2025 stimmten die Mitgliedstaaten im Rat einem [Kompromiss](#) zu einem Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Festlegung zusätzlicher Verfahrensregeln für die Durchsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) formal zu. Das EU-Parlament verabschiedete die Verordnung bereits am 21. Oktober 2025. Die Verordnung soll nur für Verfahren der Aufsichtsbehörden gelten, wenn diese grenzüberschreitende Verarbeitungen betreffen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Datenschutzaufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten und die Verfahren bei grenzüberschreitenden Datenschutzfällen effizienter zu gestalten. Hintergrund sind bisherige Unterschiede in den nationalen Abläufen, die zu Verzögerungen und Rechtsunsicherheit geführt haben. Kernpunkte der Verordnung sind vereinheitlichte Verfahrensstandards und klare Fristen für den Austausch zwischen Aufsichtsbehörden sowie für Stellungnahmen der betroffenen Unternehmen und Einrichtungen...

Nachhaltigkeits-Omnibus: Parlament positioniert sich

Am 13. November 2025 nahm das EU-Parlament seine [Verhandlungsposition](#) zur Änderung bestimmter Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen (Nachhaltigkeits-Omnibus) mehrheitlich an. Diese Anforderungen sind in den Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ([CSRD](#)) und zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht (sog. europäisches Lieferkettengesetz, [CSDDD](#)) geregelt, die durch ein Omnibusgesetz zum Zwecke der Vereinfachung und des Bürokratieabbaus nun geändert werden sollen...

Mobilität: Kommission stellt Investitionsplan für nachhaltigen Verkehr vor

Die EU-Kommission hat am 5. November 2025 ihren [Investitionsplan](#) (engl.) für nachhaltigen Verkehr vorgestellt. Die Initiative soll einen gemeinsamen strategischen Ansatz schaffen, um Investitionen in erneuerbare und CO₂-arme Kraftstoffe zu beschleunigen, wobei der Fokus auf dem Luft- und Schiffsverkehr liegt. Hintergrund ist laut Angaben der Kommission der erhebliche zukünftige Bedarf an nachhaltigen alternativen Kraftstoffen. Vor diesem Hintergrund sollen bis 2027 mind. 2,9 Mrd. € in Form von EU-Mitteln mobilisiert werden...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Migration I: Kommission bewertet den Migrationsdruck für Mitgliedstaaten

Am 11. November 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten Europäischen [Asyl- und Migrationsbericht](#) (derzeit nur in englischer Sprache), der im Zuge der Verabschiedung der Reform des Gemeinsamen Asylsystems (GEAS) von nun an jährlich erscheinen soll. Dieser Jahresbericht schließt an die Halbzeitbewertung der bis Juni 2026 laufenden Umsetzung der GEAS-Reform an (Brüssel Aktuell 12/2025). Ferner erscheint diese Bestandsaufnahme im Rahmen des neuen jährlichen Migrationsmanagementzyklus gemäß der Asyl- und Migrationsmanagementverordnung ([2024/1351/EU](#)), durch den die Kommission den aktuellen Migrationsdruck für die Mitgliedstaaten bewertet und den Solidaritätsmechanismus entsprechend vorschlägt...

Migration II: Kommission schlägt Plan für Umsiedlung und Aufnahme vor

Am 11. November 2025 legte die EU-Kommission ihren [Vorschlag](#) (engl.) für einen gemeinsamen Plan zur Neuansiedlung und Aufnahme schutzbedürftiger Personen für die Jahre 2026–2027 vor. Der Plan baut auf der Verordnung ([2024/1350/EU](#)) über Neuansiedlung und humanitäre Aufnahme auf, die einen verbindlichen Rahmen für sichere und legale Wege für Drittstaatsangehörige oder Staatenlose schafft. Der Vorschlag sieht vor, dass die Mitgliedstaaten freiwillig bis zu 15.230 Personen im Zeitraum 2026–2027 im Rahmen gemeinsamer Neuansiedlungs- und humanitärer Aufnahmeprogramme aufnehmen...

Fachkräftemangel: Einigung über Einrichtung eines Talentpools

Am 18. November 2025 schlossen die Mitgliedstaaten im Rat und das EU-Parlament gemäß [Pressemitteilung](#) (engl.) die Verhandlungen über eine EU-Verordnung zur [Einrichtung](#) eines EU-Talentpools ab (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). Die Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten an der Online-Stellenbörse ist freiwillig. Ziel ist es, den EU-Arbeitsmarkt wettbewerbsfähiger zu machen und dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken...

Wohnraum: Europäischer Rat veröffentlicht Schlussfolgerungen und Studie

Am 23. Oktober 2025 veröffentlichte der Europäische Rat der EU-Staats- und Regierungschefs die angenommenen [Schlussfolgerungen](#). Dabei befasste sich der Europäische Rat u. a. mit den Herausforderungen im Bereich Wohnraum, mit denen viele Bürger:innen in der EU konfrontiert sind; einschließlich des Zugangs zu erschwinglichem Wohnraum; und mit den verschiedenen Dimensionen dieser Frage (S. 14). Er fordert die Kommission auf, rasch einen ehrgeizigen und umfassenden Plan für erschwinglichen Wohnraum vorzulegen, der darauf abstellen sollte, die Bemühungen der Mitgliedstaaten – auch im Zusammenhang mit der Vereinfachungsagenda – unter gebührender Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und der nationalen Zuständigkeiten zu unterstützen und zu ergänzen...

Menschen mit Behinderung: Konsultation zur Strategie

Bis zum **6. Februar 2026** können sich u. a. Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenträger an einer öffentlichen [Konsultation](#) zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 (Brüssel Aktuell 4/2021) beteiligen. Ziel ist es, die aktuelle Strategie durch neue, zeitgebundene Maßnahmen für die verbleibenden fünf Jahre des Zeitrahmens der Strategie zu aktualisieren...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europe Direct: Zentren für Förderperiode 2026-2030 bekannt gegeben

Am 6. November 2025 hat die EU-Kommission [bekanntgegeben](#), welche Europe-Direct-Zentren ab dem 1. Januar 2026 ihre Arbeit aufnehmen bzw. fortführen werden. Die neue Förderperiode 2026-2030 setzt überwiegend auf bereits etablierte Einrichtungen, wird aber durch sechs zusätzliche Standorte in Berlin, Chemnitz, Erfurt, Frankfurt am Main, Gießen und im niederbayerischen Vilstal (Landkreis Dingolfing-Landau) erweitert. Gleichzeitig entfallen bisherige Standorte, darunter die Einrichtung im Bayerischen Wald sowie das Zentrum in Freiburg im Breisgau...

Ausschuss der Regionen: Zwei neue Stellvertreter aus Deutschland ernannt

Am 10. Oktober 2025 fasste der Rat der Europäischen Union den Beschluss ([2025/2119/EU](#)) zur Ernennung zweier neuer stellvertretender Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) aus Deutschland (Brüssel Aktuell 4/2025). Für die laufende Mandatsperiode bis zum 25. Januar 2030 wurden Niklas Nüßle, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg (Bündnis 90/Grüne), und Jonas Urbach, Mitglied des Landtags von Thüringen (CDU), in das Gremium berufen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Europäische Stadtinitiative: Training für Kommunen zu nachhaltiger Stadtentwicklung

Von 11. bis 12. Februar 2026 veranstaltet die Europäische Stadtinitiative (EUI) in Würzburg ein zweitägiges [Training](#) für Kommunen zur nachhaltigen Stadtentwicklung im EU-Förderzeitraum 2021–2027 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Zielgruppe sind Mitarbeitende von Stadtverwaltungen, insbesondere aus kleineren und mittleren Städten, die im Rahmen der EU-Strukturförderung Stadtentwicklungsprojekte planen und/oder umsetzen. Ziel soll es sein, die Kompetenzen von Praktikern im Umgang mit EU-Förderungen zu stärken...

Erasmus+: Jahresarbeitsprogramm und Aufruf 2026 veröffentlicht

Die EU-Kommission veröffentlichte am 12. November 2025 die [Aufforderung](#) zur Einreichung von Vorschlägen 2026 im Rahmen des Programms Erasmus+. Die Kommission hat ebenfalls das [Jahresarbeitsprogramm 2026](#) (engl.) angenommen, in dem die Ziele und Prioritäten für die Antragstellung von Projekten festgelegt sind. Mit dem Aufruf 2026 soll ein Beitrag zur Kompetenzentwicklung für hochwertige Beschäftigung, zum lebenslangen Lernen und zum Aufbau von Resilienz geleistet werden...

Klimaneutrale und intelligente Städte: München erhält Auszeichnung

Die Landeshauptstadt München wurde am 17. November 2025 mit dem offiziellen Label der EU-Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte“ [ausgezeichnet](#). Bereits am 15. September 2025 hatte die EU-Kommission verkündet, München befände sich unter den elf Städten, die das Missionssiegel im Rahmen der Woche der Städte und Regionen 2025 erhalten würden. Die Auszeichnung würdigt damit die Entwicklung des Münchner Klimastadtvertrags, der die Vision Münchens für Klimaneutralität festhält. Der Vertrag dient als Plan, um Klimaschutzmaßnahmen und Investitionen zu bündeln, Klimaziele zu erreichen und dabei die Stadtgesellschaft einzubeziehen...

In eigener Sache

Historische Veranstaltung: Die Gemeinde(un)ordnung der Schlümpfe

Am 19. November 2025 fand die historische Abendveranstaltung zum Thema „Die Gemeinde(un)ordnung der Schlümpfe“ statt. Seit 2003 wird die historische Veranstaltung jährlich durch das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) in Zusammenarbeit mit der Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen ausgerichtet (zuletzt Brüssel Aktuell 21/2024). Nach der Begrüßung durch Dr. Klaus Nutzenberger, Direktor des Europabüros des DStGB, sowie Nicolas Lux, Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen (EBBK), erläuterte Dr. Dr. Grischka Petri vor rd. 30 Gästen – in Präsenz und online – anhand ausgewählter Comic-Ausgaben die Grundpfeiler, auf denen die ungeschriebene Gemeindeordnung der Schlümpfe fußt...

BRÜSSEL AKTUELL

21/2025

21. November bis 5. Dezember 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Binnenmarkt: Konsultation zu neuem Rechtsrahmen für Produktvorschriften

Die EU-Kommission öffnete am 12. November 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) (EU-Login erforderlich) zur Überarbeitung des Rechtsrahmens für Produktvorschriften (New Legislative Framework). Der New Legislative Framework (NLF) besteht aus zwei Rechtsakten (Beschluss Nr. [768/2008/EG](#) und Verordnung (EG) Nr. [765/2008](#)) und bildet die Grundlage für einheitliche und harmonisierte Strukturen in der EU-Produktgesetzgebung. Der NLF orientiert sich inzwischen an rund 30 EU-Rechtsakten. Mit der Überarbeitung verfolgt die Kommission mehrere Ziele: Die Produktvorschriften sollen modernisiert, unnötige regulatorische Belastungen reduziert und die digitale Integration, beispielsweise durch den Digitalen Produktpass, gestärkt werden...

Marktüberwachung: Kommission öffnet Konsultation

Die EU-Kommission öffnete am 12. November 2025 eine [Konsultation](#) über die Leistung der Marktüberwachungsverordnung ([2019/1020/EU](#)). Die Konsultationsstrategie ist zweigeteilt: Erstens können Interessenträger einen vorgegebenen [Fragebogen](#) beantworten. Zweitens können im Rahmen einer Sondierung schriftliche Stellungnahmen (siehe erste Verlinkung) eingereicht werden. Durch die Konsultation möchte die Kommission ein besseres Bild darüber gewinnen, ob und wie der aktuelle Rechtsrahmen angepasst werden muss. So soll die Marktüberwachung für Nicht-Lebensmittelprodukte verbessert und der EU-Binnenmarkt besser vor unsicheren oder nicht konformen Waren geschützt werden...

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

Abfall: Leitlinien zur Kostenberechnung von Reinigungsaktionen

Die EU-Kommission hat am 24. Oktober 2025 [Leitlinien](#) zur Festlegung von Kriterien für die Kosten von Reinigungsaktionen veröffentlicht. Sie dienen der Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der [Richtlinie](#) über Einwegkunststoffartikel ebenso, wie der [Verordnung](#) über Verpackungen und Verpackungsabfälle, der [Abfallrahmenrichtlinie](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2025) und der [Richtlinie](#) über die Behandlung von kommunalem Abwasser – insbesondere im Hinblick auf die Regelungen zur erweiterten Herstellerverantwortung. Diese umfasst die Verpflichtung spezifischer Hersteller von bestimmten Einwegkunststoffartikeln, die Kosten der Reinigungsaktionen zu tragen, die im Zusammenhang mit den Abfällen der von ihnen in Umlauf gebrachten Artikel anfallen, sowie deren Beförderung und Behandlung...

Kreislaufwirtschaft: Sonderbericht zur Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen

Der Europäische Rechnungshof veröffentlichte am 26. November 2025 seinen [Sonderbericht](#) zur Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen. Dieser bewertet die Fortschritte der EU und ihrer Mitgliedstaaten beim Übergang zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Trotz verschärfter rechtlicher Anforderungen und ambitionierter Zielvorgaben – wie einer Recyclingquote von mindestens 55 % bis 2025 und einer Begrenzung der Deponierung auf höchstens 10 % bis 2035 – bestehen demnach weiterhin erhebliche Herausforderungen. Der Hof stellt fest, dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten unterschiedlich ausfallen und viele Gefahr laufen, die Ziele nicht zu erreichen...

Energieverbrauch: Vorläufige Einigung zur neuen Messgeräte-richtlinie

Am 18. November 2025 haben sich das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten vorläufig auf neue Regeln für Messgeräte geeinigt, die den Energieverbrauch künftig genauer erfassen sollen. Grundlage ist eine Aktualisierung der bestehenden Messgeräte-richtlinie ([2014/32/EU](#)). Die überarbeiteten Vorgaben betreffen Messgeräte für Strom-, Gas- und Ölverbrauch und erweitern ihren Geltungsbereich auf weitere Technologien wie Messgeräte für Kühl- und Wärmanlagen, Geräte für neue Gase oder Wasserstoff sowie intelligente Messsysteme. Zudem soll die Anzeige und Fernauslese von Messwerten künftig flexibler möglich sein...

Mobilität: EU fördert alternative Kraftstoffe mit über 600 Mio. €

Am 17. November 2025 hat die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) [bekanntgegeben](#) (engl.), dass die EU über 600 Mio. € für 70 Projekte bereitstellt, die die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ausbauen sollen. Ziel ist es, den Übergang zu emissionsärmerer Mobilität zu beschleunigen. Gefördert werden Projekte in 24 Mitgliedstaaten, v. a. entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes...

Klimaresilienz: Kommission startet öffentliche Konsultation für neuen EU-Rahmen

Die EU-Kommission hat am 1. Dezember 2025 eine öffentliche [Konsultation](#) (EU-Login erforderlich) zur geplanten europäischen Initiative für Klimaresilienz und -risikomanagement gestartet. Rückmeldungen können bis zum **23. Februar 2026** eingereicht werden. Ziel ist ein integrierter EU-Rahmen, der Vorsorge und Risikomanagement stärkt, Investitionen klimaresilient ausrichtet und Innovationen fördert. Hintergrund sind zunehmende Schäden durch extreme Wetterereignisse sowie die aktuelle Klimarisikobewertung (Brüssel Aktuell 5/2024), die zeigt, dass sich Europa doppelt so schnell erwärmt wie der globale Durchschnitt...

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Alternde Gesellschaft: Vorschlag für Maßnahmen zur Förderung von Zusatzrenten

Die EU-Kommission nahm am 20. November 2025 ein Maßnahmenpaket zur Förderung von Zusatzrenten im Rahmen der [Strategie](#) (engl.) für eine Spar- und Investitionsunion an. Staatliche Renten sollen ergänzt und der Zugang zu Zusatzrenten erleichtert werden. Die Renten und die Struktur der Rentensysteme fallen jedoch nach wie vor unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die Kommission schlägt folgende drei Maßnahmen vor: 1) Umsetzung einer automatischen Mitgliedschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zusatzrentensystemen, 2) Rentenverfolgungssysteme mit Informationen über die individuellen Rentenansprüche sowie 3) die Entwicklung nationaler Übersichten über die Rentensysteme...

Menschen mit Behinderungen: Entschließung des Parlaments zur Strategie nach 2024

Am 27. November 2025 nahm das Europäische Parlament eine [Entschließung](#) zu der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen nach 2024 an (Brüssel Aktuell 20/2025). Vor dem Hintergrund der anhaltenden Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen fordert das Parlament die EU-Kommission auf, unverzüglich eine Strategie zur Schließung bestehender Lücken vorzulegen und mehr Gewicht auf die Bekämpfung von Diskriminierung und Hetze gegen Menschen mit Behinderungen zu legen...

Arbeitsrecht: EuGH-Urteil zur Europäischen Mindestlohnrichtlinie

Am 11. November 2025 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache [C-19/23](#) über die Klage des Königreichs Dänemark auf vollständige Annullierung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne ([2022/2041/EU](#), „EU-Mindestlohnrichtlinie“). Der EuGH bestätigte grundsätzlich die Rechtmäßigkeit der Richtlinie: Die Kernbestandteile – insbesondere jene zur Förderung der Tarifbindung und zur Sicherstellung angemessener Mindestlöhne – bleiben bestehen, sodass die dänische Klage in weiten Teilen abgewiesen wurde. Allerdings erklärte der EuGH zwei zentrale Bestimmungen der Richtlinie für nichtig: Artikel 5 Abs. 2, der die Mitgliedstaaten verpflichtete, bei der Mindestlohnbemessung mindestens vier starre Kriterien (Kaufkraft, Lohnniveau, Lohnwachstum, Produktivitätsentwicklung) zu berücksichtigen, und Artikel 5 Abs. 3, der eine Senkung des Mindestlohns bei Indexierung verbot...

Migration: EuGH urteilt zum Aufenthaltsrecht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 13. November 2025 ein [Urteil](#) in der Rechtssache C-525/23 zu Anforderungen an den Nachweis über ausreichende Mittel bzgl. der Aufenthaltserlaubnis von Drittstaatsangehörigen geurteilt. Ein Drittstaatsangehöriger stellte 2020 einen Antrag auf Verlängerung seines Aufenthaltstitels im Rahmen eines Freiwilligendienstes in Ungarn. Sein Antrag wurde von den Behörden abgewiesen, da der Antragsteller angab, dass sein Onkel ihm die nötigen Mittel in Form von Darlehen oder Zuwendungen garantiere. Den Behörden zufolge könne der Onkel nicht als „Familienangehöriger“ im Sinne des nationalen Rechts angesehen werden...

Kultur: Kommission stellt Kulturkompass vor

Die EU-Kommission hat am 12. November 2025 den [Kulturkompass](#) (engl.) für Europa vorgestellt, der eine strategische Vision zur Stärkung einer lebendigen und integrierten europäischen Kulturlandschaft darstellen soll. Durch die Initiative soll der Kulturbereich stärker ins Zentrum der EU-Politik rücken und die Rolle von Kultur für Identität, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt betont werden. Der Kulturkompass umfasst vier sog. Schlüsselbereiche: 1) die Stärkung europäischer Werte und kultureller Rechte, 2) die Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden, 3) die Nutzung von Kultur und kulturellem Erbe zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Kohäsion sowie 4) die Intensivierung internationaler Kulturbeziehungen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europäischer Rechnungshof: Arbeitsprogramm für 2026 und danach veröffentlicht

Am 11. November 2025 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) sein [Arbeitsprogramm](#) für 2026 und danach veröffentlicht. Dieses umfasst 73 Prüfungsberichte und Analysen, die innerhalb der nächsten zwei Jahre erstellt werden sollen sowie mindestens zehn Stellungnahmen zu Vorschlägen der Europäischen Kommission für den EU-Haushalt 2028–2034. Die Prüfungen und Analysen konzentrieren sich auf vier Schwerpunktbereiche: Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, Klimaresilienz und den Schutz der finanziellen Interessen der EU...

Gute Regierungsführung: Ombudsstelle kritisiert Kommission

Am 25. November 2025 veröffentlichte die Europäische Ombudsstelle unter Führung der EU-Bürgerbeauftragten Teresa Anjinho [Empfehlungen](#) zur Verbesserung der Rechtsetzung und anderer Verfahrensvorschriften durch die EU-Kommission bei der Ausarbeitung von dringenden Legislativvorschlägen. Die Ombudsstelle kritisiert, dass die Kommission bei drei als dringend eingestuften Gesetzesinitiativen die Einhaltung ihrer eigenen Grundsätze für eine bessere [Rechtsetzung](#) von 2021 missachtet hatte. Das Vorgehen der Kommission betrifft die legislativen Vorschläge zum Nachhaltigkeits-Omnibus (Brüssel Aktuell 20/2025), zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten sowie zur Gemeinsamen Agrarpolitik (Brüssel Aktuell 10/2024). Die Kommission hielt diese Vorschläge für dringend und verzichtete daher auf die in ihren Vorschriften vorgesehenen Schritte, wie Folgenabschätzungen und öffentliche Konsultationen...

EU-Schweiz: EU-Kommission unterzeichnet Programmabkommen

Die EU-Kommission hat am 5. November 2025 das Abkommen (finaler Text noch nicht verfügbar) über die Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen Horizont Europa, Digitales Europa und Euratom Research & Training (R&T) unterzeichnet, nachdem der Rat bereits am 21. Oktober 2025 einen entsprechenden [Beschluss](#) gefasst hatte. Die Assoziierung stellt Schweizer Forschungsakteure denjenigen in EU-Mitgliedstaaten gleich. Schweizer Einrichtungen können somit Konsortien leiten, EU-Fördermittel erhalten und in allen thematischen Säulen sowie Instrumenten der Programme mitwirken. Nach Einschätzung der EU-Kommission eröffne der Schritt zusätzliche Kapazitäten für die europaweite Bündelung von Forschungskompetenzen, industriellen Fähigkeiten und wissenschaftlichen Infrastrukturen, um Fortschritte u. a. bei Klima- und Energielösungen, Digitalisierung, fortschrittlicher Fertigung und Gesundheitsinnovation zu beschleunigen. Das Abkommen tritt rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft...

Vertragsverletzungsverfahren: Deutschland muss Richtlinien zu Waffen umsetzen

Die Europäische Kommission hat am 21. November 2025 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, da die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (EU-Feuerwaffen-Richtlinie) in nationales Recht bisher nicht erfolgt ist. Das Ziel dieser Richtlinie ist die Etablierung gemeinsamer Mindeststandards für den Erwerb, den Besitz und den gewerblichen Austausch ziviler Feuerwaffen. Auch die Verbringung von Feuerwaffen, sowie wesentlicher Komponenten und Munition für den zivilen Gebrauch innerhalb der EU, soll geregelt werden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Neues Europäisches Bauhaus: Aufruf zu Satellitenveranstaltungen für Festival 2026

Die EU-Kommission ruft zu Bewerbungen für Satellitenveranstaltungen im Rahmen des Festivals des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) vom 9. bis 13. Juni 2026 auf. Kommunen, öffentliche Einrichtungen und lokale Initiativen können Projekte zu nachhaltiger Stadt- und Quartiersentwicklung, bezahlbarem Wohnen, grüner Infrastruktur oder partizipativen Beteiligungsformaten einreichen. Die ausgewählten Einreichungen können europaweite Sichtbarkeit z. B. über eine interaktive Karte oder Social-Media-Kanäle der Kommission erreichen...

Europäische Unternehmerregion: Aufruf zur Bewerbung für den EER-Preis 2027

Bis zum **19. März 2026** können sich alle Gebietskörperschaften unterhalb der nationalen Ebene, darunter Regionen und Städte sowie grenzüberschreitende Gebiete (z. B. Euroregionen), für die Auszeichnung „European Entrepreneurial Region (EER) Award 2027“ bewerben. Dieser wird jährlich an drei Städte, Regionen oder grenzüberschreitende Gebiete in der EU verliehen, die unabhängig von ihrer Größe eine überzeugende Strategie zur Förderung von Unternehmergeist, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Innovation verfolgen. Die Auszeichnung zeigt auf, dass eine Region oder Stadt besonders aktiv ein unternehmerisches Umfeld schafft...

In eigener Sache

Veranstaltungsbericht: Fachgespräche zur Kreislaufwirtschaft

Die EU-Kommission plant, im kommenden Jahr ein Gesetz zur Kreislaufwirtschaft vorzulegen, um in den nächsten Jahren eine führende Rolle auf diesem Gebiet einzunehmen. Am 3. Dezember 2025 organisierte die Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen deshalb mehrere [Fachgespräche](#) zur Kreislaufwirtschaft in Brüssel – denn eine gelungene Transformation hin zu einer echten europäischen Kreislaufwirtschaft entscheidet sich maßgeblich vor Ort in den Kommunen. Im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks wurde die Frage aufgeworfen: Wie schaffen wir ein System, das die kommunale Selbstverwaltung wahrt, ökologisch ambitioniert, wirtschaftlich vernünftig und gleichzeitig praxisnah bleibt? Gemeinsam mit Frau Christine Singer, MdEP, als Gastgeberin und in Kooperation mit dem VKU – Verband kommunaler Unternehmen e.V. – haben

die Fachexperten der bayerischen und baden-württembergischen Spitzen- und Landesverbände mit Vertretern der EU-Kommission und relevanten Verbänden sowie den Abgeordneten Christian Doleschal und Marion Walsmann diskutiert...

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen: Neuer Trainee an Bord

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell,

vom 1. Dezember 2025 bis 31. Mai 2026 wird Philipp Hamm das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen im Rahmen eines Traineeships unterstützen. Herr Hamm hat nach seinem Bachelorstudium des Public Managements an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg den M. A. Europäisches Verwaltungsmanagement an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl abgeschlossen und dabei im Herbst 2024 ein Praktikum im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen absolviert...

BRÜSSEL AKTUELL

22/2025

5. bis 18. Dezember 2025

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Nachhaltigkeits-Omnibus: Parlament bestätigt Einigung

Das EU-Parlament hat am 16. Dezember 2025 die politische [Einigung](#) (Pressemitteilung; engl.) mit den Mitgliedstaaten im Rat zu vereinfachten Vorschriften für die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen in 1. Lesung [angenommen](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2025). Die Anforderungen sind in den Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ([CSRD](#)) und zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht (sog. europäisches Lieferkettengesetz, [CSDDD](#)) geregelt. Im Rahmen des [Omnibuspakets I](#) (engl.) werden diese nun abgeändert, um den Kreis der verpflichteten Unternehmen zu verkleinern sowie den Verwaltungsaufwand zu reduzieren...

Wirtschaft: Herbstpaket des Europäischen Semesters 2026 vorgestellt

Am 25. November 2025 hat die EU-Kommission das [Herbstpaket](#) (engl.) des Europäischen Semesters 2026 veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2025) und damit dessen neuen Zyklus gestartet. Im Fokus stehen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich bewertet die Kommission die Übersichten über die Haushaltsplanung 2026 der 17 Euro-Länder. Für Deutschland fällt diese Bewertung positiv aus. Trotz eines geplanten Defizits über 3 % des BIP sieht die Kommission aufgrund gestiegener Verteidigungsausgaben keinen Anlass für die Einleitung eines Defizitverfahrens...

Umwelt, Energie und Verkehr

Vereinfachung: EU-Kommission stellt Umwelt- Omnibus vor

Die EU-Kommission stellte am 10. Dezember 2025 ein umfassendes [Maßnahmenpaket](#) (engl.) mit sechs Legislativvorschlägen zur Vereinfachung der Umweltgesetzgebung vor. Ziel sei es, durch gezielte Gesetzesänderungen den Verwaltungsaufwand für Unternehmen deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die ehrgeizigen Umwelt- und Gesundheitsziele der EU beizubehalten. Die Änderungen betreffen u. a. Industrieemissionen, Kreislaufwirtschaft, Umweltprüfungen und Geodaten. Damit sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt und digitale Lösungen stärker genutzt werden – insbesondere für strategische Projekte wie digitale Infrastruktur, kritische Rohstoffe und bezahlbaren Wohnraum. Aus kommunaler Perspektive positiv hervorzuheben ist das generelle Bekenntnis zur Erweiterten Herstellerverantwortung sowie die diskutierten Erleichterungen im Bereich der Kreislaufwirtschaft. Kritisch zu beobachten ist die für nächstes Jahr geplante Öffnung der Wasserrahmenrichtlinie...

Rohstoffsicherheit: Kommission legt RESourceEU Aktionsplan vor

Am 3. Dezember 2025 legte die EU-Kommission den RESourceEU [Aktionsplan](#) (engl.) vor. Ziel ist die Sicherung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen wie Seltene-Erden-Metalle, Kobalt und Lithium, Verringerung von Abhängigkeiten und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Aufbauend auf der bestehenden [Verordnung](#) zu kritischen Rohstoffen werden Finanzmittel bereitgestellt und Instrumente geschaffen, um Unternehmen gegen geopolitische und Preisschocks abzusichern, strategische Projekte in Europa und weltweit zu fördern und Lieferketten zu diversifizieren. Ein zentrales Element ist das ab Anfang 2026 geplante Europäische Zentrum für kritische Rohstoffe, das Marktinformationen bereitstellen, strategische Projekte finanzieren und widerstandsfähige Lieferketten unterstützen soll...

Kreislaufwirtschaft: Parlament und Rat einigen sich zu Altfahrzeugen

Am 12. Dezember 2025 einigten sich das [EU-Parlament](#) (engl.) und die Mitgliedstaaten im [Rat](#) gemäß Pressemitteilungen auf einen vorübergehenden politischen Kompromiss zum [Verordnungsvorschlag](#) der EU-Kommission über Anforderungen an die kreislaforientierte Gestaltung von Fahrzeugen und die Entsorgung von Altfahrzeugen (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2025). Ziel der Verordnung soll es sein, den Übergang der Automobilindustrie zu einer Kreislaufwirtschaft zu fördern und dabei das illegale Ausschaffen von nicht mehr betriebsbereiten Altfahrzeugen außerhalb der EU zu unterbinden. Gemäß der Einigung müssen künftig alle Neufahrzeuge so konstruiert sein, dass sie über einen gewissen Anteil an recyceltem Plastik und Stahl verfügen. Drei Jahre nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften müssen die Hersteller eine erweiterte Herstellerverantwortung tragen und darin die Kosten für die Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen übernehmen. Die Vereinbarung enthält überdies eine Reihe von Anforderungen, die bei der Übertragung des Eigentums an Gebrauchtfahrzeugen zu erfüllen sind...

Klima: Einigung über das Klimaziel 2040

Am 9. Dezember 2025 haben der Ratsvorsitz und das EU-Parlament sich darauf geeinigt ([Pressemitteilung](#); engl.), das Europäische [Klimagesetz](#) zu ändern und ein verbindliches Zwischenziel für 2040 einzuführen, das eine Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber 1990 vorsieht. Dies ist ein Schritt hin zum langfristigen Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die EU-Kommission schlug zunächst am 2. Juli 2025 eine [Änderung](#) des Europäischen Klimagesetzes mit Ziel für 2040 vor, woraufhin sich der Rat am 5. November 2025 [positionierte](#), während das Parlament seine [Verhandlungsposition](#) am 13. November 2025 festlegte. Die Einigung enthält Regelungen darüber, in welchen Bereichen Flexibilität möglich ist, um das Erreichen des Klimaziels zu unterstützen...

Abwasser: Aktualisierte Studie zu finanziellen Auswirkungen der EPR

Die EU-Kommission veröffentlichte am 10. Dezember 2025 ihre lang erwartete [Studie](#) (engl.) zu den Kosten des Systems der Erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) der [Kommunalabwasserrichtlinie](#) (KARL). Diese Studie wurde in der Wasserresilienz-[Strategie](#) angekündigt und kann als Reaktion auf die wiederholte Kritik insbesondere der Pharmaindustrie verstanden werden (die nach dem Verursacherprinzip zusammen mit der Kosmetikindustrie 80 % der Kosten für die Einführung der vierten Reinigungsstufe tragen müssen), dass die Berechnungen fehlerhaft seien und die tatsächlichen Aufwendungen nicht widerspiegeln würden, wodurch die Versorgungssicherheit mit Medikamenten auf dem Spiel stehe. Im Ergebnis hält die Kommission trotz politischer Debatten daran fest, die Kommunalabwasserrichtlinie nicht erneut zu öffnen und die EPR nicht zu verändern...

Wald: Parlament verschiebt und vereinfacht Entwaldungsverordnung

Nachdem sich am 4. Dezember 2025 EU-Parlament und Rat auf eine Verschiebung der Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#)) nach politischen Verhandlungen verständigen konnten, hat das Parlament am 17. Dezember 2025 diese Einigung formell [gebilligt](#) (Brüssel Aktuell 18/2025). Für große Unternehmen wird der Anwendungsbeginn der Verordnung um weitere zwölf und für kleine Unternehmen um weitere 18 Monate verschoben. Ferner sind einige Erleichterungen in den Dokumentations- und Berichtspflichten vorgesehen: So müssen nur noch diejenigen Unternehmen, die ein Produkt erstmals auf den europäischen Markt

bringen, eine Erklärung zur Sorgfaltspflicht in Sachen Entwaldung abgeben. Darüber hinaus soll die in der EU ansässige Land- und Forstwirtschaft von verringerten Berichtspflichten profitieren, solange ein Betrieb ein Klein- oder Kleinstunternehmen ist, in einem Land mit niedrigem Entwaldungsrisiko produziert und seine Produkte auf dem EU-Markt vertrieben werden...

Umweltaktionsprogramm: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht

Die Europäische Umweltagentur (EUA) veröffentlichte am 10. Dezember 2025 ihren dritten Monitoring-[Bericht](#) (engl.) zum 8. Umweltaktionsprogramm der EU. Im Bericht werden insgesamt 28 Indikatoren untersucht. Danach verlaufe der Fortschritt bei der Umsetzung der Umwelt- und Klimaziele bis 2030 insgesamt ungleichmäßig und überwiegend unzureichend. Nach Einschätzung der EUA seien nur wenige Indikatoren auf Kurs, darunter u. a. die Luftreinhaltung, Öko-Innovation sowie die Beschäftigung und Wertschöpfung in der grünen Wirtschaft. Die Mehrheit der 28 Leitindikatoren wird hingegen als „wahrscheinlich nicht zielkonform“ oder „nicht zielkonform“ bewertet. Besonders kritisch stelle sich die Lage bei Klimaanpassung, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft sowie bei umwelt- und klimabezogenen Belastungen mit Auswirkungen auf Produktion und Konsum dar...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Stadtentwicklung: Kommission legt EU-Agenda für Städte vor

Die EU-Kommission hat am 3. Dezember 2025 ihre neue [Agenda](#) (engl.) für Städte vorgestellt. Sie soll die Rolle der Städte als Motoren für Wachstum, Innovation, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt stärken und die Unterstützung für urbane Räume bündeln. Die Agenda setzt drei Schwerpunkte: So sollen regelmäßige politische und technische Dialogformate sicherstellen, dass städtische Bedarfe stärker in künftige EU-Rechtsakte und Strategien einfließen. Zudem werden Unterstützungsstrukturen vereinfacht, u. a. durch ein neues Städteportal sowie ab 2028 eine Städteplattform...

Kohäsionspolitik: Rechnungshof fordert bessere Nutzung von Rückflüssen

Der Europäische Rechnungshof hat am 3. Dezember 2025 seinen [Sonderbericht](#) zu Finanzinstrumenten in der Kohäsionspolitik veröffentlicht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Rückflüsse bislang nur begrenzt wiedereingesetzt werden. Dies steht dem revolvierenden Charakter der Finanzinstrumente entgegen, nachdem z. B. von Endempfängern zurückgezahlte Darlehen wiederverwendet werden, um andere Endempfänger ähnlich zu unterstützen. Gründe seien u. a. lange Investitionszyklen, Ausschöpfungsdruck in den Programmen sowie uneinheitliche Regelungen der Mitgliedstaaten. Zudem seien die Vorgaben zur Wiederverwendung im EU-Rechtsrahmen nicht eindeutig genug und die Aufsicht der Kommission greife zu kurz...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Entwicklungen bei Rückkehr, sicheren Staaten und Solidaritätspool

Die EU-Innenminister haben sich am 8. Dezember 2025 im Rat zu zentralen Elementen der Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Asylsystems (sog. Migrations- und Asylpaket) positioniert – dem Vorschlag für ein Europäisches Rückkehrsystem, den sicheren Herkunfts- und Drittstaaten und dem Solidaritätspool. Zum Konzept der sicheren Drittstaaten kamen Rat und Parlament am 18. Dezember zu einer vorläufigen Einigung. Die Beschlüsse sollen die operativen Maßnahmen, die ab dem 12. Juni 2026 gelten, konkretisieren...

Wohnraum: Kommission stellt ersten Plan für erschwinglichen Wohnraum vor

Am 16. Dezember 2025 hat die EU-Kommission ihren ersten [Plan](#) (engl.) für erschwinglichen Wohnraum vorgestellt. Dieser enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Wohnraumkrise. Die Kommission identifiziert vier Handlungsfelder: 1) die Steigerung des Angebots, 2) die Mobilisierung von Investitionen, 3) die sofortige Unterstützung bei der Umsetzung von Reformen und 4) die Unterstützung der am stärksten Betroffenen...

Öffentliche Gesundheit I: Europäische Drogenstrategie und Drogenaktionsplan

Die EU-Kommission veröffentlichte am 4. Dezember 2025 eine neue EU-[Drogenstrategie](#) (engl.; Brüssel Aktuell 6/2021), einen neuen [Aktionsplan](#) zur Bekämpfung des Drogenhandels sowie aktualisierte [Vorschriften](#) für die Überwachung und Kontrolle von Drogenausgangsstoffen. Die Strategie konzentriert sich auf fünf Schlüsselbereiche und zielt insbesondere auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit sowie die Sicherheit der Bürger:innen ab...

Öffentliche Gesundheit II: Bericht zum Gesundheitszustand in der EU veröffentlicht

Am 11. Dezember 2025 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ([OECD](#)) und dem Europäischen Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik ([Observatory](#)) den [Bericht](#) zum „Gesundheitszustand in der EU 2025: Trends bei der Reform der Gesundheitspolitik in der EU“ (engl.) sowie 29 [Ländergesundheitsprofile](#) (Brüssel Aktuell 1/2024)...

Arbeitsplätze I: Kommission stellt Quality Jobs Roadmap vor

Die EU-Kommission stellte am 4. Dezember 2025 die „Quality Jobs [Roadmap](#)“ (engl.) vor, einen umfassenden Fahrplan zur Förderung hochwertiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze in Europa. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und den Wandel in Wirtschaft und Arbeitswelt fair zu gestalten durch angemessene Löhne und hochwertige Arbeitsplätze. Die Roadmap setzt auf fünf zentrale Handlungsfelder: die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze, die Modernisierung der Arbeitswelt, die Unterstützung von Arbeitskräften und Unternehmen beim ökologischen, digitalen und demografischen Wandel, die Stärkung des sozialen Dialogs sowie die Sicherstellung eines wirksamen Zugangs zu Rechten und öffentlichen Dienstleistungen. Zu den geplanten Maßnahmen gehören ein innovationsfreundlicher Rechtsrahmen für Unternehmen und Start-ups, Investitionen in strategische Industrien wie Batterien und Netzinfrastuktur, sowie Initiativen zur Qualifizierung und Umschulung, darunter die „Skills Guarantee“ und die „Union of Skills“...

Arbeitsplätze II: Erste Konsultationsphase zu Quality Jobs Act für Sozialpartner

Die EU-Kommission öffnete am 4. Dezember 2025 die erste Phase der [Konsultation](#) der Sozialpartner gemäß Artikel 154 AEUV. Ziel ist es, Meinungen zur möglichen Ausrichtung einer EU-Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie zur Umsetzung von Arbeitnehmerrechten einzuholen. Die für Ende 2026 geplante Initiative, der **Quality Jobs Act**, soll die Wettbewerbsfähigkeit und die Qualität von Arbeitsplätzen in Europa stärken und die digitale sowie grüne Transformation sozialverträglich gestalten. Im Mittelpunkt der Konsultation stehen mehrere Themenfelder: die verantwortungsvolle Nutzung von algorithmischem Management und künstlicher Intelligenz am Arbeitsplatz, die Anpassung des Arbeitsschutzes an neue Arbeitsformen wie Telearbeit und mobile digitale Geräte, Maßnahmen gegen Missbrauch in komplexen Subunternehmerketten sowie die Sicherstellung fairer Übergänge bei Restrukturierungen im Zuge der grünen und digitalen Transformation...

Berufsqualifikation: Konsultation zur Portabilität von Kompetenzen

Bis zum **27. Februar 2026** können sich u. a. Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Verwaltungen, Einrichtungen und Organisationen aus den Bereichen Lebenslanges Lernen, Vergabe und Anerkennung von Qualifikationen an einer [Konsultation](#) zur Portabilität von Kompetenzen beteiligen. Die Rückmeldungen sollen in die geplante europäische Initiative zur Übertragbarkeit von Qualifikationen, die im Frühjahr 2025 im Rahmen der [Union](#) der Kompetenzen (Brüssel Aktuell 5/2025) angekündigt wurde, einfließen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Katastrophenschutz: Kommission stellt Plan für Gesundheitskrisen vor

Am 28. November 2025 hat die EU-Kommission einen neuen EU-weiten Präventions-, Vorsorge- und [Reaktionsplan](#) (engl.) für Gesundheitskrisen vorgestellt, mit dem die gesundheitliche Krisenvorsorge und -bewältigung in der EU

gestärkt werden soll. Der Plan richtet sich an politische Entscheidungsträger, Krisenmanager und weitere Akteure und sieht praktische Instrumente für Informationsaustausch sowie technische Unterstützung vor, um in Gesundheitskrisen ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene zu ermöglichen. Er erfasst potenzielle Gesundheitsgefahren und bezieht sich auf den Governance-Rahmen der EU über alle Phasen des Krisenmanagements hinweg, von Prävention und Vorsorge über Erkennung und Reaktion bis hin zur Erholung. Konkret vorgesehen sind u. a. Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Gesundheitssysteme, EU-weite Überwachungs- und Frühwarnmechanismen, die Koordinierung und der Einsatz von Kapazitäten im Krisenfall sowie die Bewertung der Krisenreaktion und Unterstützung beim Wiederaufbau...

Vertragsverletzungsverfahren: Zur Deponierung und Gleichbehandlung

Am 11. Dezember 2025 informierte die EU-Kommission über zwei [Vertragsverletzungsverfahren](#), die Deutschland betreffen:

Deponierichtlinie ([2018/850/EU](#)): Die Kommission wirft Deutschland eine nicht ordnungsgemäße Umsetzung der Deponievorschriften der EU in nationales Recht vor. Die Deponierichtlinie soll Umwelt und menschliche Gesundheit schützen, indem nur vorbehandelte Abfälle deponiert werden dürfen und der Anteil der deponierten Siedlungsabfälle bis 2035 auf 10 % sinken soll. Die EU kritisiert v. a. Mängel bei der Berechnung der Zielerreichung, etwa bei exportierten Abfällen und Abfällen aus Verwertungsverfahren. Zudem fehlen ausreichende Regelungen zur Messung der Auswirkungen von Deponien auf umliegende Gewässer. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um zum Aufforderungsschreiben Stellung zu nehmen.

Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Bezug auf Güter und Dienstleistungen ([2004/113/EG](#)): Die Bundesrepublik erhielt von der Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme, weil ihr eine nicht ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie ins nationale Recht vorgeworfen wird...

Statistik: Verordnung zu Bevölkerungs- und Wohnstatistik tritt in Kraft

Am 12. Dezember 2025 wurde die neue Verordnung ([2025/2458/EU](#)) mit Anhang über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken im Amtsblatt der EU veröffentlicht, nachdem der Rechtsakt von den Ko-Gesetzgebern formal beschlossen worden war. Die Verordnung schafft einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung von europäischen Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken. Mit ihr wurden drei frühere Rechtsakte zusammengeführt, um zeitnahe und detailliertere Statistiken über Bevölkerung, Lebensereignisse und Wohnverhältnisse EU-weit zu erhalten, einschließlich Einzelheiten zu Themen oder Gruppen, die in den letzten Jahren politisch und gesellschaftlich an Bedeutung gewonnen haben...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Deutsch-Französische Bürgerfonds: Projektausschreibung 2025/2026

Der Deutsch-Französische [Bürgerfonds](#) hat im November seine [Projektausschreibung](#) 2025/2026 zum Schwerpunktthema „Demokratie lernen, stärken, leben“ veröffentlicht. Gefördert werden sollen Projekte, die sich mit Demokratie-Themen befassen und eine deutsch-französische Dimension aufweisen, wobei ein Projekt mit oder ohne französische Partnerorganisation durchgeführt werden kann...

Jugendkarlspreis: Einreichungen bis 2. Februar 2026 möglich

Der Europäische [Jugendkarlspreis](#) wird an Projekte junger Menschen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren verliehen, die Demokratie und aktive Bürgerschaft fördern und Menschen zusammenbringen. Bewerbungen werden zwischen dem 7. Januar und dem **2. Februar 2026** [online](#) möglich sein. Die Projekte sollten bereits abgeschlossen sein und entsprechende Erfolge erzielt haben...

Weihnachtspause: Halbjahresrückblick und Ausblick auf 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe von Brüssel Aktuell ist die letzte vor der Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe (Brüssel Aktuell 1/2026) erscheint am 16. Januar 2026.

Das zweite Halbjahr 2025 stand unter dem Vorsitz Dänemarks im Rat der EU und nahm mit der Rede von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union am 10. September 2025 in Straßburg seinen Auftakt. In ihrer Rede betonte von der Leyen die Bedeutung einer stärkeren europäischen Unabhängigkeit in militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht sowie die Notwendigkeit, Europas Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. In den Ausgaben Brüssel Aktuell 15/2025 bis 22/2025 spiegelte sich diese Schwerpunktsetzung wider. Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen gehörten zu den zentralen Themen unserer Berichterstattung, darunter insbesondere der Vorschlag der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 und die damit verbundenen Debatten im EU-Parlament und im Rat (Brüssel Aktuell 15, 19, 20/2025) sowie die Verhandlungen und Einigungen zum EU-Haushalt 2026 (Brüssel Aktuell 19, 20/2025). Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Parlaments zur Reform des Vergaberechts (Brüssel Aktuell 15/2025) und des für 2026 von der Kommission erwarteten Rechtsakts berichteten wir intensiv über die Entwicklungen im Vergaberecht (Brüssel Aktuell 16, 18, 19/2025). Weitere Schwerpunkte unserer Berichterstattung waren die Entwicklungen im Beihilferecht (Brüssel Aktuell 16, 18/2025) sowie Initiativen zur Stärkung des Binnenmarkts (Brüssel Aktuell, 20, 21/2025).

Gleichzeitig prägten die von der Kommission geplanten bzw. bereits vorgelegten „Omnibus-Pakete“ zur Vereinfachung des EU-Rechtsrahmens die politischen Debatten. Vor diesem Hintergrund berichteten wir sowohl über die Vereinfachungsinitiativen im Allgemeinen (Brüssel Aktuell 17, 19/2025) als auch im Detail über den Digital-Omnibus, dem Vereinfachungspaket im Digitalbereich (Brüssel Aktuell 16, 17, 20/2025), über den Nachhaltigkeits-Omnibus (Brüssel Aktuell 20/2025) sowie den Umwelt-Omnibus (diese Ausgabe). Für 2026 plant die Kommission die Vorlage dreier weiterer Vereinfachungspakete zu Energieprodukte-Regulierung, Steuerpolitik und Bürgerrechten.

Im Bereich Umwelt, Energie, Klimaschutz und Mobilität stand die Kreislaufwirtschaft im Mittelpunkt unserer wiederkehrenden Berichterstattung (Brüssel Aktuell 15, 19, 21/2025). Daneben begleiteten wir insbesondere die Entwicklungen in den Bereichen Wasser (Brüssel Aktuell 17, 20/2025), Entwaldungs- und Waldpolitik (Brüssel Aktuell 16, 18/2025), Energie (Brüssel Aktuell 15, 20, 21/2025), Klimaziele und Klimaneutralität 2040 (Brüssel Aktuell 20, 21/2025) sowie Datenschutz (Brüssel Aktuell 17, 20/2025). Ein weiterer Schwerpunkt unserer Berichterstattung lag auf sozial- und gesellschaftspolitischen Themen. Dabei standen insbesondere Migration und Asyl im Fokus (Brüssel Aktuell 15, 16, 20, 21/2025). Vor dem Hintergrund, dass die neue Kommission sich der EU-Wohnraumpolitik zunehmend annimmt, berichteten wir zudem über Entwicklungen in diesem Bereich (Brüssel Aktuell 15, 17, 20/2025).

In eigener Sache blicken wir auf eine Vielzahl von Veranstaltungen und Informationsangebote zu EU-Fördermöglichkeiten sowie auf drei bürogemeinschaftliche Positionspapiere zurück, die im zweiten Halbjahr 2025 veröffentlicht wurden: Im Juli 2025 erschien das [Positionspapier](#) „Die Wohnraumkrise in Europa wird vor Ort gelöst“ (Brüssel Aktuell 15/2025), im August 2025 folgte das [Positionspapier](#) „Kreislaufwirtschaft als kommunale Zukunftsaufgabe“ (Brüssel Aktuell 15/2025), und im November 2025 wurde der Brüsseler [Appell](#) „Der kommunale Omnibus: Forderungen für eine Entlastungsagenda der EU, die vor Ort ankommt“ (Brüssel Aktuell 19/2025) veröffentlicht. Letzteres wurde am 4. November 2025 in Brüssel im Rahmen einer politischen Fachveranstaltung vorgestellt und richtet den Blick gezielt auf die Entlastung der kommunalen Ebene vor dem Hintergrund der von der Kommission vorgeschlagenen Omnibus-Pakete.

Wir danken unseren Leserinnen und Lesern herzlich für ihr Interesse und freuen uns darauf, Sie auch im kommenden Jahr wieder über kommunalrelevante Entwicklungen aus Brüssel zu informieren.

Wir wünschen Ihnen besinnliche Feiertage und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr!

Ihr Team der Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen kommunalen Europabüros

Nicolas Lux (NL), Marilena Leupold (LM), Nancy Petignot (NP), Christine Ressler (CR), Jan Molzberger (JM), Marleen Lorenz (MZ), Philipp Hamm (PH) und Nadine Merz (NM)